

Mein Abschied von den GRÜNEN

(Vor einer Wahl ohne Chancen für eine bessere Politik)

von

Tristan Abromeit

www.tristan-abromeit.de

August 2009

Text 75.0

OOOOO

Text 75.1

Ergänzung

Ich habe meinen Wahlszettel verbrannt!

Memorandum

An: Unentschiedene WählerInnen

Von: Tristan Abromeit

Datum: 21. 09. 98

Die Zukunft der Ökonomie

Wirtschaftswissenschaftliche Forschungsansätze im Vergleich
Diskussionsbeiträge im Anschluß an das Referat von Sigrid Matern-Rehm

aus: Loccumer Protokolle 15/'84

Tristan A b r o m e i t , Neustadt

Text 75.2

Anschreiben

für die Bündnisgrünen vom 27. 8. 2009

Text 75.3

Die Medien – die Wahl – und das Unbehagen

(Anmerkung zum 1. 9. 1939)

Anschreiben an die Medien

Die politische Partei Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

„Die Parteien wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit. Ihre Gründung ist frei. Ihre innere Ordnung muß demokratischen Grundsätzen entsprechen. Sie müssen über die Herkunft ihrer Mittel öffentlich Rechenschaft geben.“ Art. 21 (1) GG

Die Mitglieder der Stufengründung (Gründe Liste , Sonstige politische Vereinigung) der Partei DIE GRÜNEN wollten auch dieses Verfassungsrecht für sich in Anspruch nehmen, dabei war es einer reichlich großen Zahl von Gründern durchaus bewußt, daß dies ein Versuch war, der dem Austrieb des Teufels mit dem Beelzebub gleichkam. Denn eine kleine Zahl von Parteien hatten unter Ausschluß von X Mitbewerbern schon lange ein Kartell gebildet und als Kartell das Monopol auf die politische Willensbildung erreicht. In der grünen Bewegung bestanden deshalb auch gegenüber einer Parteibildung große Bedenken. Die Befürchtung war, daß die Inhalte, die man versuchte zu artikulieren, verloren gehen könnten. Die Rotation und der Ausschluß von Ämterhäufung sind vor allem mit Rücksicht auf diese Vorbehalte durchgesetzt worden.

Für die Parteiengründung sprach, daß es unter den gegebenen Bedingungen ohne Partei keinen realistischen Weg der grünen Bewegung in die Parlamente gab. Aber keine Bewegung konnte ohne Zugang zu den Parlamenten aus damaliger Sicht so stark sein, daß ihre positiven Impulse nicht von den negativen Impulsen, die von den inhaltlich abgewirtschafteten Parteien und den von ihnen besetzten Parlamenten ausgingen, neutralisiert werden konnten. Die Vorstellung war daher, neue Inhalte in die Parlamente tragen und so das Kartell der etablierten Parteien zu sprengen. Das war sozusagen das Programm des liberalen Kerns der Parteigründer. Der liberale Kern hatte sich aber nicht monokausal gebildet, sondern aus einer bunten Mischung von Denkansätzen. Formal kommt das ganz gut in der Powerpointpräsentation zum Ausdruck, auf die der Link hinweist:

www.fraktion.gruene-niedersachsen.de/cms/default/dokbin/188/188369.handout_zur_powerpointpraesentation_gesc.pdf

- * Außerparlamentarische Bewegung
 - * Neue Soziale Bewegungen
 - * Ökologiebewegung
 - * Anti-Atomkraft-Bewegung
 - * Alternativ-Bewegung
 - * Friedensbewegung
- Niedersachsen ist "grünes Stammland"
Gründung der ersten grünen Listen

Das Raster der Aufzählung ist aber viel zu grob, so fallen Gruppen durch, die einen anderen

Hintergrund hatten und nicht wenige Sympathisanten und Mitglieder fühlten sich mehreren Bewegungen zugehörig.

Zum letzten Jahreswechsel kam mir das Buch „Anbruch der Freiheit“ (1972) von Wolfgang Schiesches, das ich an einem Büchertisch auf einer BDK erworben habe, wieder in die Hände. Schiesches Denken war so eine eigene Position im liberal-bunten Haufen der Parteigründer. Sein zweites Buch „Ein Lachen wird sein“ von 1987 spiegelt schon die Enttäuschung mit den Grünen wider. ¹ Die Mitglieder der Bündnisgrünen, die in den letzten beiden Jahrzehnten zur Parteimitgliedschaft gekommen sind, sollten diese und ähnlich gelagerte Bücher zur Kenntnis nehmen, damit sie überhaupt eine Ahnung haben, warum die Partei DIE GRÜNEN entstanden ist. Ein guter Titel ist auch: Von der Grünen Liste zur Grünen Partei? - Die Entwicklung der Grünen Liste Umweltschutz von ihrer Entstehung in Niedersachsen 1977 bis zur Gründung der Partei DIE GRÜNEN 1980" von Anna Hallensleben, 1984. ² Hier ist auch zu erfahren, daß Georg Otto die Signalfarbe grün von der freiwirtschaftlichen Bewegung (die in schwierigen Zeiten eher eine Schrumpfung war) mitgebracht hat. Aber bei der Doktorandin Hallensleben kann der Kenner auch feststellen, daß sie gar nicht verstanden hat, worum es bei der Position der freiwirtschaftlichen Gründungsmitglieder geht. Die Vermittlung dieser Inhalte waren auch in der Partei schwierig, weil eine Aufklärungsarbeit besonders von Keynesianern und Marxisten behindert wurde.

In der Anfangszeit der Grünen war die Dezentralität eine ziemlich allgemein gültige Zielgröße. Verstanden wurde aber nicht, daß dezentrale Gesellschaftstruktur nicht in einem System der Zentralverwaltungswirtschaft und auch nicht in einem Staat mit überbordenden hoheitsrechtlichen Regelungen zu realisieren ist. Aber erst zurück zu allgemein grünen Schwierigkeiten.

Das Problem der Gründungsgrünen war, daß sie zahlenmäßig zu wenig waren, um die 5%-Sperrklausel zu durchbrechen. Ich kann mich erinnern, daß ich mich in einer Gruppe aus Anlaß der Anti-AKW-Demonstration auf dem Bonner Hofgarten am 14. Oktober 1979 für eine Öffnung auch hin zu den K-Gruppen ausgesprochen habe. Dieses, obwohl meine Er-

1 Auszüge von "Anbruch der Freiheit" befinden sich unter der Text-Nr. 67.2 auf meiner Internetseite.

2 Die Großschreibung des Parteinamens sollte diese von der Sonstigen Politischen Vereinigung Die Grünen unterscheiden.

fahrungen mit Linken besonders aus K-Gruppen 10 Jahre vorher am 11. Mai 1968 auf der Demo in Bonn gegen die Notstandsgesetze und bei der Gründung des Aktions- und Wahlbündnis für den demokratischen Fortschritt am 2. 11. 1968 in der Dortmunder Westfalenhalle mehr als betäublich waren.

Waren am Anfang Die Grünen ein sympathisch, chaotischer Haufen, wo jedes Mitglied sich einerseits erfreute, im anderen Mitglied einen anderen Denkansatz vorzufinden, und andererseits jeder ³ die Hoffnung hatte, daß seine Problemsicht und -lösung auf die Tagesordnung kommt, so änderte sich das mit dem Zustrom linker Mitglieder, besonders aus den K-Gruppen. In der Partei standen sich plötzlich politische Kampfverbände gegenüber und die Mitglieder linker Gruppen waren im politischen Kampf besser trainiert. Zu ihrem Grundverständnis von „demokratischen Grundsätzen“ gehörte auch, daß Minderheiten verbal niedergeknüppelt werden und notfalls auch mit Verleumdungen außer Gefecht gesetzt werden dürfen. ⁴

Das eigentliche Ziel der Partei sollte ja aber sein, die Parteienkartelle im Bundestag und den Landtagen zu sprengen, damit Türen geöffnet werden, durch die neue, vielfältige Inhalte in die Politik eingeführt werden können.

Aber die Matadore der LDKs und BDKs – wie Joschka Fischer - merkten bald, daß sie persönlich schneller weiterkommen, wenn nicht ihr Bemühen zur Auflösung des Parteienkartells eingesetzt würde, sondern der Aufnahme der Grünen als Kartellmitglied. Für sich haben sie ja richtig kalkuliert, nur der Partei haben sie dadurch den Status von „überflüssig“, Redundanz verpaßt.

Rudolf Bahro hat das kommen sehen. 1984 auf der BDK hatte er dagegen leidenschaftlich angedredet. Wie wir wissen ohne Erfolg.

Auszüge aus: 19seitiges Redemanuskript, einzeilig, Fassung A.

3 Das ist jedes Mal in weiblicher und männlicher Form gedacht, wegen der besseren Lesbarkeit aber nur in der männlichen Form geschrieben.

4 Das ist hier an dieser Stelle als Sachbeschreibung und nicht als Verurteilung zu verstehen. Adresse von Schiesches im Bremer Telefonbuch. Er gehört zum Jahrgang 1931, also nicht zu viel Zeit lassen.

Rudolf Bahro
HINEIN ODER HINAUS? WOZU STEIGEN WIR AUF?
Rede auf der Bundesdelegiertenkonferenz der Grünen in Hamburg,
7. - 9. 12. 1984

... Die Grünen sind am Rande, an der Grenze dieser Gesellschaft entstanden. Sie haben etwas zu tun sowohl mit deren Ausgrenzungsmechanismen als auch mit deren Zerfall, der dazu führt, daß Menschen auch ohne direkte Intention der Macht aus dem System herausfallen und - in den wichtigsten Fällen - von sich aus aussteigen, tendenziell, um vor den Toren etwas Neues anzufangen. ...

ooooo

Einschub zum Vergleich:

In der Begründung zu meinem schriftlichen Antrag vom 16.01.1978, den die Teilnehmer der Sitzung vom 21.01.1978⁵ (es war mein 44. Geburtstag) in schriftlicher Form erhalten haben, habe ich Ralf Dahrendorf zitiert, der in „Die Zeit“ Nr. 35/77 unter anderem schrieb: „Der sozialliberale Konsens bröckelt an seinen Rändern, ist indes keineswegs passé: Das biedere Dreigestirn Schmidt - Genscher - Kohl könnte in einer Regierung sitzen, jedenfalls was politische Programme betrifft. Die neuen Herausforderungen kommen von den Rändern dieser Position. Das ist das hervorstechende Merkmal der neuen politischen Szene: Nicht nur die Idee der Modernität, sondern eine ganze politische Ideenwelt ist erschöpft - sozialliberal, sozialdemokratisch, soziale Marktwirtschaft.“ ...

„Die neuen Kräfte an den Rändern sind vergleichsweise schwach an politischer Unterstützung; sie sind zugleich stark an Ideen in einer ansonsten erschöpften Welt. Sie und die Reaktion auf sie bestimmen die politische Zukunft.“ .

„Um die politische Phantasie anzuregen, können wir uns unter den geschilderten Umständen schwerlich auf die politischen Parteien verlassen. Was wir brauchen, ist eine öffentliche Diskussion politischer Möglichkeiten.“ .

Ich teile Dahrendorfs Beurteilung der politischen Szene und fühle mich diesen Kräften an den Rändern zugehörig.

Zitiert aus meinen Text Nr. 1.2 Arbeitslosigkeit / Plädoyer 1978 TA

ooooo

Weiter Bahro:

...Die Menschen im Lande bewegen sich noch immer zu langsam, aber ziemlich sicher geistig auf den Ausgang zu. Deshalb ist es ja so wichtig für die Macht, die Grünen, die bisher als Anti-Parteien-Partei ambivalent wa-

5 Des Landesfachausschusses Wirtschaft der FDP Niedersachsen

ren (als Partei, die sich auf Parlament und Staat: bezieht, sind wir generell halb dabei, es kommt dann aufs Gefälle an), im Gegenzuge schnell an sich heranzuziehen, damit das Volk politisch ins Leere läuft.

Es soll vorsorglich der embryonalen politischen Struktur, die es sich in uns gegeben hat, beraubt, enteignet werden. Das läuft jetzt innerhalb der grünen Partei, die Enteignung der ursprünglichen Basis.

Der herrschende Block von Geißler bis Glotz hat das Problem klar erkannt. Daher trommeln sie uns in die Mitverantwortung für die Todesspirale, die sie zusammen mit dem großen Geld und der großen Industrie betreiben. Angesichts des überwältigenden Drucks und Sogs hat der bisherige Bundesvorstand ein Interesse der ganzen Bewegung wahrgenommen, wenn er sich - wie geschickt oder ungeschickt auch immer, mehr war halt nicht drin, Kommissartöne will ich in diesem Zusammenhang nicht rechtfertigen - der Tendenz zum Ausverkauf bei Billigpreisen entgegenstellte. Abgehoben oder nicht - ihr solltet hinter dieser wichtigen Frage die wichtigere, ja entscheidende nicht verschwinden lassen, wohin der Zug abgehen soll hinein oder hinaus?

Wenn - bis auf gewisse Zyniker, die nichts als mit an die Macht wollen - auch die meisten Realos irgendwo im Herzen grundlegende Veränderungen wollen - das glaube ich sogar einem Karl Kerschgens noch-, dann müssen wir doch einmal jenseits der neuerlebten Stallwärme der SPD, bis auf den Grund klären, was es bedeutet, wenn sich die noch minoritäre Gegenkraft, ungefestigt, zielunklar, wie sie ist, mit einer der ältesten Hauptkräfte des Status quo verbindet, die längst vollständig und vollbewußt zur dienstbaren Unterfunktion eines unvergleichlich mächtigeren Ganzen geworden ist.

Die SPD wiegt in dem Systemkilo nicht auch nur hundert Gramm. Börners Statur trägt. Und auch, wofür der Herr Zimmermann steht, wiegt höchstens 150 Gramm. Was für ein Projekt, anstatt des Gegners Pfund ins Auge zu fassen, diese davon abhängige SPD immer noch verbessern zu wollen. Ernstlich, Ihr wollt die zur Einheit von Wort und Tat zurückführen, und dann wird sie mit Euch zusammen von innen die Gesamtstruktur grundlegend verändern, die hier als eine Lawine mit vierhundert Jahren Anlauf zu Tal donnert?

Für uns ist eine ganz andere Funktion der SPD - wie auch der Gewerkschaften - wirklich interessant, ihre Funktion als institutionelles Gefängnis der Menschen, die sich dem Schutz anvertraut haben, welchen die Organisationsmacht bietet oder zu bieten scheint. Von Gefängnissen müssen die Mauern fallen, statt daß wir sie neu verputzen. Das heißt, wir müssen den inneren Zerfall dieser alten, staatstragenden Organisationen begrüßen, begünstigen, geschehen lassen, wollen. Das setzt voraus, Karl Kerschgens, uns etwas völlig anderes als eine Juniorpartnerschaft zuzutrauen. Viele Grüne wissen jetzt schon - und sogar quer zu den Lagern unres Streits - sei begrüßt, Helmut Lippelt! -, die Sache wird zuletzt zwischen Grün und Schwarz ausgetragen werden, und Grün wird siegen, in welcher

Verlaufsform auch immer.

Aber jetzt; kommt der Haken, und ich sage Euch, darüber werden wir uns spalten, wenn Ihr so weitermacht wie bisher - ich kann gar nichts dazu, es liegt in der Sache selbst. ...

... Der Gegensatz ist tief. Bonn ist nicht Hessen, wo wir über Worte nicht hinausgegangen sind. Ihr wollt diese reichste, mächtigste europäische Provinz des Imperiums, mit dem der Weiße Mann, unwiderstehlich durch sein kapitalistisches System die ganze Menschheit überzogen hat auf ein Ende der Geschichte hin - die wollt Ihr mitregieren und mitverantworten. Wir dagegen möchten dies Imperium auflösen, liquidieren, so wie man ein bankrotttes Geschäft liquidiert, um noch etwas für einen neuen Anfang zu retten. Wir wollen die Partei bis zur nächsten Bewegungswelle brauchbar halten. Ihr möchtet den zuverlässigen Partner für die SPD daraus machen. Mit dem Gerede über die Kompetenz, die man nicht in zwei Jahren erwirbt und die die Partei nicht aufs Spiel setzen darf (wieso würde die denn unten nichts nutzen, aber besser?), verschleiert Ihr, worum es wirklich geht. Der Fraktionsbericht zeigt, Ihr seid schon an den Punkt gekommen, kollektiv, wo es Prinzip ist, entgegengesetzt zu den Bewegungen von der Rüstung bis zu den Tierversuchen alles "einschränken" statt abschaffen zu wollen. So werdet Ihr ein größeres Übel als die SPD, weil man es bei Euch noch nicht für möglich hält, Ihr macht dasselbe in grün. ...

Bahro Ende

Die Bildung und der Erhalt einer Partei verschleißt ungeheuer viel an Idealismus. Keiner zählt die Förderer, Wähler und Mitglieder, die links und rechts am Weg enttäuscht und verbittert zurückbleiben. Und das Schlimme ist, die Zwischenergebnisse dieses Prozesses können eigentlich niemanden zufrieden stellen, es sei denn solche Mitglieder einer Partei, denen die Inhalte eigentlich egal sind, solange sie mit und durch die Partei etwas werden können. Wie viel weniger verbales Gift hätte gestreut und wie viel weniger Taktik und Intrigen hätten gestartet werden müssen, wenn wir eine politische Willensbildung hätten, die durch die Abstimmung der Wähler über die reinen Formen der unterschiedlichen politischen Positionen zustande käme. Die Inhalte, die dann in den Parlamenten durch einen fairen Wettbewerb ohne Fraktionszwänge und ohne faule Kompromisse zur nächsthöheren Erkenntnisstufe der Willensbildung führen würden, wären dann ein wirklicher Fortschritt, der nach der nächsten Wahl nicht wieder in einem Rückschritt verwandelt werden bräuchte.

Wenn ich meine Erfahrungen und Beobachtungen in und an dem parteipolitischen Geschehen seit der Gründung der Liberalsozialen Partei, 1967, in der Zeit meiner Aktivitäten in

der F.D.P. von 1968 bis 1978 ⁶ und danach in den grünen politischen Verbänden richtig bewerte, dann sollten wir schnellsten versuchen, die politischen Parteien überflüssig zu machen, weil diese für viel Geld unserer Gesellschaft mehr Probleme aufbürden als sie durch eine Lösung von ihr nehmen. Und wer glaubt, daß sich die Probleme mit einer neuen Partei besser lösen lassen, soll sich genauer die Geschichte der Grünen ansehen. Ich weiß noch nicht, wie die politische Landschaft ohne Parteien aussehen könnte. Ich weiß aber, daß der politische Wettbewerb auf eine andere Basis gestellt werden muß, wenn der Begriff Demokratie ein attraktives Wort bleiben soll.

Die Parteimitglieder

Jeder Betrachter, der von einem Innen- oder Außenverhältnis zu einer x-beliebigen Partei Parteimitglieder beobachtet, wird solche weiblichen und männlichen Geschlechts entdecken, die ihm unsympathisch sind. Die Regel wird aber sein, daß er wackere und aufrichtige Menschen entdeckt und je weniger er eine Partei-zerr-Brille trägt, soviel genereller wird die Aussage auch im Urteil über Mitglieder anderer Parteien gelten. Wackerheit, ⁷ Aufrichtigkeit haben aber in politischen Parteien nur eine begrenzte Entfaltungsmöglichkeit. In sofern ist die Frage, ob die Politik die Charaktere verdirbt oder die Charaktere die Politik, dahingehend zu beantworten, daß ersteres der Fall ist. Die Politik, wie sie heute veranstaltet wird, ist die Domäne der Lüge und Täuschung. Manche Mitglieder merken es schon auf der untersten Ebenen, manche erst auf dem Weg nach oben und andere verdrängen diese Einsicht, um einfach weitermachen zu können. Und dann gibt es noch die Mitglieder, die ein volles Bewußtsein für das anrühige Spiel haben, aber rationalisieren und sagen, das sei um der Sache willen - die den Rang der Unverzichtbarkeit eingeräumt wird - einfach notwendig. Und sie geben sich dann noch der Illusion hin, daß man wieder anständig sein könne, wenn das Ziel erreicht sei.

Menschen allgemein und Parteimitglieder im besonderen neigen ja dazu anderen Menschen wegen der Hautfarbe, der Nationalität, der Religion oder politischer Zielsetzungen über oder unter zu bewerten. Wir vermuten zu leicht hinter anderen Inhalten eines Konkurrenten

6 Bei der Lantagswahl in Nieders. habe ich für die FDP Plakate geklebt und die Grüne Liste gewählt.

7 Ich fand eine Definition von Wackerheit im Sinne von Lust zum Wollen in "Kant und die Pädagogik" von Otto Friedrich Bollnow.

oder Gegners eine Charakterschwäche zu sehen oder ihn so anzuschauen, daß er uns als Ergebnis nur noch unsympathisch erscheinen kann. Ich konnte bei mir im Hinblick auf grüne Kontrahenten auch solche Neigungen feststellen. Ich hatte unter den Parteifreunden auch meine „Lieblingsfeinde“ (weiblichen und männlichen Geschlechts). Wenn man aber das Schema, aus einem Träger einer verneinten inhaltlichen Position eine unsympathische Person zu machen, aufgibt, ist das richtig befreiend. Es erlaubt einem dann, auch in dem inhaltlichen Gegner eine sympathische Person zu sehen.

Am 18. 9. 1991 habe ich an Professor Erich Reigrotzki, der in Marburg einen Lehrstuhl für Staatswissenschaften innegehabt hat, der sich für Bürgerrechte, den Ombudsmann und die Überwindung des Institutionsabsolutismus eingesetzt hat, folgende Anfrage gerichtet:

... "In der Zeitschrift "Der Dritte Weg" (7/71 und 9/91) haben sich Franz X. Laxy und Ekkehard Linder über die mangelnde Kompromißfähigkeit der Freiwirtschaftler ausgelassen. Mich reizt es, in das Thema einzusteigen und den Kompromiß als verschleierndes politisches Instrument, das als heilige Kuh behandelt wird, zu entlarven. Ich habe auch meine eigenen Überlegungen dazu, weiß aber, daß Sie sich in der Vergangenheit dazu geäußert haben. Ich nehme an, daß Ihre Aussagen dazu mir helfen könnten, meine zu präzisieren. Ich finde ihren Text aber nicht mehr. Können Sie mir mit ihrer alten oder aktuellen Interpretation des Problems behilflich sein? ...

Die Antwort des neunzigjährigen Professors vom 20. 9. 91:

... "Natürlich: Tristan Abromeit: da war die Erinnerung gleich wieder voll da. Gar nicht so selbstverständlich für mein Alter aber auch die für mich typische Namens-Vergeßlichkeit (bald nur noch zwei Namen: mein eigener und ... Goethe)

Und nun das Thema: Wiederum mit Goethe!

So etwa: gegen Menschen tolerant, aber völlig intolerant in der Sache. In der Politik (Bundestag) ist es meist total umgekehrt: Da pöbelt man sich erst an, und fällt dann meist hinter der Scene in irgendeinen elenden Kompromiß zurück." ...

Die Konsequenz aus einer solchen Betrachtung ist: 1. Es ist häufig besser ein Problem bestehen zu lassen, als zu versuchen, es durch einen Kompromiß zu lösen und dadurch das Problem zu vervielfachen. 2. Ich kann Jürgen Trittin und Renate Künast auf dem Hintergrund der Gründungsimpulse der grünen Partei als eine Fehlbesetzung für den Bundestagswahlkampf betrachten und sie trotzdem als sympathische und tüchtige Menschen bewerten.

Ich will aber nicht alles in "Friede, Freude, Eierkuchen" auflösen. Meine These ist, daß das Böse in der Politik weniger durch einen bösen Willen in die Welt kommt als vielmehr durch ein irrendes Denken, intolerantes Urteilen und feiges Zur-Seite-sehen und Handeln.

Anfang Juni dieses Jahres erhielt ich von Klaus Lelek (<http://www.klaus-lelek.de/>) eine mail mit dem Hinweis: „Auch ich habe zum Selbstmord von Peter Keuer einen gut recherchierten Artikel geschrieben.“ Ich habe geantwortet: „Ich mußte erst eine Weile nachdenken, wer denn Peter Keuer ist oder war. Ich bin froh, daß durch ihre Rückfrage ein Opfer der Intoleranz wieder in mein Bewußtsein gerückt wurde.“ Wie kam es dazu? Klaus Lelek war mit einer Suchmaschine auf der Spurensuche von Peter Keuer im Internet auf einen Text auf meiner Internetseite gestoßen, in dem Hinweise auf das Schicksal von Peter Keuer gegeben werden. In seinem Beitrag zu Peter Keuer, den die Verdächtigungen, er hätte NPD-Kontakte und wäre an einer Postenschieberei in Selbstmord getrieben haben, u. a. Folgendes:

Gründungsväter werden nicht alt oder die Unfähigkeit der Grünen zu trauern

Vor zwanzig Jahren trieb ein Artikel der linken Tageszeitung den Vater der Rheinlandpfälzischen Grünen in den Selbstmord - Ein Paradebeispiel grüner Personalpolitik

Kaum ein Tag vergeht, an dem Spitzenpolitiker der Grünen nicht von ihrer Vergangenheit eingeholt werden. Auflagenstarke Zeitungen wie Spiegel, Stern, Bild und die Frankfurter Neue Presse konfrontieren in seltener Einmütigkeit Fischer, Trittin und andere 68er mit ihrer militanten Vergangenheit. Dabei wird immer deutlicher, daß nicht nur Polizisten ordentlich was auf die Mütze bekamen, sondern auch viele engagierte Grüne, vor allem aus dem ökologischen Lager, beim innerparteilichen Machtkampf auf der Strecke blieben. Die Methoden ehemaliger Marxisten politische Gegner auszubooten und zu diffamieren, sind an Infamheit kaum zu überbieten. Eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit scheiterte bislang an der "Unfähigkeit zu trauern". Diese Spielart des Zynismus hat man bislang einzig allein der "Nazi-Vätergeneration" unterstellt. Ein Tödlicher Irrtum, wie nachfolgender Artikel über die Gründungsphase der Rheinland-pfälzischen Grünen beweist. Gleichzeitig entpuppt sich der vorliegende Fall als einer der größten Presseskandale des Bundeslandes:

Am 6. Juli 1982 schoß sich der Landesvorsitzende der Grünen Rheinland-Pfalz, Leiter des Tierparkes Ludwigshafen, Peter Keuer mit einer Jagdflinte durch den Kopf. Jahrelang war der ehemalige SPD-Mann von linken Kadern seiner Partei als "Neonazi" beschimpft und verleumdet worden,

zuletzt nach seiner Wiederwahl auf dem Landesparteitag in Edenkoben am 26. Juni 1982. Ein Mitglied der Grünen hatte unter dem Pseudonym "Julius Steffen" einen unredigierten Schmähartikel in der Berliner Tageszeitung (TAZ) untergebracht, in dem Keuer neben Kontakten zur NPD noch "Pöstchenschieberei" vorgeworfen wurde. ...

... Erst zehn Tage nach Eingang der Gegendarstellung und sieben Tage nach Keuers Tod, sah sich die TAZ genötigt, zu reagieren. Die Gegendarstellung des verzweifelten Mannes erschien, quasi posthum, zusammen mit einem verquarsten Nachruf eines TAZ-Mitarbeiters. Ein makaberer und zugleich menschenverachtender Vorgang, der sicherlich in dieser Form einzigartig ist. ...

Friedensappell im Abschiedsbrief Über den Tod hinaus verfehmt

Sein Abschiedsbrief, in welchem er sich bitter über den jahrelangen Rufmord beklagt, gipfelt in den Worten: "Mensch, laßt uns doch Frieden schließen. Denkt daran, alles ist schon mal gedacht worden in Richtung Menschlichkeit, aber immer ist aus einer Denkrichtung eine Institution geworden"

Der Friedensappell, der vor allem an seine Partei gerichtet war, verhallte ungehört. Ein knappes Jahr später wurde Harald Paulitz, Landesvorsitzender und Bundestagskandidat, zusammen mit dem verstorbenen Peter Keuer in einer internen Broschüre mit "Faschisten und Neonazis in eine Reihe gestellt", was dazu führte, daß der ehemalige GAZ-Mann 1983 entnervt aufgab und von allen Ämtern zurücktrat.

Im gleichen Jahr wurde gegen das verdiente Gründungsmitglied aus dem Kreis Germersheim ein Parteiausschlußverfahren eröffnet. In seinem 1986 veröffentlichten Buch "Ich war ein grüner Aktivist" beklagt sich Paulitz darüber, daß sich die Öko-Grünen Anfang der 80er Jahre bereits auf dem Rückzug befanden und "die Drahtzieher und Apparatschiks" gestärkt wurden. ...

Ich kann die Richtigkeit in dem undatierten Bericht von Klaus Lelek nicht überprüfen (die Zeitungsausschnitte, die er mir mitschickte sind aus dem Jahr 1982), ich kann aber bestätigen, daß die Stimmung innerhalb der Grünen von damals mit dem Bericht richtig wiedergegeben wird. Wenn sich das positive – wenn auch chaotische – Bild von den Grünen aus der Anfangszeit nicht in der Öffentlichkeit festgesetzt hätte, wären die Grünen politisch nie auf einen grünen Zweig gelandet.

Bei Wolfgang Schiesches hört sich das 1987 in „Ein Lachen wird es sein“ so an:

Die heutigen Flügelkämpfe bei den Grünen rühren daher, daß ein Teil der Realos noch von der K-Gruppen-Seuche befallen ist.
(S. 24)

Mein Korrespondenzpartner, der libertäre Herausgeber von *espero* (www.utespero.de) (und ehemals freigestellter Betriebsrat) hat in seiner Schrift gut die Unterschiede zwischen dem Nationalsozialismus und dem italienischen Faschismus herausgearbeitet. Danach ist es unzulässig, den Nationalsozialismus Faschismus zu nennen. In einer Buchbesprechung von Marcus Henning heißt es aber auch:

In seinem Kapitel „Die Linke und der Faschismus“ stellt Timm Nationalsozialismus und Marxismus Leninismus gegenüber und arbeitet sehr erhellend die gemeinsamen Wesenszüge dieser konkurrierenden autoritär kollektivistischen Ideologien heraus.

http://www.anares.org/edition_anares/51377.php

In der Studienunterlage der FernUniversität in Hagen heißt es unter dem Text „Irrationalismus / Nihilismus zum ideologischen Kontext nationalsozialistischer Pädagogik“ von Detlev Piecha auf Seite 241:

Kaum ein anderer Begriff wird so wie der Begriff "Faschismus" als ein affektiv aufgeladener Kampfbegriff benützt, dessen Gebrauch rituell eine Gegenhaltung zu dem mit ihm Belegten hervorrufen soll und offensichtlich auch hervorruft. Das Wort "Faschismus" fungiert vielfach nur noch als Symbol des schlechthin Bösen, trifft aber eigentlich "nichts", weil es keinen Inhalt mehr besitzt, sondern in seiner Funktion aufgeht, die darin zu bestehen scheint, eine Reflexion auf das Geschehene auszuschließen und letztlich das Zustandekommen eines Diskurses über das Phänomen "Faschismus" und sein Wesen tabuisierend unmöglich zu machen, weil die "Sache" klar zu sein scheint.

Der nur als "magisch" zu bezeichnende Gebrauch des Wortes "Faschismus", der inhaltslos alle die Inhalte des vorgestellten Bösen zuläßt, die den Ritus des naiven „Verstehens“ nicht durchbrechen, verhindert auch die von ADORNO geforderte und noch immer offenstehende "Aufarbeitung" und beläßt die Betroffenen in ihrem Zustand, der dem eines „Gesunden“ zu entsprechen scheint, weil er „Auschwitz“ ablehnt.

Schauen wir nochmals in Schiesches „Ein lachen wird sein“:

Die erste Krücke - die Herrschaft von Menschen über

Menschen - abzuwerfen, ist das Schwierigste. Die anderen 3 Krücken sind vergleichsweise einfach zu überwinden. Sie sind aber Folge der ersten Krücke, und deshalb wird es uns nichts nützen, eine notwendige Entwicklung übergehen zu wollen. Jede Revolution, die einen Tyrannen zum Teufel jagt, ist ein Kinderspiel verglichen mit der Aufgabe, die dann folgt: Ein besseres, gerechteres und friedlicheres Gemeinwesen aufzubauen. „Freiheit“, dieses nur mißbrauchte Wort, ist doch eine Schwärmerei. Eine solche Schwärmerei, wie wenn ich den Käfig eines Kanarienvogels öffne, um ihm die „Freiheit“ zu schenken. Soll er sich selbst ernähren? Kann er in unserem Klima bestehen? Weiß er, wie schnell Katzen sind? Die Freiheit ist doch der sichere Tod. Irgendetwas stimmt nicht an diesem Beispiel. Die Blaumeisen vor meinem Fenster scheinen absolut gut drauf zu sein. Sie leben wohl in der ihnen gemäßen Umwelt. Die Umwelt, in der wir leben, paßt einigen nicht mehr. Sie droht, das Leben zu ersticken; und doch haben die Menschen sie sich selbst so eingerichtet. Es war kein Teufel oder eine böse Macht, so wenig wie Saul das Volk Israel unterdrückte oder Hitler das deutsche Volk.

Natürlich unterdrückte er Leute, die seinen Mystizismus nicht teilten, aber das ist heute noch genau so.

- 94 -

Hören wir dazu Wilhelm Reich, wieder aus dem Vorwort zur Massenpsychologie des Faschismus:

„Der Faschismus wurde zur Zeit der ersten Niederschrift dieses Buches allgemein als eine 'politische Partei' betrachtet, die wie andere 'soziale Gruppierungen' eine 'politische Idee' organisiert vertrat. Demzufolge 'führte die faschistische Partei den Faschismus mittels Gewalt oder durch politische Manöver ein'.

Im Gegensatz dazu hatten mich meine ärztlichen Erfahrungen mit Menschen vieler Schichten, Rassen, Nationen, Glaubensbekenntnissen etc. gelehrt, daß „Faschismus“ nur der politisch organisierte Ausdruck der durchschnittlichen menschlichen Charakter Struktur ist, eine Struktur, die weder an bestimmte Rassen oder Nationen noch an bestimmte Parteien gebunden ist, die allgemein und international ist. In diesem charakterlichen Sinne ist „Faschismus“ die emotionelle Grundlage des autoritär unterdrückten Menschen der maschinellen Zivilisation und ihrer mechanistisch-mystischen Lebensauffassung.

Der mechanistisch-mystische Charakter der Menschen unserer Epoche schafft die faschistischen Parteien und nicht umgekehrt.“

Die Überwindung des Faschismus kann nicht durch die Bekämpfung einzelner Faschisten gelingen, sondern nur durch die Aufdeckung der „mechanisch-mystischen Lebensauffassung“. ...

Die Schwäche der Grünen (heute natürlich der Bündnisgrünen) war und ist, den Faschismus im Antifaschismus, in den Strukturen auch des demokratischen Staates und im eigenen Denken (mit ihren Zwangsbeglückungsvorstellungen, die sie mit allen im Bundestag vertretenen Parteien teilen) zu erkennen.

Besonders peinlich ist der Kampf der Parteisoldaten und der „guten Demokraten“, wenn sie aufrufen zur Demonstration gegen die Rechten, seien es die Mitglieder der NPD und anderer Gruppen. Nicht das die Existenz dieser Gruppen begrüßenswert ist, sondern weil sie zur Projektionsfläche für den Hass der „guten Menschen“ geworden sind. Ein Ablageplatz für das eigene Versagen und für die gleichen Macht- und Unterdrückungsgefühle, die die Rechten haben – nur mit umgekehrten Vorzeichen.

Übersehen wird auch, daß die Aufmachung, Denkungsart und das Handeln der Rechten wenigstens zum Teil ein Reflex auf jenes Denken und Handeln der politischen Mitte ist. Die rechten wie auch die linken Extremgruppen bedienen die Erwartungen, die aus der Mitte und von der jeweiligen Gegenseite gestellt werden. Das ist ein Geschäft auf Gegenseitigkeit. Den Mittigen gibt es das Gefühl, die besseren Menschen, zumindest die besseren Demokraten zu sein und den Extremen verschafft es die gewünschte öffentliche Aufmerksamkeit. Wenn die „guten Demokraten“ etwas von den politischen Extremgruppen lernen können, dann, daß die eingebildete oder tatsächliche Wahrheit nicht mit Gewalt und Haß durchgesetzt werden kann, ohne daß diese massiv Schaden leidet.

Mit dieser Argumentation wird das häßliche und inhumane Handeln der Extreme nicht schön geredet, sondern nur gesagt, daß man Böses nicht mit Bösem überwinden kann.

Auch gilt die Weisheit zu beachten, die mir mein außerschulischer Lehrer, Pastor Wilhelm Mensching, Gründer des Internationalen Freundschaftsheimes mit dem von der israelischen Gedenkstätte Yad Vashem posthum verliehenem Titel 'Gerechter unter den Völkern', lehrte: In jedem Menschen wohnt etwas von Gott, auch in dem schlimmsten Verbrecher. Dieses ist zu respektieren, das gilt auch, wenn wir einen Neo-Nazi vor uns haben.

Dann haben wir auch auf die Funktion der politischen Extrempositionen zu achten und diese nicht mit radikalen Haltungen zu verwechseln. Unsere politische Klasse wünscht sich sicherlich keine radikale Demokraten – solche von der Wurzel her -, weil sie sich nur gestört fühlt. Aber alle anderen Bürger, sollten dafür beten, daß es genug davon gibt, denn die Demokratie lebt von ihrer Existenz. Und eine politische Mitte kann es nicht geben, wenn es keine Extrempositionen und keine halblinken und halbrechten politischen Positionen gibt. Die Extremen verhelfen den mittleren Positionen zum guten Gefühl vom Weltkind in der Mitte. Die Extremisten haben aber die wichtige Funktion die politische Mitte auf Trab zu halten. Wenn die politische Mitte versucht, die Extreme mit Gesetzen und nicht mit eigenen Leistungen klein zu halten, dann sollten die Wähler die rote Karte für die Sicherheitsfanatiker und für die Benutzer der Haltet-den-Dieb-Parole in der Mitte ziehen. Wenn es eine politische Gefahr durch die Extremen gibt, dann hat sie ihre Ursache in der politischen Mitte, die dann auch die - hoffentlich nur verbalen - Prügel verdient hat.

An linken Grünen habe ich mich durchaus gerieben, zu den Rechten – die es vielleicht auch in den Grünen gab – habe ich keinen Kontakt gehabt. Das gilt natürlich nicht nach der Definition von linken Gruppen, besonders solchen, die sich als Antifaschisten bezeichnen. Denn diese stufen alle als rechtsextrem ein, die nicht so denken und auftreten wie sie selbst. Und nur bei politischer Blindheit kann gesagt werden, daß Linksextreme weniger „gefährlich“ und mehr sympathisch sind als Rechte. Und trotzdem muß man fragen, ob das, was man von ihnen wahrnehmen kann, Ausdruck ihres Charakters oder ihrer Denkweise ist. Ich setze hier in meine Betrachtungsweise auf die Macht falscher oder problematischer Weltbilder. Diese wirken auch bei Extremisten, die in den Terrorismus abgleiten. Diese falschen Weltbilder mit Leitfunktion für das politische Handeln schafft man aber nicht durch Verbote aus der Welt, sondern nur durch bessere, die die Ungerechtigkeiten und Ungereimtheiten dieser Welt nicht verschleiern, sondern eindeutig benennen.

Anna Hallensleben schildert in ihrer bereits erwähnte Dissertation im Kapitel „Die Landtagswahlen in Niedersachsen im Juni 1978“ (S. 92) die Wirkungen eines Aufrufes des Kommunistischen Bundes zur Unterstützung der GLU. Mich interessieren hier aber nicht die Wirkungen des Aufrufes auf die Partei, sondern Denkmuster auf das Handeln von Personen.

Im Arbeiterkampf vom 12. Juni 1978 zieht der KB Bilanz und gibt eine grundlegende Stellungnahme zu seiner Einschätzung von

Wahlen ab. Nach der grundsätzlichen Feststellung, daß das Parlament zu den bürgerlichen Staatsinstrumenten gehört, die zerschlagen werden müssen, wird diese Aussage mit einem Leninzitat eingeschränkt: "Solange ihr nicht stark genug seid, das bürgerliche Parlament und alle sonstigen reaktionären Institutionen auseinanderzujagen, seid ihr verpflichtet, gerade innerhalb dieser Organisationen zu arbeiten ..." (277) Weiter heißt es:

"Einen mächtigeren Gegner kann man nur unter größter Anspannung der Kräfte und nur dann besiegen, wenn man unbedingt aufs angelegentlichste, sorgsamste, geschickteste, vorsichtigste selbst den kleinsten 'Riß' zwischen den Feinden, jeden Interessengegensatz zwischen der Bourgeoisie der verschiedenen Länder, zwischen den verschiedenen Gruppen oder Schichten der Bourgeoisie innerhalb der einzelnen Länder, als auch jede, selbst die kleinste Möglichkeit ausnutzt, um einen Verbündeten unter den Massen zu gewinnen, mag das auch ein zeitweiliger, schwankender, unsicherer, unzuverlässiger, bedingter Verbündeter sein. Wer das nicht begriffen hat, der hat auch nicht einen Deut vom Marxismus und vom wissenschaftlichen modernen Sozialismus überhaupt begriffen."

Es geht um die Überhöhung der eigenen Ziele, die es erlaubt und notwendig erscheinen läßt, alle zwischenmenschliche Werte zu mißbrauchen, um den eigenen Zielen näher zu kommen. Es ist eine Denkweise, die die Rettung der Welt von der Durchsetzung der eigenen Idee abhängig macht. Mit gleicher Motivation haben Missionare (mit Verführung und Schwert) einst die Menschen zum Christentum bekehrt. Ich hatte gedanklich nun den Altvorderen der heutigen Christen den Spruch > vom Bruder sein und Schädel einschlagen < zugeordnet, aber vorsichtshalber mit einer Suchmaschine im Netz nach der Quelle gesucht. Auf einer Internetseite, die sich *Israel heute* nennt und folgende Anschrift hat:

<http://www.israelheute.com/default.aspx?tabid=126&view=item&idx=419>

Willst du nicht mein Bruder sein...
... schlag' ich dir den Schädel ein!"

Dieses Sprichwort stammt aus dem ersten Glaubenskrieg der Menschheit. Kriege gab es immer. Doch Kriege mit dem Motiv „Glauben“ gab es erstmals im Jahre 642 n. Chr., als die Moslems von Mekka aus dem Rest der Welt ihren Glauben aufzwingen wollten.

Weiter heißt es u.a.:

Selbst die in der Bibel beschriebenen Kriege waren keine Glaubenskriege,

sondern Kriege, um das dem Volk Israel verheißene Land zu erobern und zu halten. Die Israeliten haben nie Kriege geführt, um ihren mosaischen Glauben zu verbreiten. Das Judentum verbietet nicht nur Glaubenskriege und Zwangsbekehrungen, sondern lehnt sogar Proselytenmacherei ab. Im Christentum dagegen gab es Glaubenskriege, Zwangstaufen, Kreuzzüge und auch den Dreißigjährigen Krieg. Dies widersprach Jesu Gebot: „Liebet eure Feinde und bittet für die, die euch verfolgen“ (Matthäus 5,44). Mittlerweile führen die Christen keine Glaubenskriege mehr. Dass sie andersmotivierte Kriege führen, gehört zu den Schattenseiten der Christenheit.

Ich habe diese Internetseite nicht weiter überprüft, sie richtet sich aber wohl gegen die Glaubenskriege der Moslem und soll die Israelis entlasten. Dabei ist doch deutlich, daß ein Humanität verachtender Expansionsdrang nicht nur von religiösen Ideen ausgehen kann, wie der Marxismus lehrt, sondern auch von nationalistischen, wie es der Zionismus beweist. <http://de.wikipedia.org/wiki/Zionismus>

Es sollte bei solchen Überlegungen nicht übersehen werden, daß jede Idee, die sich auf die Ordnung menschlicher Gesellschaften und auf Wertorientierung für die Menschen bezieht, den Hang zum Anspruch auf Weltgeltung in sich trägt. Das Unterscheidungsmerkmal bei diesen Ideen liegt aber darin, ob sie das Individuum unterdrücken oder befreien (im wirklichen nicht im ideologischen Sinn) wollen, ob sie eine zentrale oder dezentrale gesellschaftlich oder weltweit gültige Struktur anstreben und ob sie als „im idealistischen Sinn überlegen“ dargestellt werden oder eine politische unausweichliche Führerschaft beanspruchen soll. Der Marxismus gebunden an den Zentralismus ist bei aller theoretischen Befreiungsstrategie ein Unterwerfungsprogramm. Den Marxismus kann man aber nicht Karl Marx anlasten, der soll betont haben, daß er kein Marxist ist. Rudolf Bahre sagt in seinem Buch „Die Alternative“ - für das ich schon in den 70er Jahren in der FDP geworben habe, als Bahro noch im DDR-Gefängnis saß - ,daß der Zentralismus nicht von Marx kommt. Georg Otto, das von der grünen Partei mißachtete freiwirtschaftliche Urgründungsmitglied, hat Übereinstimmungen zwischen Karl Marx und Silvio Gesell herausgearbeitet. Johannes Heinrichs, der von den Jesuiten herkommende, ursprünglich als Nachfolger von Oswald von Nell-Breuning gehandelte, der als Nachfolger von Rudolf Bahro einen Lehrstuhl an der Humboldt-Universität inne hatte, findet in seinem „Sprung aus dem Teufelskreis – Sozialethische Wirtschaftstheorie“ beim Vergleich zwischen Marx und Gesell für Marx warme Worte und kritisiert Gesell, daß dieser Marx nicht gründlich genug gelesen hat.

Aber auch an dieser Stelle – auch wenn es mir inhaltlich nicht so recht paßt – darf ich die

Gegenposition nicht verschweigen. Hermann von Berg geht in seinem Buch „Marxismus-Leninismus – Das Elend der halb deutschen halb russischen Ideologie“ über das allgemeine Urteil:

Die Praxis zeigt: Der Marxismus ist eine lebensfremde, für die Interessen des Volkes schädliche und feindliche Ideologie. (S. 253) ⁸

hinaus und schreibt über Marx:

... Seine > Wissenschaft < besteht aus schlecht abgeschriebenem und theoretisch falsch interpretiertem Wissensstoff. Wahrlich, er kann heute nicht einmal, wie andere, den Ehrentitel > Verdienter Plagiator des Volkes < erhalten. Marx hat eben nicht die eine Gesellschaftswissenschaft vorgeblich erst ermöglichende materialistische, auf ökonomische Bewegungsgesetzen beruhende Geschichtsauffassung entdeckt oder geschaffen. ... (S.101)

ooo Einschub ooo

Hermann von Bergs Buch erschien 1986 im Westen. Als er selber in der BRD war, schrieb ich ihm am 9. April 1989 u.a.:

Nach dem ich Ihr Buch gelesen hatte, habe ich mir notiert:
„Wenn Marx hier richtig bewertet und beurteilt wird, wieso konnte er in der Vergangenheit und Gegenwart eine so starke Leitfigur für so viele Menschen werden?“

Für mich ist auch die Frage: Wie können die sozialistischen Länder – wenn sie den Marxismus überwinden sollten - vermeiden, den Westen einfach zu kopieren und sich damit zwar einen besseren Lebensstandard aber eben auch neue Probleme einzuhandeln?

ooooo

Wenn wir also die Konflikte mit oder in einer Partei betrachten, dann können wir feststellen, daß es in den Konflikten um Menschliches, Allzu-Menschliches geht, wie Ansehen, Einfluß und Posten. Als Schutzgemeinschaften gegen tatsächliche oder eingebildete Bedrohungen geht es in den Parteien um die richtige Definition von Bedrohungen und den richtigen Strategien ihrer Abwehr (Dazu gehört dann auch die Frage: Was ist Lobbyismus und was ist das Allgemeininteresse). Und wenn man die Parteien als Gesellschaftsgestalter betrachtet, dann geht es bei den Konflikten um die großen Leitideen. Aber bei der Durchdringung der Voraussetzungen und Wirkungen von Gesellschaftsmodellen, die aus Leitideen

⁸ Auszüge befinden sich auf meiner Internetseite. Auf der internen Suchmaschine das Stichwort Herman von Berg eingeben.

abgeleitet werden, liegt bei uns einiges im Argen, schon in den Schulen und Hochschulen. Im Moment reisen die Spitzenkandidaten der Bündnisgrünen durch die Republik, um für die Stimmabgabe für die Grünen zu werben. Sie machen den Eindruck, als glaubten sie tatsächlich, daß sie die richtigen Leitideen für unsere Republik hätten. Ich kann das so nicht sehen.

Im Kränken waren die Grünen immer groß

Im Oktober 1981 hatte Hermann Müller, geb. 1898, auf einer LDK ein Flugblatt mit dem Titel „Es kann keinen Frieden auf Erden zwischen den Menschen geben ...“, wenn nicht bestimmte Bedingungen erfüllt werden, verteilt. Dieses Flugblatt wurde von linken Parteifreunden gleich als ultrarechts oder faschistisch eingestuft. Das Flugblatt mit Sprachbildern aus dem Anfang des vorigen Jahrhunderts war zwar pazifistisch formuliert, konnte man aber durchaus kritisieren. Aber den linken Parteifreunden (-feinden) ging es gar nicht ums Kritisieren und schon lange nicht um ein Verstehen von Müllers Aussagen, sondern um den willkommenen Anlaß auszugrenzen. Dabei rührten die Mißverständnisse aus dem sich im Laufe der Zeit immer veränderten Sprachgebrauch. J. D mit dem ich über Müllers Flugblatt sprach, sagte sinngemäß zu mir: „Müller hat recht. Ich habe über das Thema promoviert“. Aber schon hier zeigte sich, wie wenig offen die sich als offen verstehende Partei DIE GRÜNEN war. J. D. hat sich in der Parteiöffentlichkeit nicht getraut, ein Wort zu Gunsten von Hermann Müller zu sagen. Auf dem Hintergrund, daß Hermann Müller in den ganzen Nachkriegsjahren per Fahrrad durch Dörfer geradelt ist, um für eine freie und soziale Gesellschaft zu werben und als Lehrer dafür vom Schulrat gemäßregelt wurde, war eine große Kränkung, besonders wenn man bedenkt, daß er das erste Flugblatt zur Gründung einer neuen Partei, damals noch unter dem Namen „Lebensschutzpartei“ unterschrieben und vertrieben hatte. An seinem Grab war dann auch kein offizieller Vertreter der Partei, die er mit angeschoben hat. Ich habe den Vorgang in meinem Text 21.5, Haupttitel: „Die Deutschen, der Faschismus und der Holocaust – im Schatten des Jugoslawien-Krieges“ vom Mai 1999, dokumentiert.

Ich will hier auf einen anderen Aspekt des Vorganges eingehen. Es geht praktisch um das „obrigkeitsstaatlich“ und ideologisch begründete Monopol auf Geschichtsdeutung. Da es bei dem Vorgang „Hermann Müller“ ziemlich schnell klar war, daß es gar nicht so

sehr um das Flugblatt ging, sondern vielmehr um die Kaltstellung der freiwirtschaftlichen Gründungsgruppe, habe ich unter dem 28./29. Mai 1983 eine Stellungnahme unter dem Titel „Ultrarechte Tendenzen“ bei den Mitgliedern des Arbeitskreises Dritter Weg?“ geschrieben und veröffentlicht.

In dieser vierzehn Seiten langen Stellungnahme stand dann auch folgendes:

Es hat in der Untergangsphase der Weimarer Republik Freiwirte gegeben, die sich in der Erkenntnis, daß Freiheit sich nicht mit freiheitsfeindlichen Methoden erreichen läßt, von Anbeginn gegen Hitler gestemmt haben. Es hat aber auch Freiwirte gegeben, die sich der nationalsozialistischen Partei angeschlossen haben. Die NSDAP war am Beginn eine Bewegung, eine Bewegung, die eine Not wenden sollte, also keine Diktatur, eine Bewegung, wie die Bewegung der Grünen heute, bei der man auch manche Unebenheiten in Kauf nimmt, in der Hoffnung, daß sich das Gute durchsetzt. Nun unterstelle mir keiner, ich hätte gesagt, die Grünen hätten die gleichen Inhalte, wie die Nationalsozialisten. Sagen will ich, daß politische Bewegungen aufgrund von Problemlagen entstehen, daß politische Bewegungen in die Irre gehen können, und daß wir heute leicht über die damalige Zeit urteilen können, zumal wir uns das damalige ökonomisch-soziale Elend gar nicht so recht vorstellen können. Ich hoffe nur, daß in fünfzig Jahren über die grüne Bewegung besseres berichtet werden kann als über die braune.

Aus dem Absatz geht ja eindeutig hervor, daß ich keine inhaltliche Ähnlichkeit zwischen den Grünen und den Nationalsozialisten sehe und in dem Gesamttext wird auch deutlich, daß ich den Grünen keine ähnliche Entwicklung wie den Nazis wünsche. Aber auf dem Hintergrund, daß die damals vorhandene etablierte politische Konkurrenz die Grünen gerne mit Unterstellungen, sie hätten eine Nähe zu den Nazis, für die Öffentlichkeit unattraktiv machen wollte, konnte man der Unterstellung seitens grüner Freunde, ich hätte dazu das Material geliefert, ein „gutes Geschäft“ machen. Man sah - aus einem ideologischen Blickwinkel gesehen - die Möglichkeit, die freiwirtschaftliche Gründungsgruppe aus der Partei zu drängen, sie wenigstens kalt zu stellen.

Martin Mombaur damals MdL im Niedersächsischen Landtag, Fraktion DIE GRÜNEN, hat auf der Landesdelegiertenkonferenz der GRÜNEN am 27.8. 83 in Emden aus meiner Stellungnahme „Ultrarechte Tendenzen“, von 28./29. Mai 1985 dann folgenden Satz zitiert: „Die NSDAP war am Beginn eine Bewegung, eine Bewegung, die eine Not wenden sollte, also keine Diktatur, eine Belegung, wie die Bewegung der Grünen heute, bei der man auch

manche Unebenheiten in Kauf nimmt, in der Hoffnung, daß sich das Gute durchsetzt.“

Mit diesem isolierten Satz, konnte man auf dem Hintergrund der latenten Angst der Grünen, in die rechte Ecke gestellt zu werden, die Ausgrenzungsstrategie starten. Daß die Motive ganz andere waren, als die Grünen von braunen Vorwürfen freizuhalten, konnte man schon daran erkennen, daß Mombaur sinngemäß vor versammelter Presse erklärte, daß doch der Partei dadurch großer Schaden entstehen können, wenn davon die Presse Wind bekommen würde. Danach war dann auch in der Presse der ganzen Republik zu lesen: Die Grünen wollen Abromeit wegen ultrarechter Tendenzen ausschließen. Die Erfahrung war: Kein Pressevertreter hat mit mir gesprochen, um zu erfahren, was ich wirklich wollte.

In der Auseinandersetzung mit meinen lieben Parteifreunden, die sich als Feinde gebärdeten, stellte sich dann heraus, daß der großartige Spruch von Rosa Luxemburg die „Freiheit ist immer die Freiheit des Andersdenkenden!“ (http://de.wikiquote.org/wiki/Rosa_Luxemburg) nur für sie, aber nicht für mich galt. Ich machte mit Rosa Luxemburgs Gebot also die gleiche Erfahrung, wie sie Ausreisewillige der DDR zum andern Zeitpunkt am anderen Ort machten.

Ich füge hier drei Stellungnahmen zu den Beschuldigungen von damals ein, die ich aus meinem Text Nr. 8.2 übernehme.

ooooo

Dr. Arno Klönne, Professor in Paderborn und Faschismusforscher:

"Sehr geehrter Herr Abromeit, zu Ihren Bemerkungen über Freiwirte, NSDAP und Grüne kurz meine Auffassung:
Die Wirtschaftsvorstellungen der Freiwirte in der Zeit vor 1933 sind eine Seite - die Positionen von Freiwirten zu den politischen Ideen und Strömungen der damaligen Zeit eine andere. Durchaus zutreffend schreiben Sie, daß manche Freiwirte klar gegen die NSDAP standen, andere aber Hoffnungen in eben diese Partei setzten. Das war bei der Jugendbewegung ähnlich, wie überhaupt bei den verschiedenen sozialen Reformbewegungen, die in den Zwanziger Jahren in Deutschland zwar Minderheiten darstellten, aber die Ideengeschichte und das gesellschaftliche Klima wesentlich beeinflussten. Insgesamt ging es diesen, vorwiegend aus dem gebildeten Bürgertum sich rekrutierenden Reformbewegungen um den Protest gegen das 'Industriesystem' und dessen Auswirkungen auf die Lebenswelt, und in diesem Protest spielten

naheliegenderweise gedankliche Rückgriffe auf Bilder einer 'natürlichen', noch nicht durchrationalisierten Gesellschaftsordnung eine große Rolle. In alledem steckten Komponenten, an die der Nationalsozialismus in seiner 'idealistischen', noch nicht machtpolitisch etablierten Ausformung anknüpfen konnte, ohne die seine Attraktivität gerade bei der nachwachsenden Intelligenz der damaligen Zeit ja auch gar nicht erklärlich wäre. In diesem Kontext ordnet sich m.E. auch der Text von Hermann Müller ein, den ich in etlichen Punkten höchst problematisch finde, demgegenüber aber die Denunziation als 'faschistisch' nichts klärt und nicht weiterführt. Zu bedenken ist, daß in der Substanz ähnliche Gedankengänge in einer anderen Begrifflichkeit auch heute in den Reformbewegungen zu finden sind, auch bei manchen Grünen, vielleicht auch bei solchen, die ihrerseits (aufgrund semantischen Wandels) an dem Text von Hermann Müller Anstoß nehmen. 'Zivilisationskritische' Ideen sind der Sache nach vieldeutig, auch verführbar, 'verkehrbar'; dagegen bietet politisches Abstempeln keinen Schutz, sondern nur kritische Diskussion, Weiterdenken." (Zweite Fassung des Schreibens vom 23. 12. 83)

ooooo

Fred Braun, bei dem ich anlässlich einer Bundesdelegiertenkonferenz (BDK) in Karlsruhe zu Gast war - und der mir gesagt hat, daß er und seine Frau von Israel in die Bundesrepublik übersiedelt wären, weil sie den Umgang der Israelis mit Palästinensern nicht mehr ertragen hätten - schrieb mir am 12. 3. 84:

Lieber Tristan Abromeit!

Nochmals darf ich Dir danken für die kleine Streitschrift. Selbstverständlich, was auf Seite 8 festgestellt wird, ist einfach richtig.

Von dem Elend, das damals überall herrschte, kann sich die nachgeborene Generation nur sehr beschränkt eine Vorstellung machen.

Jedermann wusste tief im Inneren: So geht es nicht weiter. Und es gab nur 2 Parteien, die jedenfalls behaupteten, sie brächten eine Wende, wenn sie an die Macht gelassen würden, die KPD und NSDAP.

Und selbstverständlich war die grosse Masse auch der NSDAP-Leute keine Bürger, die Konzentrationslager einrichten wollten, die sich auf Mord und Krieg vorbereiteten, sondern einfach, die wieder Arbeit, anständige Löhne und Gehälter usw. sehen wollten. Das gleiche galt natürlich ebenso für die KPD.

Mit Hitler kam es dann ganz anders. Die KPD und SPD wurden so-

fort zerschlagen. Aber auch in der NSDAP wurde bald gemordet.

Natürlich wurde Röhm und sein Gefolge 1934 nicht wegen ihrer Homosexualität ermordet, sondern blutig die Kräfte erledigt, die auf einen sozialen Wandel zugunsten des arbeitenden Volkes hofften und in denen daher Hitler eine grosso Gefahr sah. Damit war auch innerhalb der NSDAP selbst die 'Gefahr' einer sozialen Wandlung fürs erste gebannt.

Und dann konnte die Ruestung, Kriegsvorbereitungen usw. einsetzen - bis zum bitteren Ende 1945.

Als Mitbetroffener, KZ, Emigration usw. kann ich den Feststellungen nur beistimmen.

Freundl. Gruss Dein Fred"

Und am 3. 4. 84 schrieb mir Fred Braun, der - wenn mich meine Erinnerungen an seine Erzählungen nicht trügen - in der Zeit, als sich die Nationalsozialisten zahlenmäßig entfalteten, Mitglied der KPD war:

Lieber Tristan!

Für die Übersendung des Beschlusses der Landesschiedskoromission darf ich Dir bestens danken.

Vielleicht liegt dies an meinem Alter:
So ganz verstehe ich die Welt nicht mehr.
Natuerlich wäre es besser gewesen, Du hättest das beanstandete Zitat noch mit einem zusaetzlichen Satz verlängert, etwa
> So sahen es jedenfalls die vielen Mitlaeufer und sicher auch die grosse Masse der Parteimitglieder <.

Wie stark der soziale Druck, dass 'es so nicht mehr weitergehen konnte' damals auch in der NSDAP selbst angestiegen war, dafür als ein Beweis die Stennesrevolte, wo die berliner SA 'meuterte', die aus Arbeitern und Arbeitslosen im Wesentlichen bestand, ebenso die politische Stoßrichtung der Strasser-Brüder.

Hitler rechnete dann in der 'Röhmrevolte', die wahrscheinlich er zu diesem Zweck erfand, blutig mit den sozialen Tendenzen innerhalb der Nazis ab.

Als Jude, der damals hellwach die Ereignisse miterlebte und nur dank seiner 'arischen' Verlobten (jetzt Ehefrau) sich rechtzeitig z. Auswanderung entschloss und als Gruendungsmitglied der Grünen Karlsruhe kann ich dies nur unterstreichen.

Vollends unklar ist mir, wie die Partei geschädigt worden ist. Die Grünen haben den Austritt von Bastian aus der Bundespartei überstanden und ihn nicht ausgeschlossen - die Grünen haben die hessische Blutbeschmierung überstanden, ohne den Parteifreund auszuschliessen.

Ist denn Deine inkrimierte Aeusserung in die Weltpresse gelangt, etwa in 'Le monde' oder in der 'Washington Post' oder auch in der 'Istwestia' gestanden? Oder hat Eure lokale Presse darüber eine Sonderausgabe herausgegeben?

Schliesslich kann ich aus eigener Beobachtung bestätigen, dass Du jedenfalls bei den beiden karlsruher Tagungen im März in keiner Weise offensiv oder sonst parteischädigend aufgetreten bist. Ich möchte sicher annehmen, dass die Bundesschiedskommission Deiner Beschwerde stattgibt.

Freundliche Grüsse Dein Fred"

ooooo

Ich (TA) lasse jetzt eine Stellungnahme von Christof Misere folgen:

ooooo

Köln, den 24.6.84/3.8.84

zu diesem Brief: am 24.6. hatte ich den unten abgedruckten Brief an Herrn Tristan Abromeit geschickt. Tristan Abromeit fragte mich in einem Schreiben vom 1.8., ob er meinen Brief als Beweisunterlage der Bundesschiedskommission vorlegen dürfte und ob ich den handschriftlichen Text in Schreibmaschinenform bringen könnte. Diesem Vorschlag folge ich hiermit gerne, insbesondere deshalb, weil ich durch weitere Informationen zu diesem Fall davon überzeugt bin, daß hier nicht T. Abromeit allein angeklagt ist, sondern alle die Menschen in unserer Partei, die in ihrer Suche nach der Freiheit keine falschen Kompromisse eingehen. Sicherlich ist der angegriffene Satz von T. Abromeit nicht unproblematisch, nein, er spricht ja gerade ein Problem an, welches geklärt werden muß, doch ist es nicht nur der falscheste Weg den "Erkennenden" auszuschließen, sondern dieser bisher eingeschlagene Weg offenbart auf makaberste Weise, daß es der Warnung, die Abromeit ausgesprochen hat bedurfte und auch weiterhin bedarf. Mit unwesentlichen Änderungen folgt hiermit mein Brief an T. Abromeit vom 24.6.84

"Sehr geehrter Herr Abromeit,
durch meinen Bekannten Hugo Kierdorf, den ich seit der Gründung der 'Grünen im Herbst 79 hier in Köln kenne, habe ich erfahren, daß man Dich aus unserer Partei ausgeschlossen hat und Dir jetzt bloß noch die Möglichkeit offensteht, beim Bundesschiedsgericht um verspätete

Gerechtigkeit zu bitten. Man hat Dich, soweit ich dies anhand der Unterlagen, die mir zur Verfügung stehen, nachvollziehen kann, wegen Deines Vergleiches zwischen der NSDAP und den Grünen ausgeschlossen und deshalb, weil Du diese Äußerung nicht zurückgenommen hast, sondern richtigerweise ergänzt hast dadurch, daß Du sagtest, daß die Ausgangsbasis für den Nationalsozialismus nicht Rassisten etc. sondern Hungernde, Verarmte und Idealisten gewesen sind.

In der anti-nazistischen, 1932 in der ersten Auflage erschienenen und seit 1981 im ahde-Verlag wieder erhältlichen Broschüre:

"Über Hildburghausen ins dritte Reich" von Dr. Gerhard Wartenberg, der u.a. auch Mitarbeiter beim "Syndikalist" und bei Erich Mühsams "Fanal" gewesen ist und im Kz Sachsenhausen mit 38 Jahren gestorben ist, konnte ich vieles finden, was Deine These durchaus unterstützt und ihre Richtigkeit, bezogen auf die Ausgangsbasis der Nazis und bezogen auf ihr frühes Auftreten unter Beweis stellt. Da wird sowohl dargelegt, wie die NSDAP von ihren frühen Prinzipien abgerückt ist (Verstaatlichung der Trusts, Gewinnbeteiligung der Arbeiter, Gemeinnutz geht vor Eigennutz, Brechung der Zinsknechtschaft), als auch klargestellt, daß die Ausgangsbasis der Nazis Enttäuschte Verbitterte, Arbeitslose und Hoffende bildeten.

Zusätzlich wird noch darauf hingewiesen, daß viele akademische Kräfte die Nazis unterstützten und ein Großteil des Mittelstandes, der durch die Existenz von Konzernen die eigene Existenz dahinschwinden sah. Aber mit den parlamentarischen Erfolgen verschwanden immer mehr die sozialen Phrasen und der Totalitarismus ersetzte diese. Sicherlich hatte dies auch damit zu tun, daß die Nazis keine Lösungen für die wirtschaftlichen Probleme hatten, und wenn man regieren will, ohne Lösungen bereit zu haben, so muß man dies verdecken, und dazu bedient man sich des Totalitarismus und der Formel, die da besagt: der Führer hat immer Recht. Fehlende Toleranz und Absolutheitsansprüche helfen da genauso, wie der Glaube daran, daß die Mehrheit immer Recht habe, wozu aber schon der römische Philosoph Seneca passend sagte: „Vor nichts müssen wir uns mehr hüten als davor, nach Art des Herdenviehs der vorrauslaufenden Schar zu folgen; dann würden wir nämlich lediglich den meist betretenen, nicht aber den richtigen Weg wählen.“

Aber auch in Gesprächen mit älteren Menschen habe ich oftmals erfahren, mit welcher Hoffnung und mit weichem Idealismus viele das Aufkommen der Nazis betrachtet haben, und manch einer hat auch vor einem eingeschränkten Vergleich mit den Grünen nicht gescheut. Um den Faschismus zu verstehen muß man aber wissen, wie es tatsächlich dazu gekommen ist, und es ist eine Verharmlosung, wenn man lediglich so tut, als hätte es in Deutschland auf einmal Millionen von bösen Menschen gegeben. Insofern schadet Dein Vergleich nämlich deshalb nicht, weil er uns davor warnen kann, etwas zu tun, was wir nachher zu bedauern hätten.

Beide Parteien, die Grünen und die NSDAP sind nämlich hervorgerufen worden durch die Korruptheit der Systeme, beide haben eine primär antiparlamentarische Grundhaltung und benutzen das Parlament als Tribüne, um außerparlamentarische Entwicklungen zu fördern. Und beide Parteien gingen anfänglich von ähnlicher Ausgangsbasis aus. Beide Parteien ähneln sich aber, und dies habe ich schon gegenüber vielen geäußert, in der Art und Weise, wie sie das heutige System auf emotionale Weise anprangern, weil die Rationalität bei den Grünen sich bis heute z. B. im Programm noch wenig niedergeschlagen hat. So habe ich z.B. sehr große Ähnlichkeiten der Darstellungen eines Parlamentes auf dem Plakat zur Europawahl (Europa auf dem Stier, und unter dessen Hufe Schlafende, Trinkende und Nutzlose im Parlament) mit einem Wahlplakat für den Völkischen Bund vor 1933 feststellen müssen, welches ich in einem Politikbuch gefunden habe. Die früher verwendete niederschmetternde und zermalmende Dynamik einer Faust wird lediglich durch den zertretenden Huf eines Stieres ersetzt; - sonst kaum Unterschiede!!)

Dies heißt natürlich noch nicht, daß die Grünen eine faschistische Partei sind. Dies heißt aber, daß wir die Pflicht haben in offener und freier und toleranter Diskussion Programme zu entwickeln und Erkenntnisse zu bewahrheiten, die tatsächlich dazu geeignet sind, die ökologischen und ökonomischen Probleme zu lösen.

Heute findet man aber leider schon ein erhöhtes Maß an Intoleranz bei den Grünen, die mit steigenden Wählerzahlen und Machtgewinnen zuzunehmen scheint; es gilt Macht zu erhalten.

VERHARMLOSUNG, DIE DIR VORGEWORFEN WIRD, VERHARMLOSUNG FINDET DADURCH STATT, DAß WAHRHEITEN NICHT OFFENGELEGT WERDEN UND SO LEIDER FALSCHER ANALYSEN UND FALSCHER REAKTIONEN IN DER ZUKUNFT ZU ERWARTEN SIND.!!!!!!

Dies aber ist die Gefahr, der wir uns nicht preisgeben dürfen, die Gefahr der Intoleranz gegenüber den Andersdenkenden, die Gefahr des Absolutheitsanspruches, die Gefahr welche tatsächlich zum Faschismus führen kann oder zum Bolschewismus, der auch nur ein auf den Kopf gestellter Faschismus ist, und deshalb genauso gefährlich, wie der Anarchist Rudolf de Jong in der Broschüre "Die Internationale Arbeiter-Assoziation und der Faschismus" richtig bemerkt.

- Auch wenn ich nicht unbedingt annehme, daß hinter diesem Ausschlußverfahren eingeübte Taktiken stecken (mittlerweile glaube ich aber nicht an einen Zufall!), so wird ein möglicher Ausschlußerfolg aber diejenigen weiter animieren, die mit nicht beweisbaren Vorwürfen unbequeme parteiinterne Gegner loswerden, und eigene Macht erweitern wollen. Deshalb müssen wir uns als FREUNDE DER FREIHEIT offensiv dagegen zur Wehr setzen.

In der Hoffnung, daß Du unserer Partei weiter zur Verfügung stehst und jetzt auch mit der Bitte an das Schiedsgericht Dich "freizusprechen" und dadurch der Partei nicht noch weiteren Schaden zuzufügen, verbleibe ich ein anarchistischer Freund der Freiheit des Einzelnen

Christof Miseré

zu meiner Person: 23 Jahre alt, seit 1979 bei den Grünen, stud. jur. auch Mitglied der individual-anarchistischen JOHN HENRY MACKAY-Gesellschaft, Bezirksvertretungs- und Direktkandidat zur Kommunalwahl dieses Jahr in Köln,

Adresse: Christof Miseré ...

ooooo

Das Ausschlußverfahren wurde am Rande der Bundesdelegierten Konferenz (BDK) im Dezember 1984 zu meinen Gunsten entschieden. Das war aber ein Pyrrhussieg, denn weder der freiwirtschaftliche Ökonomie- und Gesellschaftsansatz konnte sich in der Partei Gehör verschaffen und ich war nur noch ein Mitglied zweiter Klasse, weil doch an Gerüchten – so die bekannte Logik - etwas wahr sein muß. Ich war für Ämter nicht mehr wählbar. Bei einer Bewerbung für eine Mitarbeiterstelle im Landesverband hatte ich keine Chance, weil ich nicht der richtige Grüne war. Bei einer Bank waren wir (meine Frau und ich) nicht kreditwürdig, weil wir doch Grüne waren. Meine Frau erhielt bei Bewerbungen Absagen, weil sie mit mir verheiratet war.

Aber noch einmal zurück auf die geschichtliche Deutung der Zeit als die Nazis zur Macht kamen. Rudolf Bahro sagte auf der BDK im Dezember 1984 in Hamburg:

... Zunächst würde ich eine weitere halbe Stunde über das Verhältnis zwischen Ökopax-Bewegung und Faschismus sprechen, aber anders, als Ihr es riskiert. Formell, strukturell gesehen, stehen sich nämlich Bewegung, Staat und Gesellschaft heute ganz ähnlich gegenüber wie in der Republik von Weimar, und die Grünen steigen formell nach einem ganz ähnlichen Muster auf wie die Nazipartei. Um diesmal gut herauszukommen, nämlich damit die Volkserhebung gewaltfrei wird, dürfen die Grünen nicht verloren gehen. Lassen sie sich kooptieren und werde sie kooptiert, sind sie nachher, wenn der Sturm seine größte Stärke, die Welle ihre volle Höhe erreicht, schon eine Systempartei mehr – besser könnt Ihr den Bürgerkrieg und die anschließende Diktatur nicht vorbereiten. ...

Und nun zum Abschluß des Streites über die richtige Deutung der Gründe des jeweiligen

Aufstiegs der NSDAP und der GRÜNEN ein Zitat aus „Inflation und Deflation zerstören die Demokratie“ von Gerhard Ziemer:

Von den 14 Millionen nationalsozialistischen Reichstagswählern des Sommers 1932 hatten sicherlich nicht einmal 5 Prozent Hitlers »Mein Kampf« oder andere Schriften gelesen, die das Parteiprogramm der NSDAP erläuterten. Die neuen nationalsozialistischen Reichstagswähler waren auch keine Antisemiten.

Sie wählten die NSDAP, so wie 3 bis 4 Millionen andere Deutsche damals zusätzlich zu den alten kommunistischen Mitgliedern die KPD wählten, weil sie aus der Krise herauswollten und auf die nicht-radikalen Weimarer Parteien keine Hoffnung mehr setzten. Es wäre für Deutschland und die Welt besser gewesen, wenn Hitler als Reichskanzler später diese Hoffnung enttäuscht hätte. Weil sein Kabinett sie aber erfüllte, auf schnellem Wege und mit einfachen Mitteln, die auch Brüning hätte einsetzen können, wurden aus den Wählern der NSDAP dankbare Natio-

-174-

nalsozialisten, die nunmehr Jahre hindurch für richtig hielten, was Hitler anordnete. Ohne diese Dankbarkeit der Massen, die nach 1933 wieder einen Arbeitsplatz gefunden hatten, hätte Hitler seine außenpolitischen Abenteuer und seinen innenpolitischen Terror nicht wagen können. Man kann nicht beweisen,

was aus der NSDAP geworden wäre, wenn es die Weltwirtschaftskrise nicht gegeben hätte. Vielleicht hätte sie auch dann ihren Tiefstand des Jahres 1928 mit 2,6 Prozent der abgegebenen Stimmen und 12 Reichstagsabgeordneten überwunden. Aber mit voller Sicherheit kann man sagen, daß die NSDAP es niemals zu einer politischen Stärke gebracht hätte, die dem Bestand der Weimarer Republik gefährlich werden konnte.

Dazu hatten Hitler und die NSDAP zu viele natürliche Feinde.

Außer den Kommunisten und den organisierten Mehrheitssozialdemokraten waren es das katholische Zentrum, das aufgeklärte Literaten- und Freimaurertum, die jüdischen Kreise und auch die Konservativen und Deutschnationalen alter Art, Großgrundbesitz, größeres Bauerntum, Adel und Reichswehrführung. Um durch diese starke Mauer einer Abwehr von Gegnern, die Hitler selbst dazu machte, weil er sie ständig angriff, eine Bresche zu schlagen, bedurfte es eines alles aus den Fugen reisenden Vorgangs, wie es die Deflationskrise mit ihren Arbeitslosenheeren war.

Es waren freiwirtschaftliche Aktivisten mit wenigen Hochschulprofessoren, die damals gegen die aus Blindheit betriebenen Deflationskrise gekämpft haben. Die Sozialdemokraten

haben mit Manipulation von Bezirksversammlungen und Parteiausschlüssen dagegen gehalten und so ihre späteren Peiniger die Startbahn freigemacht.

Aber bei aller Dominanz ökonomischer Abläufe dürfen wir nicht die psychische Seite des Geschehens vergessen. Bei Wilhelm Reich, der schon im Entstehen den Faschismus analysiert hat, sagt:

„Eine breite unüberbrückbare Kluft tut sich auf: *Die Kluft zwischen der tatsächlichen Machtlosigkeit der Menge und ihrer mystischen Identifizierung mit dem Redner auf dem Podest.* Auf diese Kluft stützen die Hitlers und Musolinis und Stalins und Barabbasse und die Verbrecher aller Zeiten und Länder ihre Macht über die Menschen.“⁹

Und dieses alles auf dem Hintergrund, daß für die Juden, Deutschland ein gutes Land war. Nahum Goldmann schreibt in „Mein Leben – USA – Europa – Israel“:

Die Kurve meines Lebens und meiner Tätigkeit, wie sie im ersten Band dargestellt wurde, begann gewissermaßen an einem Gipfel jüdischer Existenz - der Lage der Juden in der Weimarer Republik, dem erfolgreichsten und schöpferischsten Kapitel der gesamten jüdischen Galut-Geschichte - doch mit dem Wachstum der nationalsozialistischen Partei und besonders der Ernennung Adolf Hitlers zum Reichskanzler, führte die Linie abwärts, in eine entschieden antisemitische Politik, die dann in der grausigsten Katastrophe jüdischer Geschichte, der Vernichtung von sechs Millionen europäischer Juden, endete. (S. 8)

Es war nach dem zweiten Weltkrieg ein bequemes und wirksames politisches Instrument, alles Böse bei den geschlagenen und befreiten Deutschen¹⁰ abzulagern und nur die zu guten Deutschen zu erklären und zu Ämtern kommen zu lassen, die die unendlich große Alleinschuld der Deutschen anerkannten. Und so weit ich informiert bin, hat die sozialwissenschaftliche Forschung schon lange herausgefunden, daß das, was den Deutschen mit den Nazis passiert ist, anderen Gesellschaften oder Völkern in ähnlichen Situationen mit anderen Symbolen und Zeichen genauso passieren kann. Und Wilhelm Reich, der ja schon zu

9 Wilhelm Reich, *Christusmord*, S. 88

10 Die ersten Bundespräsidenten wußten noch, daß es nicht nur eine Befreiung war. Eine Befreiung war es sofort für die, die von dem Naziregime bis dahin verfolgt wurden. In einem Krieg gibt es für ein Volk aber auch die Solidarität unter der falschen Fahne. Und hier bleibt eine Niederlage eine Niederlage. Die Befreiung von Bomben und Kampfhandlungen wurde sofort von allen empfunden, die sich jetzt nicht als Täter verstecken mußten. Die Bedrohung durch den Mangel an Überlebensnotwendigem blieb aber noch lange. Und die Deutschen erlebten einmal mehr, daß sie sich die Demokratie nicht erarbeiten durften, sondern, daß sie ihnen als neue Doktrin übergestülpt wurde.

Zeiten des NSDAP-Aufstieges zum Faschismusproblem geforscht hat, sieht ja die Charakterpanzerungen und die emotionale Pest als Voraussetzungen, daß die Masse ihre Führer kreiert - eben nicht nur bei den Deutschen.

Diesen Abschnitt zusammengefaßt:

Die Mitgliedschaft in einer Partei birgt für die Mitglieder in sich die Gefahr, nur noch durch die Partei(zerr)brille zu schauen. Diese Gefahr potenziert sich, wenn Mitglieder in und mit der Partei etwas werden wollen. Bei der „richtigen“ politischen Positionierung der Partei kommt es leicht zum Hauen und Stechen, besonders dann, wenn die vertretenen Leitvorstellen einen Kern von Totalitarismus in sich tragen. Der ideenmäßige Konkurrent wird leicht als Feind behandelt und nicht als Freund erlebt. Mit der Parole *Vielfalt in der Einheit* haben sich die Grünen überfordert, weil ein Teil der Mitglieder zu dieser Haltung die Einübung fehlte, der liberale Kern in der Mitgliedschaft zu schwach war und weil es Mitgliedern mit einer (nicht abgelegten) totalitären Leitidee gegen den Strich ging. Die im Gründungsstadium gegen diese Schwächen eingesetzten gruppenspezifischen Übungen blieben im Versuch stecken. Wenn man das bündnisgrüne Mitglied einzeln betrachtet, hat man im Regelfall einen prächtigen Menschen vor sich. Für das Kollektiv kann man aber sagen: Die Grünen haben sich „redlich“ bemüht, - mit gutem Gefühl, manchmal auch mit schlechtem Gewissen - zu den Bösen gerechnet werden zu können.

In den ganzen Auseinandersetzungen haben die prominenten Grünen – einschließlich Helmut Lippelt – wieder besseres Wissen geschwiegen. Zum Teil, weil sie selber Angst hatten von der politisch lähmenden Faschismuskeule getroffen zu werden und zum Teil, weil es ihnen lieb war, so den Arbeitskreis Dritter Weg NWO (Natürliche Wirtschaftsordnung) zu blockieren. Übertragen auf die Zeit vor dem Untergang der Weimarer Republik: Diese an den Tag gelegte Haltung wäre ein Förderprogramm des Unterganges gewesen.

So wie jegliches Monopol problematisch ist, so ist es das auch bei der Deutung geschichtlicher Fakten. Die geschichtlichen Zeichen falsch zu lesen oder zu interpretieren und dann auf die daraus folgenden Urteile die Politik der Gegenwart zu formulieren, kann nichts Gutes, sondern nur Böses bringen. Es sind völlig verschiedene Gebiete: Die Analyse des Nationalsozialismus mit all seinen Schrecken und der Aufstieg der NSDAP im gesellschaftlichen Schrecken, den die damaligen Demokraten und auch die Sieger des Ersten Weltkrieges zu verantworten haben.

Alles Schnee von gestern?

So wie die frühkindliche Prägung noch im Verhaltensmuster alter Menschen nachgewiesen werden kann, so fließen auch positive Impulse und Fehlverhalten aus der Entstehungszeit einer Organisation in das Denken und Handeln der Gegenwart ihrer Mitglieder ein.

Aber selbst die noch so tolle Gesellschaftsidee – von der man sagen möchte, das ist sie, wir müssen sie nur noch umsetzen – versteht man erst richtig, wenn man ihre Entwicklung auf dem Hintergrund der Geschichte der Gesellschaften in der sie geboren wurde und der Geschichte der Volkswirtschaftslehre zur Kenntnis nimmt.

(Ich will einschränkend sagen „etwas zur Kenntnis nimmt“, sonst kommt man noch auf die Idee, ich sei Experte in diesen Dingen. Ich bin aber nur ein sich bemügender Laie.)

Bei mir ist es so, wenn ich mich mit einem Gedanken auseinander setze, dann fangen Bücher an, zu mir zu sprechen. Das darf man nicht wörtlich nehmen. Vermutlich ist es so, wie bei einem Künstler, der durch den Wald oder über den Schrottplatz geht und Teile sieht, die sich nachher zu einem Arrangement zusammenfügen lassen, ohne vorher genau geplant zu sein.

Von Berg und sein Marxismusbuch habe ich ja nur hervorgeholt, weil ich bei der positiven Darstellung von Marx, die gegenteilige Beurteilung nicht unterschlagen wollte. Von Bergs Buch habe ich seinerzeit nicht als Anti-Marx-Buch gelesen, sondern in der Hoffnung als eines, daß sich mir leichter erschließen würde als das Kapital von Marx, das bei mir im Regal nicht weit weg steht von Adam Smith Werk „Der Wohlstand der Nationen“.

Wenn wir die realen gesellschaftlichen Verhältnisse und die Wirkungsgeschichte der politischen Parteien ansehen, dann fällt es ja nicht schwer, zu dem Urteil zu kommen, daß vieles schief gelaufen ist. Es fällt aber schwer, den politischen Parteien mehr Anziehendes als Abstoßendes zuzuordnen. Aber warum ist das so?

Mich interessieren an dieser Stelle die ökonomischen Probleme mit dem Hunger in der Welt, mit der Arbeitslosigkeit bei uns etc. Mir war ein Zitat von Keynes in den Sinn gekommen, das ich aber aus dem Gedächtnis nicht im Wortlauf zitieren konnte. Ich habe also im Netz gesucht, wurde fündig und kann darüber hinaus mit dem Fund auf die Widersprü-

che in der Ökonomie aufmerksam machen.

Das Zitat fand ich in einem Zitat von Robert Skidelsky, das von einem *weissgarnix* in einem Beitrag mit dem Titel „Sind Ökonomen Verräter?“ verwendet wurde. Siehe:

<http://www.weissgarnix.de/2009/05/07/sind-okonomen-verrater/> : Es folgt das Zitat:

John Maynard Keynes schrieb einst, dass „praktische Menschen, die sich selbst für relativ immun gegenüber geistigen Einflüssen halten, gewöhnlich die Sklaven irgendeines verblichenen Ökonomen“ seien. Die meisten Mitglieder der heutigen Ökonomengilde sind freilich nicht verblichen, sondern weiter in der ideologischen Nachbarschaft Chicagos tätig. Man sollte ihre Annahmen rücksichtslos bloßstellen, denn sie hätten es fast geschafft, unsere Welt zu zerstören.“

Hier wird deutlich, daß unser Handeln stark vom Denken von Verblichenen abhängt, die gar nicht mehr als Personen in unseren Köpfen vorhanden sein müssen. Zum anderen weist das über Keynes hinausgehende Zitat auf die beiden Ökonomieschulen, den Keynesianismus und Monetaristen hin (Hier muß vor allem Milton Friedman benannt werden.), die über ein halbes Jahrhundert die praktische Wirtschaftspolitik bestimmt haben.

(<http://de.wikipedia.org/wiki/Monetarismus>)

Die von Silvio Gesell begründete Freiwirtschaftsschule, die weit vor den beiden benannten Schulen entstanden ist, verbindet die Inhalte dieser beiden Schulen bei Vermeidung ihrer Schwächen. Und wer sich die Mühe macht, die geschichtlichen und theoretischen Fakten genau zu prüfen, kommt einfach zu dem Schluß, mit der Anwendung des Modells NWO wäre in der Vergangenheit Hitler und der Krieg vermeidbar gewesen und wir hätten in der Welt nicht die jährlichen Millionen von Hungertoten, nicht die Arbeitslosen, nicht die Verzerrungen bei den Einkommen und Vermögen und nicht den ständigen Verrat ökologischer Belange durch den Druck einer Ökonomie, die in sich zerstörerisch ist. Die Freiwirtschaftsschule wäre vom Ziel hergesehen, nämlich den vollen Ertrag der Arbeit zu sichern, auch ein natürlicher Verbündeter der Sozialisten, soweit die Erlangung des vollen Arbeitsertrages mit dem Postulat der individuellen Freiheit verbunden und nicht den fatalen Hang zum Zentralismus haben. Das Kürzel NWO, das sei hier noch gesagt, steht für *Natürliche Wirtschaftsordnung* und ist der Titel von Gesells Hauptwerk. ¹¹ „Natürlich“ heißt hier aber

11 Die gesammelten Werke von Gesell gibt es in 18 Bänden + Register oder als CD-ROM mit Suchfunktion

nicht, daß eine Ordnung propagiert wird, die in der Natur vorkommt, sonder Gesell drückt es wie folgt aus:

Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, kann nur insofern eine natürliche genannt werden, als sie der Natur des Menschen angepaßt ist. Es handelt sich also nicht um eine Ordnung, die sich etwa von selbst, als Naturprodukt einstellt. Eine solche Ordnung gibt es überhaupt nicht, denn immer ist die Ordnung, die wir uns geben, eine Tat, und zwar eine bewußte und gewollte Tat.

...

Die Wirtschaftsordnung, von der hier die Rede ist, erhebt aber noch in anderer Hinsicht Anspruch auf ihre Bezeichnung "die natürliche".

Damit der Mensch gedeihe, muß es ihm möglich gemacht sein, sich in allen Lagen so zu geben, wie er ist. Der Mensch soll sein, nicht scheinen. Er muß immer erhobenen Hauptes durchs Leben gehen können und stets die lautere Wahrheit sagen dürfen, ohne daß ihm daraus Ungemach und Schaden erwachse.

Die Wahrhaftigkeit soll kein Vorrecht der Helden bleiben. Die Wirtschaftsordnung muß derart gestaltet sein, daß der wahrhaftige Mensch auch wirtschaftlich vor allen am besten gedeihen kann. Die Abhängigkeiten, die das Gesellschaftsleben mit sich bringt, sollen nur die Sachen, nicht die Menschen betreffen.

(aus dem Vorwort zur dritten Auflage)

Nun muß man es ja nicht einfach glauben, wenn eine noch nicht voll zum Zuge gekommene Ökonomieschule von sich behauptet, bessere Ergebnisse erbringen zu können, als jene, die mit ihr konkurrieren (einschließlich des Marxismus). Auch wenn man unterstellt, daß die theoretische Ökonomie oft den Eindruck macht, sie sei mehr Religion als Wissenschaft, gibt es noch genügend rationale Mittel, ihre Aussagen zu überprüfen. Eine für die Gesamtgesellschaft verantwortliche Wirtschaftspolitik kann sich daher nicht einfach hinter Glaubenssätzen verbergen und die Haltung einnehmen: Was schert mich der Untergang der Gesellschaft (wie in Weimar geschehen) oder was scheren mich die Arbeitslosen bei uns und die Hungertoten anderswo (die Lage von heute); ich setze durch was ich für richtig halte, haften brauche ich ja eh nicht für meine Fehlentscheidungen.

Ich komme nochmals auf von Berg zurück, weil sich mit seinem Buch auch die Stärken und Schwächen der theoretischen Ökonomie verdeutlichen lassen: Wenn von Berg Professor im

beim Gauke Verlag für Sozialökonomie.

Westen gewesen wäre, hätte er vermutlich in Opposition zur „herrschenden bürgerlichen Ökonomie“ ein marxfreundliches Buch geschrieben. Er hätte auch genug Quellen gefunden, um dieses zu begründen. Er war aber Professor in der DDR und als solcher war er in einem anderen geistigen Gefängnis eingeschlossen als die meisten westlichen Ökonomen – nämlich im Marxismus und darüber hinaus in einem räumlichen Gefängnis. Beides waren wohl die Umstände, sich genauer mit geistigen Baumaterial dieses Gefängnisses auseinanderzusetzen. Im Grunde zeigt er, daß die Zeit des Karl Marx durchaus auch andere Geistesgrößen hatte und daß die Zurechnung geistiger Leistungen nicht immer richtig erfolgt. Von Bergs Buch ist ja eine Dokumentation eines geistigen Streites, in diesem Fall mit der herrschenden Lehre in der DDR. Und mir klingen die Worte, die ich vor Jahrzehnten in einem Hörsaal gehört habe, in den Ohren: „Nichts fördert die Erkenntnis so sehr als ein ordentlich geführter wissenschaftlicher Streit.“ Und Erkenntnisförderung gerade in der Ökonomie können wir mehr als dringlich gebrauchen. Denn alle Parteien – auch die Bündnisgrünen – glauben, mit einer Mixtur aus Zentralverwaltungswirtschaft und Marktwirtschaft, mit unzähligen Verboten und Bestechungen – Subventionen genannt -, mit einem willkürlichen Nehmen und Geben von Papa Staat – den man durchaus als größten Raubritter aller Zeiten benennen kann - könne man die ökonomischen Probleme lösen und wenigstens für die Mehrheit der – den dann zu Dank verpflichteten - Bürger ein kleines Paradies der glücklichen Sklaven schaffen. Ich nenne diese Einstellung und dieses Verfahrens *Sozialdemokratismus*.

Ich habe diesen Ismus an anderer Stelle mit dem Bild des Gutshofes darzustellen versucht: Bevor der Gutsherr sich in die Anonymität zurückzieht, läßt er den ersten Knecht mit entsprechender Wahlhilfe – zum Verwalter bestellen. Und dieser darf nun den Knechten und Mägden Lohn und Deputat ¹² zubilligen und Leistungen und Abgaben abverlangen, was er für notwendig hält. Und das Gesinde nimmt das vorerst ohne Murren hin, weil doch der Verwalter einer der ihrigen ist. Damit sie nicht auf die Idee kommen, selbständige Bauern zu werden, wird ihnen eingetrichtert, daß sie keine Haftung und kein Risiko für die ökonomischen Verhältnisse übernehmen könnten. Das ist ein Bild von einer politischen Geisteshaltung und nicht als Karikatur von SPD-Mitgliedern gemeint. Und nun kann man auch mit oder bei Hermann von Berg lesend feststellen, daß die ganze Geschichte der Ökonomie ein

12 - auf dem Hof als Naturalien in der heutigen Gesellschaft als Sozialleistungen -

Ringen um ökonomische Erkenntnisse ist. Aber von wirklichen Fortschritten oder Durchbrüchen wie in den Natur- und Ingenieurwissenschaften kann man in der Ökonomie nur selten etwas erfahren. Aus anderer Literatur kann man dann noch entnehmen, daß der Einsatz richtiger Erkenntnisse – wie die durch Gesell - unterblieben ist oder unterbleibt, weil dadurch spezielle Eifersüchteleien in der theoretischen Ökonomie oder Klasseninteressen in der Gesellschaft negativ berührt werden.

Franz Oppenheimer – der Lieblingslehrer von Ludwig Erhard – unterscheidet in seiner soziologischen Studie „Der Staat“ die *politische Ökonomie* von der *reinen Ökonomie* (in meiner Definition: von Kapitalismus und Marktwirtschaft). Und so lange sich die reine Ökonomie nicht durchgesetzt hätte, gäbe es auch noch keine Gesellschaft der Freien und der Verfassungsstaat bliebe ein Klassenstaat.

Von Berg ¹³ zitiert über Franz Mehring, der bei dem linken Flügel der Sozialdemokratie anzusiedeln sei, den Königsberger Gelehrten M. v. Lavergne-Peguilhens aus dessen Werk von 1838 über die Bewegungs- und Produktionsgesetze.

Von Berg über Mehring:

Dieser zitiert unseren Königsberger Autor wie folgt:
»Vielleicht ist die Gesellschaftswissenschaft als solche bisher so wenig fortgeschritten, weil die Wirtschaftsformen nicht genügend unterschieden wurden, weil man verkannt hat, daß sie die Grundlagen der gesamten Gesellschafts- und Staatsorganisation bilden. Man hat nicht beachtet, daß die Produktion, die Produktenverteilung, die Kultur und Kulturverteilung, die Staatsgesetzgebung und die Staatsformen ihren Gehalt und ihre Entwicklung ganz allein aus den Wirtschaftsformen herzuleiten haben, daß jene hochwichtigen Gesellschaftsmomente ebenso unvermeidlich aus den Wirtschaftsformen und deren angemessener Handhabung hervorgehen, wie das Produkt aus dem begattenden Zusammenwirken der Zeugungskräfte, und daß, wo Gesellschafts-

13 Vorher geht von Berg ausführlich auf den sozialdemokratischen Publizisten Wilhelm Schulz - der von 1797 bis 1860 in Deutschland lebte - ein und sagt, daß dieser vorher, besser und über Marx hinaus ökonomische Erkenntnisse formuliert hätte. Von Berg zu Schulz: Er verurteilt dabei den Dünkel des weltfremden Denkens > wie er nicht selten die Jugend erfaßt, die ohne einen größeren Kurs der Erfahrung durchlaufen zu haben, den ganzen Reichtum des Lebens in dessen Abstraktionen zu erfassen meint.<
Kommentar TA: Da Erfahrung sowohl Reichtum wie auch Ballast (im Sinn von Erkenntnisperre) sein kann, habe ich mich schon in jungen Jahren gefragt, ob man mit oder ohne Erfahrung der sachlichen Wahrheit näher kommt. Ich weiß es immer noch nicht. Mir scheint aber, daß die Entwicklung der grünen Partei streckenweise vom unreifen Denken von Jünglingen (weiblicher und männlicher Art) geprägt war.

krankheiten sich kundgeben, diese in der Regel ihren Ursprung in dem Widerspruch zwischen Gesellschafts- und Staatsform finden.«

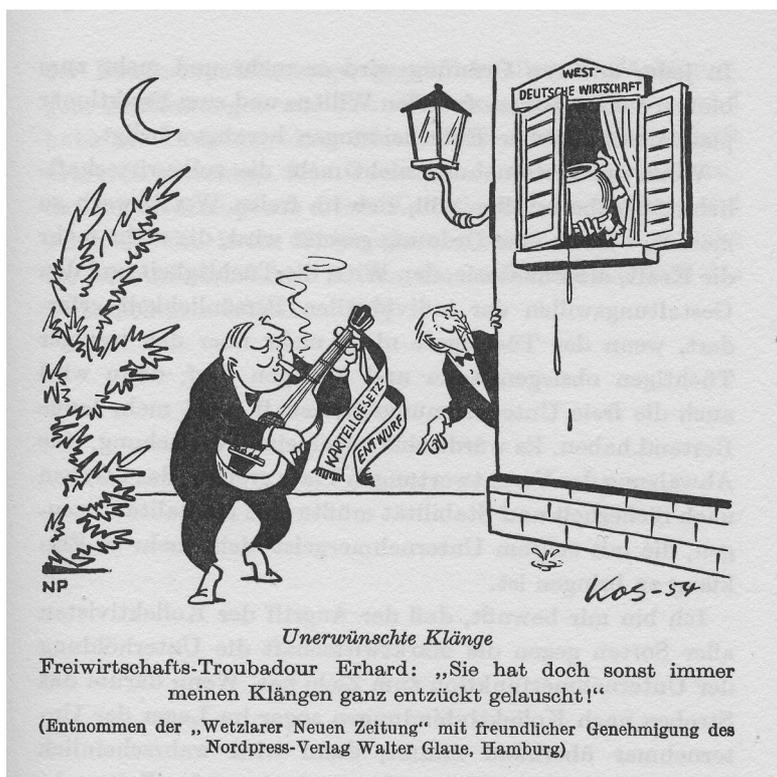
Dieses Zitat ist eine gute Gelegenheit, einen Sprung in die uns näher liegende Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg zu machen. Von den Ordoliberalen hatte Walter Eucken klarere Aussagen zu den Ordnungsformen der Wirtschaft gemacht, als bis dato zu lesen waren. Wilhelm Röpkes Gedanken kreisten um eine Wirtschaft nach menschlichem Maß, um einen Dritten Weg. Franz Böhms ¹⁴Schwerpunkt war die Vermeidung von Vermachtung. Alexander Rüstow prägte den Begriff „Neoliberalismus“ - womit wir das Problem haben, ein Wort für zwei unterschiedliche Begriffe zu haben, es ist wegen der Eindeutigkeit besser vom Ordoliberalismus zu sprechen -. In der freiwirtschaftlichen Gründung „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ kam es dann zwischen Ordoliberalen und Freiwirtschaftlern zu einer Zusammenarbeit. Die Zusammenarbeit wurde durch Tod, Intrigen und personale Zugänge mit kapitalistischer Grundhaltung beendet, bevor sie Früchte tragen konnten und Ludwig Erhard hatte wegen seiner freiwirtschaftlichen Ambitionen in der eigenen Partei Schwierigkeiten. Die Begriffsprägung Soziale Marktwirtschaft wird Alfred Müller-Armack zugeschrieben. In seinem Buch „Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft“ habe ich den Begriff nicht gefunden oder überlesen, bringe hier aber ein Zitat aus dem 14. Kapitel *Abschließendes*:

Die Marktwirtschaft, sahen wir, ist keine bereits im Liberalismus enggültig festgelegte Form, sondern eine Organisationsprinzip, welches vielfältiger Abwandlungen zugänglich ist. Schon ihre Gestalt im neunzehnten Jahrhundert war eine bewußte Abwandlung von urwüchsigen Formen einer früheren Zeit. Sie selbst bedarf einer sehr bewußten Neufassung, um gegenwärtigen Aufgaben gewachsen zu sein. Daher ist es ein bei gutem Willen vermeidbarer Irrtum, wenn der Forderung nach einer Marktwirtschaft die Absicht unterstellt wird, überwundene Zustände des liberalen Kapitalismus bedenkenlos wieder aufleben zu lassen. ...
(S. 154)

Und zum umstrittenen Mindestlohn sagt Müller-Armack:

Es ist marktwirtschaftlich durchaus unproblematisch, als sogenannte Ordnungstaxe eine staatliche Mindestlohnhöhe zu nominieren, die sich im wesentlichen in der Höhe des Gleichgewichtslohnes hält, um willkürliche Einzellohnsenkungen zu vermeiden. (S. 119)

14 Siehe dazu auch das Heft 277/278 der *Fragen der Freiheit* mit dem Titel „Keine private Macht in einer freien Gesellschaft“



Aus: Ludwig Erhard / Wohlstand für alle / Bearbeitet von Wolfram Langer

1957 S. 195

00000

Das Wort »Ordnung« wird in einem doppelten Sinne gebraucht. Unter »Wirtschaftsordnung« verstehen wir eine konkrete, positiv gegebene Tatsache. Sie ist die Gesamtheit der realisierten Formen, in denen in concreto jeweils der alltägliche Wirtschaftsprozeß abläuft...

»Ordnung« hat aber noch einen anderen Sinn: als Ordnung, die dem Wesen des Menschen und der Sache entspricht; das heißt Ordnung, in der Maß und Gleichgewicht bestehen. Schon die antike Philosophie vollzog diese Fassung des Ordnungsbegriffs. Sie suchte in der Mannigfaltigkeit der Dinge den verborgenen, architektonischen Gestaltungsplan der Welt... Vor allem zu Zeiten versagender oder ungerechter positiver Ordnungen gewinnt diese Idee der Wesensordnung oder der Naturordnung oder des Ordo regelmäßig eine große Kraft. Die Absurdität der konkreten Zustände gibt den Anstoß dazu. Die Ordnung wird gesucht, welche - anders als die gegebenen Ordnungen - der Vernunft oder der Natur des Menschen und der Dinge entspricht.

Die Wettbewerbsordnung verwirklicht sich nicht von selbst. Sie ist in diesem Sinne keine natürliche Ordnung, kein ordre naturel. Es genügt nicht, gewisse Prinzipien des Rechts zu verwirklichen und im übrigen die Entwicklung der Wirtschaftsordnung sich selbst zu überlassen.

Aber in einem anderen Sinne ist sie eine natürliche, Ordnung oder Ordo. Sie bringt nämlich die starken Tendenzen zur Wirkung, die auch in der industriellen Wirtschaft zur vollständigen Konkurrenz drängen. Indem die Wirtschaftspolitik diese Tendenzen als Ordnungsformen wirksam macht, tut sie das, was der Natur der Sache und des Menschen entspricht.

Walter Eucken

(Entnommen: Fragen der Freiheit I – II / 2006 www.sffo.de)

Es folgt ein Auszug aus: „Freiheit? Die zentrale Frage im politischen Ringen um eine gerechte Sozialordnung“, von Ernst Winkler, zuerst als Sonderdruck der Fragen der Freiheit erschienen,

dann als Heft I – II / 2006 Nr. 273/4

IV. Ringen um die Vollendung der „Sozialen Marktwirtschaft“

2. AKTIONSGEMEINSCHAFT SOZIALE MARKTWIRTSCHAFT
(ASM)

2.1 Zielsetzung der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft
a) Konstituierung und Tagungen

Mit der Gründung der „Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft“ in Heidelberg am 23.1.1953 schuf Otto Lautenbach den organisatorischen Rahmen für die beschriebene Kooperation mit den Neoliberalen zum doppelten Zweck der gegenseitigen Annäherung und der gemeinsamen politischen Aktion. Natürlich fand diese Zielsetzung auch ihren personellen Niederschlag in der Zusammensetzung der Führungsgremien. Der aus acht Mitgliedern gebildete Vorstand umfaßte neben vier Freiwirtschaftlern (Otto Lautenbach, Walter Hoch, Ernst Winkler, Heinrich Schwab) maßgebende Männer der Wirtschaft (Wilhelm Blum, Direktor der Frank'sehen Eisenwerke AG, Adolphshütte), des Rechtswesens

- 60 -

(Rechtsanwälte Alexander Meier-Lenoir, G.W. Kalbfleisch) und des Verbandslebens (Johann Lang, Anwalt des deutschen Genossenschaftsverbandes); unter den neun Mitgliedern des Beirates befanden sich drei Freiwirtschaftler und drei prominente Neoliberale (Professor Franz Böhm, Professor Alexander Rüstow, Dr. Hans Hau); zwei weitere führende Neoliberale waren Ehrenmitglieder (Professor Ludwig Erhard, Professor Wilhelm Röpke).

Es ist eine kontinuierliche Linie, die vom Bundestag 1951 mit dem Thema „Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft“ über den Bundestag 1952 in nahtlosem Übergang zu den beiden ersten Arbeitstagungen am 20./21.5.1953 und 18./19.11.1953 der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft führt. Die vier Protokolle sind nach ihrer äußeren Aufmachung und dem Inhalt der wiedergegebenen Vorträge kaum zu unterscheiden, aber bei nähe-

rem Zusehen findet man unter den Namen der Vortragenden eine zunehmende Zahl prominenter Neoliberaler; zu Alexander Rüstow und Fritz Hellwig(1951, 1952) kamen noch Hans Hau (Mai 1953) und schließlich Ludwig Erhard und Franz Böhm (November 1953).

b) Programmatische Richtlinien

In ihrem „Aufruf zur wirtschaftspolitischen Entscheidung“ ging die ASM von der Feststellung aus: „Die Bundesregierung hat 1949 ihr Amt angetreten mit dem bekundeten Ziel, eine soziale Marktwirtschaft zu verwirklichen. Unbestreitbar hat die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung Erfolge erzielt, die beim Amtsantritt kaum für möglich gehalten wurden. Unverkennbar ist jedoch, daß von einer sozialen Marktwirtschaft im Sinne einer freien Wettbewerbsordnung noch nicht gesprochen werden kann, weil dieses Ziel nicht mit genügend Energie verfolgt worden ist.“

Daher hat sich die ASM zum Ziel gesetzt, „jenseits von Parteien und Interessengruppen für die Verwirklichung der Sozialen Marktwirtschaft zu arbeiten“, und definiert dieses Ziel konkret durch die folgenden Forderungen als „Thesen für ein Grundgesetz der Wirtschaftsordnung“:

- 61 -

„Die Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland ist eine soziale Marktwirtschaft. Sie beruht auf privatem Eigentum und monopolfreiem, ungehindertem Leistungswettbewerb aller Wirtschaftsteilnehmer, um das größtmögliche Sozialprodukt zu erzielen und sozial gerecht nach Leistung zu verteilen. Dazu ist erforderlich:

1. Die Währung der Bundesrepublik ist so zu verwalten, daß ihre Kaufkraftbeständigkeit und ihre Funktionsfähigkeit gewahrt bleiben.

2. Der freie Leistungswettbewerb ist unvereinbar mit monopolistischen Machtgebilden jeder Art, er ist deshalb unter den Schutz des Gesetzes zu stellen. Die natürlichen Monopole sind durch die Rechtsordnung unschädlich zu machen; solange die übrigen Monopole dem Wettbewerb bei freier und stetiger Kapitalbildung nicht erliegen, ist ihre Entstehung durch die Rechtsordnung zu unterbinden.

3. Die Große Steuerreform wird organisch den Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft angepaßt; sie muß neutral sein gegenüber Konjunktur und Wettbewerb, sie darf den wirtschaftlichen Ablauf nicht hemmen und muß erstreben, die Steuerpflicht mehr und mehr auf die Ergebnisse der Wirtschaft zu verlagern.

4. Die Märkte für alle Waren und Dienstleistungen (einschließlich Grundstoffe und Wohnungswirtschaft) sind frei und unter-

stehen ausschließlich der freien Vereinbarung mit freier Preisbildung.

5. Der Kapitalmarkt ist frei, insbesondere dürfen weder Zinssätze noch Kapitalverwendungen vorgeschrieben, begünstigt oder benachteiligt werden. Die Festsetzung des Diskontsatzes der Notenbank bleibt von dieser Vorschrift unberührt.

6. Das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben findet seine Grenzen vor den wirtschaftlichen Entscheidungen der Unternehmer und darf nicht durch betriebsfremde Funktionäre ausgeübt werden.

7. Die Bundesregierung gewährt in ihrem Bereich und an ihren Grenzen Freizügigkeit für Menschen, Geld, Kapital, Waren und
- 62 -

Dienstleistungen. Die Devisenzwangswirtschaft ist zu beseitigen und der freie Handel zu verkünden. Der Wechselkurs der deutschen Währung ist solange frei zu geben, bis in internationalen Verhandlungen mit der Europäischen Zahlungs-Union (EZU) und dem Internationalen Währungsfond (IWF) ermöglicht wird, die innere mit der äußeren Stabilität zu verbinden."

Es ist leicht zu erkennen, daß diese Forderungen sich sehr gut mit Euckens „konstituierenden“ Prinzipien und ziemlich schlecht mit seinen „regulativen“ Prinzipien vertragen. Offensichtlich stellt die hier umrissene Vorstellung einer „Sozialen Marktwirtschaft“ eine Weiterentwicklung des Eucken-Konzeptes einer „Wettbewerbswirtschaft“ dar, und zwar in der zurückhaltend angedeuteten, aber klar erkennbaren Richtung auf das freiwirtschaftliche Modell einer „Natürlichen Wirtschaftsordnung“.

In der Forderung 1 wird das Eucken-Prinzip (A.2) vom „Primat der Währung“ inhaltlich präzisiert durch die beiden Begriffe „Kaufkraftbeständigkeit“ als Äquivalent der Indexwährung und „Funktionsfähigkeit“ als Deckwort für Umlaufsicherung. Denn bei Weiterentwicklung der Theorie und wenn möglich bei Übersetzung in die Praxis wird die Frage nach dem für die „Funktionsfähigkeit“ notwendigen Mittel akut und unausweichlich.

Mit der Forderung 2 wird das Grundprinzip der Wettbewerbsordnung in der Weise präzisiert, daß erstens durch die Umschreibung als „natürliches Monopol“ das Postulat des „sozialen Bodenrechts“ eingeführt und zweitens für „die übrigen“, also die künstlichen Monopole das regulative Prinzip (B.1) der Monopolkontrolle nur als Übergangslösung anerkannt und im Endergebnis entbehrlich werden soll. In der weiteren Konsequenz werden alle regulativen Prinzipien (B) und die „humanitäre Ergänzung“ (C) entbehrlich durch die Selbstregulation einer marktwirtschaftlichen

Ordnung im Sinn der freiwirtschaftlichen Modellvorstellung.

In dem vom Vorstand der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft entworfenen Programm ist demnach implizit die ganze Freiwirtschaftslehre enthalten, und zwar in einer Weise, daß sie im Lauf der weiteren theoretischen Entwicklung oder gar prak-

- 63 -

tischen Realisierung mit innerer Notwendigkeit immer klarer her-austreten muß, auch wenn vielleicht die Neoliberalen im Augenblick noch nicht die ganze Tragweite überschauen konnten. Umso bemerkenswerter ist die ausdrückliche Zustimmung, die Wirtschaftsminister Erhard in seinem Telegramm vom 23.1.1953 an die Gründungsversammlung aussprach: „Ich brauche wohl nicht eigens zu versichern, daß das von Ihnen in sieben Thesen zusammengefaßte Programm der Freiheit meine Zustimmung findet. Aus diesem Grunde wünsche ich Ihrer Arbeit und Ihren Bestrebungen den verdienten Erfolg.“

ooooo

Es folgen ein paar Auszüge aus: „Die Lehre von der Wirtschaft“ von Prof. Dr. Wilhelm Röpke, 1961. Wenn man bedenkt, daß Röpke sein Buch 1937 geschrieben hat und an der Zensur vorbei veröffentlichen konnte und die Lage, die er beschreibt heute noch so ähnlich ist, da darf man doch fragen, ob die Wirtschaftswissenschaft – und auch die Wirtschafts- und Forschungspolitik - zwischenzeitlich einen langandauernden Schlaf genossen hat.

Aus dem Vorwort

... Es liegt so offenkundig vor aller

Augen, daß es mit nur wenigen Worten gekennzeichnet werden kann. Während Gesellschaft und Wirtschaft der abendländischen Welt seit Jahren in einer schweren Krise liegen, ist auch unser nationalökonomisches Weltbild einer starken Erschütterung ausgesetzt worden. Was gilt eigentlich noch von unseren Lehren? Und welche Dienste kann uns die Wirtschaftswissenschaft heute noch leisten? Man kann diese und ähnliche Fragen verschieden beantworten, aber man kann sie unter keinen Umständen ignorieren. Daraus ergibt sich die immer dringender gewordene Notwendigkeit, vor einem weiteren Leserkreise eine Art von Zwischenbilanz unserer Wissenschaft zu ziehen, das überkommene Gedankenerbe gründlich zu überprüfen und zu den brennenden Fragen der Gegenwart in Beziehung zu setzen. Auch dieser Aufgabe soll das vorliegende Buch dienen. ...

z. Z. Kadiköy (Marmara-Meer), Februar 1937

Wilhelm Röpke

Wir können alles Gesagte
nunmehr in dem Satz zusammenfassen: Die unverfälschte
Marktwirtschaft ist die funktionierende Planwirtschaft der-
- 307 -
jenigen, die es angeht, die kollektivistische Wirtschaft die
nichtfunktionierende Planwirtschaft derjenigen, die es nicht
angeht.

Daß die kollektivistische Wirtschaft in der Tat die nicht-
funktionierende Planwirtschaft derjenigen ist, die es nicht
angeht, und so materielle Minderleistung mit Knechtschaft
verbindet, beweist der fortgesetzte Mißerfolg der Sowjet-
regierung, das Gegenteil durch Propaganda zu beweisen.

ooooo

Es gibt in der heutigen Welt kaum eine dringlichere Auf-
gabe als die, den Weg zu finden, der aus dem unfruchtbar
gewordenen Streit zwischen den Vertretern einer „freien“
Wirtschaft, wie man sie früher gekannt hat, und den anderen
einer sozialistischen Wirtschaftsordnung, wie wir sie jetzt zu
unserer grenzenlosen Enttäuschung kennengelernt haben, her-
ausführt. Wenn auch gerade der Nationalökonom besonders
geneigt sein wird, vor der Überschätzung des wirtschaftlichen
Elements in der Geschichte zu warnen, so darf er doch die
Behauptung wagen, daß sich unsere gesamte Kultur deshalb
überall in unlösbar scheinende Probleme verstrickt, weil sie
mit der elementaren Aufgabe einer wohlgeordneten und dem
Menschen angemessenen Wirtschaftsverfassung nicht recht
- 318 -

fertig wird. Wir dürfen hinzufügen, daß unsere Welt an die-
ser Aufgabe vor allem deshalb versagt, weil sie nicht einmal
mehr klar begreift, worum es sich denn eigentlich handelt.

oooooo

Aber die Verwirrung, von der auch Röpke berichtet, geht nach dem Krieg weiter. Schon
1951 ist zu hören und zu lesen:

Mit großer Sorge haben wir die Entwicklung dessen betrachtet, was
als soziale Marktwirtschaft von der Bundesregierung plakatiert worden
ist. Und wir waren bereits veranlaßt, am vergangenen Bundestag darüber
nachzudenken, was getan werden könnte, um bis zum Abschluß der
gegenwärtigen Regierungsperiode eine echte soziale Marktwirtschaft
tatsächlich durchzusetzen. Aus diesen Gedanken ist das Thema unseres
heutigen Bundestages entstanden; nämlich ein geschlossenes Programm
vorzulegen, das eine soziale Marktwirtschaft als Ganzes verwirklicht und

nicht etwa einen Katalog von Einzelmaßnahmen, wodurch unseres Erachtens niemals eine soziale Marktwirtschaft verwirklicht werden kann. Das ist der Zweck dieses Bundestages. Die Vorträge werden im einzelnen sagen, was wir wollen.

(Aus: Magna Charta der sozialen Marktwirtschaft, Tagungsprotokoll, 1951,
Otto Lautenbach in der Begrüßung)

Und:

Damit sind wir bei einem weiteren Punkt unseres Programms angelangt: bei der Steuerpolitik. *Die Steuerpolitik ist heute ein bestimmender und entscheidender Faktor für die wirtschaftlichen Dispositionen geworden.* Wir müssen uns klar machen, daß es wohl kaum noch einen Unternehmer gibt, der nicht bei jedem größerem Geschäft, das er zu tätigen beabsichtigt, zuerst die Frage stellt, wie dieses geplante Geschäft unter steuerpolitischen Gesichtspunkten aussieht. So bestimmt also die Steuerpolitik die Entscheidungen der Unternehmer und nicht die wirtschaftliche Situation. Damit ist eine weitgehende *Verfälschung der Marktwirtschaft* gegeben. Die Steuerpolitik ist wirtschaftspolitisch und konjunkturpolitisch nicht mehr neutral.

(Aus: Magna Charta ... Beitrag: „Magna Charta der Sozialen Marktwirtschaft“ Otto Lautenbach, S. 51)

Hermann von Berg schreibt:

Die Diktatur des Proletariats mußte eingeführt werden, um den Staatskapitalismus in Rußland zu installieren! Hätte man das nicht billiger haben können? Die Diktatur des Proletariats diene plötzlich dazu, den gestürzten, unterentwickelten russischen Kapitalismus perfekter, auf deutscher Grundlage, wieder herzustellen – kann man sich Idiotischeres denken?

Der Begriff *Soziale Marktwirtschaft* mußte entgegen den Intentionen seiner Autoren dafür erhalten, eine Mischung aus Privat- und Staatskapitalismus zu etablieren und aufrecht zu erhalten. Aus einem glaubwürdigen Programm *Wohlstand und Freiheit für alle* wurde eine Rechtfertigungsideologie für die Verwerfungen in der Einkommens- und Vermögensverteilung, für die Konzentrationsprozesse und Unausgeglichenheit auf den Arbeitsmärkten. Das Soziale verkam zu Zwangkollektiven in den sozialen Sicherungssystemen. Und die Freiheit im Bildungswesen blieb wie bei den Nazis ein Bildungskommunismus, dem sich keiner entziehen kann und die Freiheit der Kultur übt sich in einem Schlangestehen an staatlichen Kassen und zwar mit der Ungewißheit, ob für das eigene Anliegen noch etwas übrig ist.

Wenn heute unsere Bundeskanzlerin, Angela Merkel, die Wortkombination „Soziale Marktwirtschaft“ ohne Begriffsklärung für sich als politische Zielgröße beansprucht, weiß sie

nicht wovon sie redet oder sie weiß Bescheid und ist eine Lügnerin. Es gibt im Bundestag keine Partei, die die Soziale Marktwirtschaft vertritt, auch die FDP halte ich für eine antiliberale Vereinigung. Die Ökonomie, die bei uns betrieben wird, hat mehr Ähnlichkeit mit der NSDAP- oder der SED-Wirtschaft als mit dem was mit *Marktwirtschaft* gemeint ist.

Auch wenn die Bündnisgrünen die Beifügung *Sozial* bei der Marktwirtschaft gegen *Ökologisch* ausgetauscht hat, besagt das nicht, daß sie die Grundlagen für eine funktionierende Marktwirtschaft schaffen, sondern nur, daß sie den Staatseingriffen in der Wirtschaft nur ein anderes Programm unterlegen wollen.

Wenn die Marktwirtschaft als politische Zielgröße anvisiert wird, muß man erst einmal ihre Elemente der kybernetischen Steuerung benennen, dann das System von seinen Mängeln – die in der Vergangenheit seine Leistung gemindert oder es ganz zum Absturz gebracht haben – befreien. Um eine Zielsicherheit zu erreichen, wäre es dann erforderlich zu erkennen, was die Marktwirtschaft als Ordnungs- und Steuerungssystem denn vom Kapitalismus als Überlagerungssystem, das sich aus Nichtleistung ernährt, unterscheidet. Dann wären wir bei der *Natürlichen Wirtschaftsordnung* von Silvio Gesell, die ein Programm zur Erreichung des runden Laufs der Marktwirtschaft ist und gegen das die politische Klasse – einschließlich der Grünen – einen unverständlichen ideologischen Kampf führt und zwar ohne Rücksicht auf die Menschen, die sie wählen sollen. Die Wahlkämpfer aller Partei machen sich so selbst zu Lügnern und zu Saboteuren des Wohlstands der Nation(en).

Der grüne neue Gesellschaftsvertrag

Dieser Titel klingt gut und ist doch nur wieder eine Lüge. Ein Vertrag, der kein Diktat sein soll, kann nur zwischen verschiedenen Vertragsparteien zustande kommen, die in ihren Entscheidungen frei und rechtlich gleichrangig sind. Welche politische Instinklosigkeit offenbart hier aber die grüne Partei, wenn sie sich anmaßt, Vertragspartner der deutschen Gesellschaft zu sein. Soll der von den Grünen angebotene „Gesellschaftsvertrag“ für die Gesamtgesellschaft dadurch zu Stande kommen, daß bei einer möglichen Wahlbeteiligung von 60 % der Wähler etwa 10 % für die Bündnisgrünen stimmen?

Wenn überhaupt ein Vertrag zwischen den Mitgliedern einer Gesellschaft denkbar ist, dann hat dieser Vertrag die Form einer Verfassung. Aber von der Verfassungsgebung war das Volk nach dem Zusammenbruch des nationalsozialistischen Reiches ausgeschlossen. Aber

immerhin war im Art. 146 GG das Versprechen enthalten, dem Volk sein Recht nicht ewig vorzuenthalten.

Art. 146 GG Dieses Grundgesetz verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volk in freier Entscheidung beschlossen worden ist.

Aus der Präambel ist zu entnehmen, daß das Grundgesetz als Übergangslösung bis zur Vereinigung Deutschlands verstanden wurde. Das juristische Hinbiegen der Vereinigung nach dem Artikel 23 bleibt nach der Logik von Artikel 146 ein Grundgesetzverrat und ein dem Volk vorenthaltenes Recht, welches erst ermöglicht, eine Regierungsform eine Demokratie zu nennen. Den Verfassungsauftrag könnte man dann noch als offen und die Verfassungswirklichkeit als Nicht-Verrat bezeichnen, wenn die Politik davon ausgeht, daß es in Richtung Osten noch etwas zum Wiedervereinigen gäbe. Das wäre aber ein Widerspruch zu Verträgen und anderen Verpflichtungen, die deutsche Regierungen eingegangen sind.

Für mich ist klar – bei allem Respekt für die handelnden Personen – Deutschland kann unter den gegebenen Umständen nur verfassungs- und demokratiefeindliche Parlamente und Regierungen haben. Es wäre an der Zeit, daß die politischen Parteien - vorne weg die CDU/CSU und die FDP – diesen Zustand heilen. Das Betrübliche ist, daß DIE GRÜNEN - deren Gründungsmitglied ich bin - dieses böse politische Spiel auf Bundes- und Landesebene mitgespielt haben. Es zeigt sich auch hier, daß Machterlangungs- und Machterhaltungsgründe nicht nur bei den schon vorher etablierten Parteien sondern auch bei den Grünen wichtiger sind als ein korrektes Verfassungsverfahren. Oh ja! Auch bei den Grünen haben ein paar Widerstand geleistet.¹⁵ Ich denke insbesondere an Wolfgang Ullmann. Siehe dazu die folgenden Links: <http://www.dhm.de/lemo/html/biografien/UllmannWolfgang/index.html> und <http://www.berlinonline.de/berliner-zeitung/archiv/.bin/dump.fcgi/1999/0818/none/0009/index.html>

Ich schätze unsere heutige Finanz- und Wirtschaftskrise so ein, daß sie ebenfalls eine Folge des Verfassungsverrates unserer politischen Klasse ist, weil mit einer der Idee von einer Demokratie und der Würde des Volkes entsprechenden Verfassungsdiskussion wir auch eine Strukturordnung der Ökonomie geschaffen hätten, die solche Fehlleistungen der theoretischen wie praktischen Ökonomie, wie wir sie heute erleben, unmöglich gemacht hätte. Die Grünen, die als Geburtshelfer einer neuen Zeit gegründet worden sind, haben sich als

¹⁵ Siehe auch meine Beiträge 9.0 bis 11.1

Bremsklotz entwickelt.

In dem „Gesellschaftsvertrag“, der den Grünen Wählerstimmen bringen soll, stehen natürlich auch Sätze, die ich unterschreiben kann. Ich kritisiere auch weniger das gute Wollen der Grünen, als vielmehr die Agenda, die Mängel in dem Notwendigen. Der Text der Kopfzeile des Programms lautet: „Aus der Krise hilft nur grün“, ehrlicherwise müßte sie lauten: „In der Krise bleiben ihr mit unseren Konkurrenten und leider auch mit uns!“

Ich will nun nicht die einzelnen Punkte des Programms auf Sinn und Unsinn abtasten, sondern mich auf wenige Punkte beschränken. Schon der Untertitel „Klima * Arbeit + Gerechtigkeit * Freiheit“ läßt böse Interpretationen zu: „Unabhängig davon, ob der Klimawandel im langfristigen Schwankungsbereich liegt oder nicht, ist er unser Thema, dem wir die Arbeit (auch als Zwangsarbeit) unterordnen. Die Gerechtigkeit gewähren wir, in dem jeder eine gleiche Portion Brosamen, Krümel erhält und die Freiheit belassen wir den Bürgern, bei der Wahl mit welchem Bein sie zuerst aus dem Bett steigen.“ Das Bild ist überzeichnet, gibt aber wieder, was die Parteien – also auch die Grünen – heute wollen.

Das Programm hat ja nicht nur ein Sachregister, sondern als PDF-Datei auch eine Suchfunktion. Ich gebe also mal einige Begriffe ein, die ich für wichtig halte:

a) Kapitalismus: Der Begriff kommt auf Seite 39 nur als Casino-Kapitalismus vor. Der Casino-Kapitalismus ist aber nur eine Sonderform des Kapitalismusproblems. Die Autoren wollten sicher ein Reizwort vermeiden, denn mit ihrem Werk wollen sie doch in erster Linie Stimmen für die Grünen einwerben und weniger gesellschaftliche Probleme lösen. Aber etwas, was Kriege und Revolutionen auslöst, die Menschen um ihr kleines Glück bringt und andere vor Hunger oder mangels Wasser sterben läßt, kann man doch nicht so stiefmütterlich (oder verschleiern) behandeln, wenn man die Gesellschaft neu gestalten will. Aber was hier als intellektuelle Drückebergerei erscheint, kann auch die Folge einer abgeblockten Klärung sein. Wenn der Begriffe des Kapitalismus als Überlagerungssystem, das arbeitsloses Einkommen ermöglicht, nicht von der Marktwirtschaft als dezentrales Koordinierungs- und Kooperationssystem unterschieden werden kann und darüber hinaus die Zentralverwaltungswirtschaft als politisches Ziel nicht opportun ist, dann schweigt man natürlich besser zu diesem Thema.

Dem Kapitalismus muß natürlich der Zins folgen, der auch als Rendite und mit anderen Be-

zeichnungen 1/10 der Bevölkerung reicher und 8/10 ärmer macht und eine unheimliche Wirkung auf den konjunkturellen Verlauf der Wirtschaft hat. Er ist der Sprengstoff im Kapitalismus. Die Zinslast, die der einzelne als Kostenbestandteil in den Preisen tragen muß, beläuft sich auf 30 – 40 % seines Einkommens, tendenziell mit der Alterung einer Wirtschaft - wegen der zunehmenden Bildung von Kapitalbildung, das auch verzinst werden will - steigend. Hier sollten die grünen Vielversprecher endlich einmal die Arbeiten ihres Gründungsmitgliedes Helmut Creutz zur Kenntnis nehmen. „Das Geld-Syndrom – Wege zu einer krisenfreien Marktwirtschaft“ und „Die 29 Irrtümer rund ums Geld“. Aber auch der Zins als Wachstumsdruck ist in seiner Destruktion nicht zu unterschätzen. Aber das Wort Zins kommt in dem Programm nicht vor. Vielleicht liegt es daran, daß Jürgen Trittin, die Freiwirtschaftler als Zinsknechte tituliert haben soll. Um sich nicht selbst berichtigen zu müssen, läßt man das Thema besser. Ich verlasse das Thema aber noch nicht, sondern übernehme aus meinem Text „Ich bin ein Täter – Du bist ein Täter ...“ (S. 25) den folgenden Ausschnitt:

Die Zinsknechtschaft, ein Schlagwort, was von den Nazis mißbraucht worden ist, ist eine reale Knechtschaft. Den Zins, als Wort täglich in allen Zeitungen präsent - mit frohlockender oder deprimierender Signalwirkung - , in Verbindung mit Antisemitismus zu bringen, heißt, den Kapitalismus, den Mörder aller guten Absichten, und nicht die Juden zu schützen.¹⁶ Wenn wir Zins mit Antisemitismus gleichsetzen, dann besteht die ganze Menschheit – einschließlich der Juden - nur aus Antisemiten. Doch einer müßte ausgenommen werden, das wäre Jürgen Habermas. Gunnar Heinsohn, Professor in Bremen, weist in seinem Essay „Zinsen, Hexen, Habermas - Gesellschaftserklärung oder Wirklichkeitsverleugnung“ darauf hin, daß Habermas in seinem zweibändigen Werk mit 1166 Umfang „Theorie des kommunikativen Handelns“ nicht einmal das Wort *Zins* gebraucht und schreibt wörtlich:

Wenn also über die Gesellschaft dicke Bücher geschrieben, vom Zins aber geschwiegen wird, so läßt sich das nicht aus mangelnder Intelligenz der Beteiligten erklären. Im Gegenteil, es bedarf überdurchschnittlicher geistiger Kompetenz, um die Art von Soziologie zu betreiben, für die Jürgen Habermas zweifellos das brillianteste Beispiel gibt. Wir dürfen also vermuten, daß etwas anderes am Werke ist als mangelnde Gescheitheit, wenn das am deutlichsten sichtbare Phänomen dieser Gesellschaft nicht gesehen, sondern - man muß es so nennen - verdrängt wird. Es bräuchte also wenig, einer Aussage a la $2 + 2 = 5$ die Aussage $2 + 2 = 4$ entgegenzustellen und es dabei bewenden zu lassen. Es muß die Frage gestellt werden, wogegen sich

16 Nochmals: Der Kapitalismus ist kein personales sondern ein institutionelles Problem..

*eine Gesellschaftstheorie richtet, die so auffällig die zentralen Faktoren des von ihr zu untersuchenden Gegenstandes verleugnet. Welche Unannehmlichkeiten will eine solche Wissenschaft von uns fernhalten? Dies scheint mir die eigentlich wichtige Frage darzustellen. Zu ihrer Beantwortung hat die bloße Widerlegung eines üblichen soziologischen Denkfehlers noch gar nichts beigetragen.*¹⁷

Die Unterscheidung des Kapitals in schaffendes und raffendes, die von den Nationalsozialisten gemacht wurde, ist blödsinnig. Kapital - auch in der Geldform - kann nicht arbeiten, auch wenn die Werbung des Kreditgewerbes das immer wieder behauptet. Sinnvoll ist eine Unterscheidung zu machen zwischen Geld- und Sachkapital. Daß das Sachkapital – ausgenommen der Boden - keine eigene Zinsfähigkeit hat, können die Marxisten nicht akzeptieren, weil nach ihrer Lehre das Eigentum die Ursache der Ausbeutung ist. Sie wollen die Realität nicht akzeptieren, daß die Vermehrung des Sachkapitals bei Sättigung der Märkte den Kapitalertrag in den Keller drückt. Nur unter der Annahme, daß eine Vermehrung des Sachkapitals automatisch eine Vermehrung des Kapitalertrages mit sich bringt, hat die Forderung nach einer Vermögenssteuer einen Sinn.

Die Schlüsselbegriffe aus der Gründerzeit der Grünen „Dezentralität“ und „Parlamente der Betroffenen“ als Umschreibung von Gruppenautonomie kommen nicht vor. Das waren aber wichtige Ansätze, um durch neue Formen der Solidarität die Zwangskollektive im sozialen Sicherungsnetz auflösen zu können.

Das Wort Ausbeutung kommt im Register auch nicht vor, im Text immerhin in Verbindung mit der Forderung nach einem Mindestlohn. Aber auch die Gutverdienenden werden systembedingt ausgebeutet. Und in Zeiten der Unterbeschäftigung steigt der Kapitalanteil am Volkseinkommen ganz automatisch zu Lasten des Arbeitseinkommens.

Die Marktwirtschaft kommt als grüne Marktwirtschaft vor; darauf gehe ich zuletzt ein, weil die Stellungnahme etwas umfangreicher wird.

Schwarzarbeit ist der nächster Begriff. Dazu gibt es einen eigenen kurzen Abschnitt:

200.000 neue Jobs durch den Abbau von Schwarzarbeit:
Schwarzarbeit ist in Deutschland weit verbreitet und behindert
die Entstehung legaler Beschäftigung. Wir wollen

17 Neue Praxis - Zeitschrift für Sozialarbeit und Sozialpädagogik 2/84

sie bekämpfen und reguläre Beschäftigung schaffen, indem wir kleine Einkommen mit unserem Progressivmodell von den Sozialbeiträgen entlasten und indem wir Unternehmen nachhaltig von Bürokratie entlasten. Wir gehen davon aus, dass so 200.000 Arbeitsplätze innerhalb von vier Jahren neu geschaffen werden.

Ob es für die 200.000 neue Jobs eine solide Berechnungsgrundlage gibt oder ob es sich nur um eine Propagandazahl handelt, ist hier nur eine zweitrangige Frage. Aber daß in einem grünen Programm steht, daß die Schwarzarbeit legale Beschäftigungen verhindert und das die Grünen sie daher bekämpfen wollen, ist schon beschämend. Die Arbeit ist das natürlichste in der Welt, sich und die seinen zu ernähren und darüber hinaus, sich selbst zu verwirklichen. Daß die Arbeit überhaupt kriminalisiert werden kann, ist eine ethische Verirrung. Daß die Arbeitsplätze von der Polizei oder polizeiähnlichen Kräften nach Schwarzarbeitern durchsucht werden, gehört in die Kategorie der Arbeitsweisen totalitärer Staaten. Überall in der Welt, wo es Schwarzarbeit gibt, liegen garantiert ordnungspolitische Verirrungen vor. Zu Zeiten der Sowjetunion wurde Schwarzarbeit mittels Schwarzmärkte auch immer als Beweis für die dortigen Systemfehler benannt. Warum soll das bei uns anders sein? Einmal ist es so, daß die staatlichen Abgaben die reguläre Arbeit so teuer machen, daß ein Arbeitnehmer-Handwerker oder auch die Normalhaushalte sich selten einen regulären Handwerker für eine Reparatur etc. leisten können, zum anderen ist das Vorteilnehmen im Regelfall eine Steuerungsgröße in der Marktwirtschaft. Das Ausschalten dieses Vorteilnehmens ist keine Schwierigkeit, wenn es ethisch einsichtig ist. Aber in zunehmenden Maße ist die Kehrseite des Melkens des Steuerzahlers durch den Staates (mit Unterstützung der politischen Parteien) die Verweigerungshaltung der Bürger gegen diese Ausbeutung durch den Staat. In den deutschen Parlamenten und Regierungen glaubt man immer noch, durch immer mehr Gesetze und Verordnungen die Gesellschaft so lenken zu können, wie angst- und herrschaftsbesessene Politiker es für richtig halten. Aber es ist eine alte Weisheit, daß es umso mehr Gesetzesübertreter gibt, je mehr Gesetze es gibt.

Auszug aus:
Pestalozzi der Rebell

von Bruno Schliephacke, 1960

Statt immer nur neue Gesetzesparagrafen zu schaffen, mit denen man die „Staatsmännerschlechtheit“ oft nur verdecken wolle, fordert er die Schaffung wirklich menschenwür-

diger Lebensverhältnisse; denn „der Mensch ist gut und will das Gute, er will aber zu allererst auch Wohlsein.“ Pestalozzi wußte nicht von dem bekannten Spruch des östlichen Weisen: Je mehr Gesetze im Land, desto mehr Räuber und Diebe! (Laotse, Tao Te King). Er war überhaupt erstaunlich wenig belesen, weil er aus dem unerschöpflichen Reichtum seines Inneren sprechen konnte, aber hier begegnet er sich mit den großen Geistern aller Zeiten.

Natürlich wußte auch Pestalozzi, daß Paragraphen nötig sind, um der Ordnung zu dienen — sie sollten aber auch in Wahrheit dienen und nicht herrschen, wobei dann leicht alles Leben erstickt werde; denn „die allzu steife Ordnung ... hemmt den Geist des Menschen.“ Bloße Buchstaben und Paragraphen allein dienen nur dem äußeren Schein und „sind alle Folgen der traurigen Wahrheit, daß wir nur öffentliche Menschen geworden sind und keine Privatmenschen mehr sein können. Durch sie haben wir den süßen Namen Vaterland verloren und sind Staatsbürger geworden.“

In der Staatsgewalt sah Pestalozzi nicht eine von Gott ein-

- 39 -

gesetzte, heilige Macht, wie dies seine Zeit lehrte, sondern sie sollte ein Ausdruck der Volksmasse sein, eine Einrichtung im Dienste des gemeinsamen Willens der Gesellschaftsglieder (Werke b. Seyffert, Bd. VII, 486).

Der Mensch ist danach nicht um des Staates willen, sondern um seiner selbst willen in der Welt und der Staat als bloßer Zweckverband ist um des Menschen willen und allein durch dessen Willen in der Welt. Dem Wesen nach ist also der Staat auf Zwecke und nicht auf Sittlichkeit gerichtet. *»Der Staat als solcher kann den Menschen nicht sittlich machen, dessen Sittlichkeit gänzlich sein eigenes Werk ist.* Dennoch wird in der gegebenen Wirklichkeit das Verhältnis zwischen Herrscher und Volk gern als ein sittliches ausgegeben. Das ist eine bewußte Täuschung. Ein Gesetzgeber darf sich von dieser Täuschung nicht gefangen nehmen lassen (Werke b. Seyffert, Bd. VII, 396).

Diese Ansichten zeigen nicht nur die Wirklichkeitsnähe der Kritik dieses seltenen Menschenfreundes, sondern auch als Feind jeglicher Lehre, die dem Staat eine Idee unterlegen möchte. Eine Staatsvergottung, wie sie später in der Folge der Hegelschen Theorien entwickelt wurde, führt daher immer zur Dämonisierung, die damit endet, daß ihre Funktionäre zu alleinseligmachenden Priestern werden, seien es nun Könige oder Beamte. Wer den Staat vergottet, muß

notwendigerweise von der Täuschung leben. Schon für diese Einsicht sollte die Menschheit ihrem großen Lehrer dankbar sein — aber welche Zeit hätte das bisher je erfaßt? Noch immer beugen wir uns vor „allen Mummereien der Macht“.

00000

Es ist ja merkwürdig, daß der Name Pestalozzi bei mir in Verbindung mit dem Thema „Schwarzarbeit“ auftaucht. Wenn man die **Biographie Johann Heinrich Pestalozzi** (1746 – 1827) < <http://ihbf.phzh.ch/webautor-data/93/Biographie.pdf> /// Pädagogische Hochschule Zürich / Institut für Historische Bildungsforschung Pestalozzianum / <http://bildungsforschung.phzh.ch> >

liest, ging es Pestalozzi wenigstens bei den armen Kindern darum, diese in die Lage zu versetzen, sich ihren Lebensunterhalt selbst zu verdienen und nicht wie der heutigen Politik, sich genügend Bedürftige als Objekt ihrer Politik zu erhalten. Aber aus der Biographie wird deutlich, daß auch diese historische Persönlichkeit für einen geistigen Entwicklungsprozeß auf dem Hintergrund der Spannung zwischen Individuum und Gesellschaft steht.

Der Namen Pestalozzi ist in jedem Fall für eine Überleitung zur Bildungspolitik geeignet. Außer dem alten Pestalozzi gibt ja auch noch den Zeitgenossen Hans A. Pestalozzi, der Aussteiger (ebenfalls Schweizer) , der zum geistigen Umfeld der Gründung der Grünen gehört. Ich habe damals im Großraum Hannover einen Vortrag von ihm gehört. Neben der Tastatur meines PCs liegt der Titel von ihm „Nach uns die Zukunft – Von der positiven Subversion“, 1979/1983, gleich mit drei Begleitworten von Frederic Vester, Robert Jungk und Herbert Gruhl. Ich schlage das Buch auf und finde gleich eine Stelle, die mich inhaltlich hier umtreibt:

Fall III: Freiheitsrechte

Für eine Aussprache in unserem Institut über die Frage, ob die Lehrer objektiv informiert werden, suchten wir einige Referenten. Mehrere Lehrer haben abgelehnt mit der Begründung, sie riskierten sonst ihre Stelle. Sie kennen den Fall der Lehrerin, die entlassen wurde, weil sie mit den Schülern Walter Matthias Diggelmann gelesen hat. Sie kennen vielleicht den Fall des Bankangestellten, der entlassen wurde, weil er Mitglied der Vereinigung »Christen für den Sozialismus« war. Ich renne mit diesen Beispielen wahrscheinlich offene Türen ein. Sie könnten die Liste vermutlich beliebig verlängern.

Wo sind denn eigentlich unsere verbrieften Freiheitsrechte noch geblieben? Die Redefreiheit? Die Versammlungsfrei-

heit? Weshalb will man denn nicht wahrhaben, daß unsere
-19-

Freiheitsrechte schon längst nicht mehr vor staatlichen Übergriffen geschützt werden müssen, daß sie aber durch die Ansprüche einer sich immer totalitärer gebärdenden Wirtschaft schon größtenteils außer Kraft gesetzt worden sind? Sagen Sie das Ihren Kindern, wenn Sie das Rütli besuchen oder wenn sie den Bundesbrief oder die Verfassung von 1848 oder 1874 behandeln?

(In diesem Zusammenhang: Schildern Sie Wilhelm Tell Ihren Kindern als Freiheitshelden oder als Terroristen?)

Daß die Freiheit nicht mehr vor den staatlichen Übergriffen geschützt werden müssen, ist eine Aussage meines Stichwortgebers, die ich nicht teile. Ich kann diese Aussage jetzt nicht an dem Gesamttext überprüfen. Vielleicht teilt H.A. Pestalozzi auch nur die Meinung, die häufig zu hören ist, daß der heutige Staat von der Wirtschaft geschluckt worden ist.

Bei der Eingabe folgender Stichworte in die Suchfunktion zur Programm-PDF-Datei ergaben folgende Stichworte folgende Treffer:

Bildungsfreiheit - keine Treffer
Freie Schulen - kein Treffer
Schulzwang / -pflicht - keine Treffer
Hochschulautonomie - kein Treffer
Stiftungshochschulen - kein Treffer
Kindergärten – ein Treffer, Seite 102

Liest man die Aussagen zur Bildungspolitik, dann ist von dem bildungspolitischen Aufbruch in das Land der Freiheit – ursprünglich gefördert durch die Thematisierung in den Hochschulen, durch die Alternativbewegung und auch durch die damalige Lehrerarbeitslosigkeit – nichts mehr zu spüren. Die Sozialdemokratisierung der Bildungspolitik der Grünen ist voll gelungen. Die Bildung bleibt in den Klauen der Parteien und der Staatsbürokratie.

Im August 1949 veröffentlichte Friedrich Salzmann, ein Landsmann der beiden Pestalozzis, sein Buch „Bürger für die Gesetze“. Auf der Titelseite des Schutzumschlages steht geschrieben:

Hier werden jene Erziehungssysteme beleuchtet, von denen Pestalozzi behauptet hatte, dass sie «den Menschenverstand durch Hörsäle, Seminare, Akademien und militärische Gewalt sicher und allgemein verschieben». Die Darstellung umfasst das öffentliche Erziehungswesen zahlreicher Länder. Dem kritischen Teil folgt ein weit in die Zukunft weisendes Kapitel über Sinn und Inhalt wahrer Bildung, die Thomas Mann definiert als «Erkenntnis der Tatsache, dass Krieg nicht mehr erlaubt ist».

Am Anfang des ersten Kapitels „Um was es geht“ ist zu lesen:

DIE DREI GEBOTE DES STAATSBÜRGERLICHEN WOHLVERHALTENS

Hier untersuche ich zunächst die Abhängigkeit aller modernen Staatseinrichtungen vom Urteil, von den Gedanken und Einsichten der Staatsbürger.

Ich zeige, dass der Versuch, sich diese Abhängigkeit dienstbar zu machen durch staatliche Einflussnahme auf das Denken, Fühlen und Wollen der Menschen, historisch und aktuell ist. Ich behaupte, und belege später, dass sich aus dieser Einflussnahme ein System der Erziehung und Propaganda entwickelt hat, das der gesellschaftlichen Evolution Grenzen setzt: Wissbares wird ausgesondert, bevor es vermittelt wird, Gefühl wird gelenkt, Strebsamkeit missleitet. Was wir Bildung nennen, ist staatsbürgerliches Wohlverhalten und wird den Massen anerkundet. Die Kriterien, nach denen dies erfolgt, sind zugleich Konstanten der Staatserziehung und künstliche Grenzen der kollektiven und individuellen Erziehbarkeit.

Demokratie aber ist Glaube an die Erziehbarkeit des Menschen.

Es gab Anfang der 80er Jahre die von Bernhard Bartmann initiierten grünen Regensburger Bildungskongresse, in der die Freiheit der Bildung und Freie Schulen ein zentrales Thema waren. Die erste Ablage in meinem Ordner dazu enthält das „Grundsatzreferat zum Bildungspolitischen Kongreß der bayerischen Grünen vom 17.- 19. September (82); Regensburg. Referent: Prof. Dr. Peter Paulig, Kath. Universität Eichstätt, Bundesvorsitzender der Aktion Humane Schule.“ Ich denke, es würde lohnen, das ganze Referat nochmals zu lesen. Hier nur drei Ausschnitte zu den Themen: Lehrgängelung, Unfähigkeit der Kultusbürokratie und der Unmöglichkeit, mit einer kommunistischen / faschistischen Bildungsorganisation befriedigende Ergebnisse zu erzielen (Wobei die Kennzeichnung des Systems mein bitteres Urteil ist.):

Wir wollen außerdem die entmündigende Gängelung der Lehrer, die gerade im deutschsprachigen Raum Tradition hat, beseitigen, weil wir uns nicht vorstellen können, daß partiell Entmündigte die nachwachsende Generation zur Mündigkeit erziehen können.

...

Ich gehe also davon aus, daß es die Krise der Schule gibt. Diese Ausgangsbehauptung möchte ich begründen. Im Frühjahr 1979 habe ich alle Kultusminister angeschrieben und darum gebeten, zu einer Beurteilung der inneren Schulsituation von Staatsminister Hans Maier Stellung zu nehmen, die sich aus drei Zitaten ergibt. Bereits am 29. April 1972 hat der Kultusminister des Freistaates Bayern in einer Rede in Würzburg festgestellt:

1. Zitat: (nach dtv, Nr. 880, Seite 62)

„Alle pädagogischen Maßnahmen treffen heute auf eine innere Schulsituation, die von Zweifeln, Krisen, Unlust, ja teilweise von offenem Aufstand bedroht ist.“ (Rede in Würzburg)

2. Zitat: (nach dtv, Nr. 880, Seite 63)

„In Wahrheit reformiert man an der grundlegenden Krise herum, die eben nicht nur im Bereich der Organisation und Statistik liegt, sondern beim Sinnverständnis von Schule und Erziehung überhaupt.“
(Rede in Würzburg)

3. Zitat:

(nach dtv, Nr. 880, Seite 86)

Landtagsdebatte am 28. Januar 1976:

Maier sprach über innere Schulsituation:

„Die Dinge haben ein solches Maß erreicht, daß man nur noch Lichtenberg zieren kann: ‚Ich kann nicht sagen, ob es besser werden wird, wenn es anders wird, aber soviel muß ich sagen, es muß anders werden, wenn es gut werden soll.‘

Ich habe also alle Kultusminister gebeten, zu diesen Aussagen von Hans Maier Stellung zu nehmen. Alle Kultusminister haben mir geantwortet. Keiner hat der Beurteilung von Hans Maier widersprochen, bzw. die Krise der Schule in Abrede gestellt. Ich halte es für einen beispiellosen Skandal, meine Damen und Herren, wenn die für das Schulwesen verantwortlichen Minister unumwunden zweierlei zugeben.

1. Die Krise der Schule ist ohne jeden Zweifel vorhanden.

2. Wie man die Krise der Schule mit ihren unabsehbaren Haupt- und Nebenwirkungen für Schüler, Eltern und Lehrer bewältigen kann, kann nicht gesagt werden.

Meine Damen und Herren, diese Eingeständnisse, die Dinge nicht mehr in den Griff bekommen zu können, kommen einem Offenbarungseid gleich. Daher kann ich nur sagen: „Ich klage an!“ Ich klage diese Minister an, weil sie es bisher zugelassen haben und offenbar weiterhin zuzulassen bereit sind, daß die Schule weiterhin von einer Krise in die andere stolpert, eine Reform nach der anderen verordnet wird, und die Schüler und Lehrer die Leidtragenden davon sind, daß die Verantwortlichen nicht wissen, was sie wollen, sollen, können und im Interesse der nächsten Generation tun müssen.

...

Nach meiner Überzeugung ist die Krise der Schule Folge, Auswirkung oder Konsequenz eines bestimmten Denkens - nicht Ursache! Das heißt: In unserer Gesellschaft war und ist ein bestimmtes Verständnis darüber vorherrschend, welcher Sinn im Lebensalter der Kindheit zu sehen ist.

Und von diesem Verständnis von Kindheit wird dann abgeleitet, was Kinder im Blick auf die Arbeitswelt lernen müssen und wie bzw. wozu sie zu erziehen sind. Dieses - m. E. oberflächliche - Sinnverständnis von Kindheit und Erziehung hat in der Vergangenheit immer wieder dazu geführt, daß der Schule bestimmte Aufgaben zugewiesen werden konnten. Mit anderen Worten: Ein oberflächliches Sinnverständnis des Lebensalters der Kindheit hat dazu geführt, daß die Schule zu einem Tummelplatz unterschiedlichster Ansprüche und Forderungen, die von außen an sie herangetragen werden, geworden ist. Das war immer so - das ist auch heute so. Aber weil die Schule zu der Institution geworden ist, in der soziale Aufstiegschancen vergeben werden, ist die latente Krise der Schule zu einer offenen geworden. Vieles wurde und wird gefordert, nur die Kinder und Jugendlichen sind mit dem, was s i e im Lebensraum Schule wollen und brauchen, weitgehend vergessen worden: Der Staat wünscht sich die Erziehung des verantwortungsbewußten Staatsbürgers; die Wirtschaft erwartet den einsatzfähigen und -bereiten Arbeitnehmer; die Kirchen legen Wert auf die christliche Bildung und Erziehung, die Bundeswehr erhofft sich neuerdings von der Schule bestimmte Vorleistungen im Hinblick auf die Heranwachsenden und deren Einstellung zum Wehrdienst; Automobilclubs fordern mehr Verkehrserziehung, andere die 3. Sportstunde, wieder andere das Fach Rechtskunde und Sexualerziehung, mehr Arbeits- und Wirtschaftslehre, mehr Erziehungskunde und Politikunterricht. Schade, daß die Philosophen aus mangelnder Einsicht oder weiser Zurückhaltung bisher noch nicht gefordert haben, das Fach „Denken“ in der Schule einzuführen! Es wäre höchste Zeit!

Grundsätzlich ist gegen diese unterschiedlichen Ansprüche nichts einzuwenden. Aber wer fragt danach, welche Rechte, Ansprüche, Hoffnung, Wünsche und Lebensbedürfnisse das Kind bzw. der Jugendliche hat? Was wissen wir überhaupt darüber, was junge Menschen von der Schule und ihren Lehrern erwarten, was sie froh, gar glücklich oder traurig macht? Ist es wirklich so unwichtig, Genaues darüber zu wissen?

- Warum muß das Kind in unseren Schulen erst einmal alles das lernen, was irgendjemand, irgendwann, aus irgendwelchen Gründen für sinnvoll gehalten hat, um dann - sollte es noch Begeisterung für das Lernen aufbringen können! - vielleicht einmal das lernen zu dürfen, was es selbst gern lernen möchte?

- Weil sich die Kinder und Jugendlichen in unseren Schulen mit ihren Wünschen, Vorstellungen und Hoffnungen nicht verstanden und angenommen fühlen . . .

- weil sie sich in ihrem altersbedingten So-Sein nicht verstanden und als Mit-Menschen akzeptiert fühlen...

- weil sie in der Schule eine Aufbereitungsanlage für die Arbeitswelt sehen oder eine Lernfabrik und eben nicht einen Lebensraum, in dem man auch aus Freude an der Sache lernen und Erfahrungen machen kann ...

- weil sie nicht dauernd be- und verurteilt werden wollen, ständig mit anderen verglichen und geprüft, versetzt, umgesetzt und einer Fülle von undurchschaubaren Regelungen ausgesetzt werden wollen . . .

- weil sie keine Fässer sein wollen, die gefüllt, sondern Feuer, die entzündet werden wollen (Rabelais)...

Weil das alles so ist, verlieren Kinder oft schon im 1. Jahrgang die Freude an der Schule, die ihnen doch helfen soll, zu ihrem Leben zu finden. Verdrossen und mißmutig reagieren sie z.B. auf Ratschläge und Ermahnungen; die stärkeren unter ihnen mit Widerspruch und Auflehnung. Und damit werden Prozesse in Gang gesetzt, die wir alle kennen: Druck erzeugt Gegendruck; Noten werden als Disziplinierungsmittel eingesetzt, schwache Schüler werden in Sonderschulen abgeschoben; Lehrer und Eltern machen sich wechselseitig Vorwürfe, Verwaltungsgerichtsverfahren werden geführt usw. Für alle Beteiligten gilt: Am liebsten möchte man sich gerade von all' denen abwenden, denen man verpflichtet ist. Die Lehrer von den Kindern, die Eltern von den Lehrern, die Lehrer von den Eltern usw.

ooooo

Zum Tag der deutschen Einheit, dem 3. Oktober 1990 erhielt ich von Bernhard Bartmann einen „Antrag an die gewählte Vertretung des deutschen Volkes“ zur Neufassung des Art. 7 GG:

„Die Bildungsfreiheit ist die Grundlage des deutschen Bildungswesens“.

Nun: Durchgesetzt hat sich bei den Grünen wie bei den anderen Parteien. „Was Ihr zu lernen habt, daß bestimmen wir. Und wenn Ihr Euch dem Schulzwang - den wir euphemis-

tisch die Schulpflicht nennen – ausweicht, dann holt Euch die Polizei und Eure Eltern müssen vor dem Richter erscheinen.“

Auch an dieser Stelle wird deutlich, daß bei den Bündnisgrünen wie bei den anderen Parteien „Freiheit“ nur als Sand in den Augen der Wähler benutzt wird. Eines der letzten Informationsblätter, die ich von Bernhard Bartmann erhalten habe hat folgenden Inhalt. (Die Antwortspalte lasse ich weg, weil die Anschrift nicht mehr stimmen dürfte. Aber es ja die Kontaktsuche über das Internet möglich.)

WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT

Das WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT besteht aus dem Zusammenschluß freier Menschen und Gruppen des gesamten Erdenkreises.

Das WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT tritt ein für die Realisierung der Bildungsfreiheit in allen Ländern der Erde.

Die Bildungsfreiheit beruht auf der Selbstbestimmung der Menschen und Völker, auf den allgemein gültigen Menschenrechten und auf der uneingeschränkten Freiheit jedes Menschen. Die Suche nach Wahrheit ist ihr herausragendes Kriterium. Die Bildungsfreiheit findet ihren sichtbaren Ausdruck in der Lernfreiheit aller Menschen ohne Altersbegrenzung oder Einschränkung durch Institutionen und Organisationen.

Die Bildungsfreiheit ist die Grundlage für Demokratie sowie für Geistes-, Gewissens-, Religions-, Informations- und Pressefreiheit. Ihre Realisierung ermöglicht eine freie Wirtschaftsordnung, die ökologisch und sozial ist und der gesamten Menschheit zu ihrem Wohl verhilft.

Das WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT gibt sich keinen juristischen Titel! Mitglied des WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT ist jede Person und jede Vereinigung auf dem gesamten Erdenkreis, die mit den Zielen übereinstimmt. Jedes Mitglied ist im Sinne der Ziele des WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT in Selbstbestimmung und freier Verantwortung aktiv und initiativ.

Mitglieder bezeichnen sich
"MEMBER OF WORLD-FORUM BILDUNGSFREIHEIT"
mit Angabe des Wohnortes und des Staates, in dem sie leben.
Bernhard Bartmann
(Founder)
gegründet in Berlin am 22. September des Jahres 1991
000000

Ein weiterer Rückblick aus dem Heft 279 / 280 der *Fragen der Freiheit* (FdF)¹⁸ mit dem Titel: „Die Ordnung der Freiheit“:

Als vor 50 Jahren, im Herbst 1957, die erste Folge dieser Schriftenreihe erschien, waren in West-Deutschland mit dem Erlass des Grundgesetzes und der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft bereits wesentliche Grundlagen für ein neues Gemeinwesen gelegt. Auch wenn in den Bereichen des Staats und der Wirtschaft noch vieles zu verbessern war, so konnte doch erst einmal auf diesen beiden großen Entwürfen aufgebaut werden.

Anders stand es mit Bildung und Kultur: insbesondere das Bildungswesen, das in seinen Grundstrukturen seit fast 200 Jahren alle politischen Umbrüche, alle Wechsel der Staatsform und der Auffassungen über das Verhältnis von Staat und Bürger unverändert überdauert hatte, entsprach in keiner Weise dem freiheitlichen Wurf, der für Staat und Wirtschaft gewagt worden war. Auch wenn das Grundgesetz in Art. 7 Abs. 4 die Freiheit, eine Privatschule zu gründen und zu betreiben, als Grundrecht ausgestaltet hatte, blieb es in diesem Bereich doch im wesentlichen auch diesmal beim alten!

Eine Anpassung an den freiheitlichen Geist, der in Staat und Wirtschaft Einzug halten durfte, fand nicht statt.

Dem stellten die Herausgeber der Fragen der Freiheit gleich im ersten Beitrag des ersten Heftes der Schriftenreihe die Auffassung entgegen: »Die soziale Frage hat ihren Schwerpunkt von der wirtschaftlichen Ebene auf die kulturell-geistige verlagert.« Und so nimmt es auch nicht wunder, dass die ersten Hefte sich ausschließlich mit Fragen des Bildungswesens befassten. »Die Krisis des Erziehungswesens«, »Freiheit der Kultur - eine dringende Forderung der Gegenwart« - so und ähnlich lauteten die wichtigsten Themen, mit denen diese Hefte gefüllt waren und die zunächst einmal die Schriftenreihe dominierten. ...

00000

18 Die FdF werden vom Seminar für freiheitliche Ordnung herausgegeben. www.sffo.de
„Die Ziele des Seminars für freiheitliche Ordnung und der Fragen der Freiheit, wie sie schon den Gründern vorschwebten, lassen sich, in den Worten unseres Prospekts Ziele und Angebote, in Anlehnung an die Ideale der Französischen Revolution wie folgt charakterisieren:
Freiheit als Ordnungsprinzip der Kultur, der Wissenschaft, Kunst und Religion sowie des gesamten Bildungswesens.
Gleichheit als Ordnungsprinzip des Rechtslebens in der menschlichen Gesellschaft, der Bürger- und Menschenrechte, der demokratischen Mitwirkung an der staatlichen Willensbildung und der privaten Vertrags- und Vereinigungsfreiheit in Kultur und Wirtschaft.
Brüderlichkeit als Ordnungsprinzip eines ausbeutungsfreien, mitmenschlichen Wirtschaftslebens und einer Einkommens- und Vermögensverteilung, die alle teilhaben lässt an der Produktivität unserer Natur und unserer arbeitsteiligen Wirtschaft.“ (S. 7)

Ich beende das Thema *Bildungspolitik* mit einem eigenen Beitrag. Das heißt, vom Beenden im strengen Sinn kann ich nicht sprechen, weil unsere Finanz- und Wirtschaftskrise und unsere Desorientierung in Bezug auf Ordnungsformen Wirtschaft auch ein Ausdruck des Versagens der Bildungs- und Forschungspolitik ist. Ich lasse meinen eigenen Beitrag folgen. Er steht auch schon an anderer Stelle, gehört aber auch hier her:

ooooo

Thesen zur grünen BILDUNGSPOLITIK

vorgelegt aus Anlaß des 1. Niedersächsischen Bildungskongresses
der GRÜNEN vom 24. - 26. Februar 1984 in Göttinge
vom liberal-sozialen Arbeitskreis DRITTER WEG

formuliert

von

Tristan Abromeit

Die Erziehung war ein wichtiges Werk des Staates und der Staat ein fortdauerndes Werk dieser Erziehung.

Friedrich Schiller

(in: „Vorlesungen über die Gesetzgebung des Lykurgus“

zitiert aus: „Bürger für die Gesetze“, von Friedrich Salzmann, Verlagsgenossenschaft *Freies Volk Bern*,
1949)

1. These

Wenn den Grundrechten Geltung verschafft werden soll, ist die Entwicklung und Realisierung eines dezentralen Bildungssystems ein Auftrag des Grundgesetzes.

Unser jetziges Bildungs- und Schulsystem kann den Schutz der Menschenwürde (Art. 1 GG) nicht garantieren; die Freiheitsrechte (Art. 2) nicht wahren, die Gleichheit vor dem Gesetz (Art. 3) nicht herstellen. Die Freiheit der Lehre (Art. 5) bleibt auf der Strecke, und der Schutz der Familie (Art. 6) wurde zur Entmündigung.

2. These

Art. 7 Abs. 1 des GG besagt: „Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.“ Überall gilt, daß der Kontrolleur nicht gleichzeitig der zu kontrollierende Akteur sein kann. Nur im Bereich des Schulwesens gilt bisher diese Logik nicht.

Aber auch eine auf die Kontrolle reduzierte staatliche Tätigkeit im Bereich des Schulwesens ist nur dann gerechtfertigt, wenn sie andere Grundrechte nicht einschränkt, d. h. letztlich, daß der Staat weder die Bildungsinhalte

noch die Formen der Bildungsvermittlung vorschreiben kann, sondern nur darauf zu achten hat, daß für alle Beteiligten im Bildungsprozeß eine Chancengleichheit besteht und daß allgemeine Gesetze eingehalten werden.

3. These

Ein dezentrales alternatives Bildungssystem ist nur erreichbar, wenn Schüler, Lehrlinge (Auszubildende) und Studenten (stellvertretend die Eltern) als Bildungsnachfrager autonom werden, so wie Lehrer und Schulträger als Bildungsanbieter autonom werden müssen. Letztlich heißt das, daß für die Bildungsnachfrager die Schulpflicht in Gestalt des Schulzwanges aufgehoben werden muß und daß sie ökonomisch in die Lage versetzt werden müssen, ihre Bildungsnachfrage selber (z.B. durch Bildungsguthaben) * zu finanzieren. Für alle Bildungsanbieter folgt daraus, daß sie als Lehrer auf den Beamtenstatus verzichten müssen und als Institution auf eine Finanzierung oder Subventionierung durch den Staat verzichten müssen. Leistung und Gegenleistung wird dann durch privatrechtliche Verträge geregelt. Dafür, daß die Bildungsangebote den Bedürfnissen der Bildungsnachfrager entsprechen, sorgt dann der Wettbewerb.

4. These

Da Bildung auch den Zweck hat, daß die (Aus-)Gebildeten in die Lage versetzt werden, einem Broterwerb nachzugehen, hat ein dezentrales alternatives Bildungssystem auch zur Voraussetzung, daß die Zugänge zu den Berufslaufbahnen neu definiert werden. Denn bleiben hier die alten Normen erhalten, können keine noch so guten neuen Bildungsgänge ohne Verfälschung durch den Anpassungsdruck durchgehalten werden.

5. These

Die erfolgreiche individuelle (oder gruppenmäßige) Bildungsplanung setzt einen kontinuierlichen berechenbaren Verlauf in der Wirtschaft voraus. Eine breit angelegte Bildung, die sich nicht auf die notwendigste Wissensvermittlung beschränken will, setzt ein Mindestmaß an ökonomischer Wohlhabenheit voraus. Beide Faktoren sind heute nicht gegeben, können aber mit ökonomischen Erkenntnissen, die seit der Jahrhundertwende vorliegen, bei Wahrung ökologischer Belange erreicht werden.**

6. These

Auch wenn eine neue grüne Bildungspolitik nicht bei Null beginnen kann und für die Umsetzung parlamentarische Mehrheiten fehlen, ist es erforderlich, die langfristigen Ziele zu beschreiben, weil sonst die Bildungs-Tages-Politik orientierungslos bleibt.

7. These

Zur Zielerreichung einer neuen emanzipatorischen Bildungslandschaft können Zwischenlösungen angestrebt werden. Wichtig ist, daß Eltern, die ihre Kinder einer privatrechtlich organisierten öffentlichen Schule anvertrauen wollen, finanziell genauso gestellt werden wie Eltern, die ihre Kin-

der weiterhin auf eine staatlich organisierte Schule schicken wollen.
Der (die) freie Lehrer(in) darf gegenüber dem (der) verbeamteten Lehrer(in)
nicht länger finanziell benachteiligt werden.

Die Städte und Gemeinden sind zu verpflichten - solange keine generell
neue Bildungsfinanzierung eingeführt wurde - für die Schüler freier Schu-
len die gleichen Pro-Kopf-Sachkosten zu übernehmen wie für die Schüler
staatlicher Schulen.

Anmerkungen zu den Thesen:

*) Das Bildungsguthaben ist eine Finanzierungsart der Bildung:

1. Die Personen und nicht Institutionen werden subventioniert (Stärkung der realen Mitbestimmung der Schüler / Eltern und des Wettbewerbes der Schulen um Schüler);
2. die den Eltern / Schülern ein persönliches Bildungsguthabekonto bei einer staatlichen Verwaltung (z.B. Finanzamt) einräumt;
3. die die anteiligen Personal- und Sachkosten des Bildungsganges voll oder zum Teil durch die Eltern / Schüler finanzierbar machen (Die Aufwendungen der Gemeinschaft werden gegenüber dem jetzigen System nicht größer.);
4. die die Finanzierung der Bildung über den Staat zeitlich begrenzt (z. B. bis zur Vollendung des 18. oder 21. Lebensjahres.) ;
5. die nicht nach der Höhe der Kosten des jeweiligen Bildungsganges differenziert, sondern für alle Schüler, Lehrlinge und evtl. Studenten in den ersten Semestern pro Kopf z.B. 80 oder 90% der z.B. der 10 teuersten Bildungsgänge zur Verfügung stellt. Nicht abgerufenes Guthaben wird dann nach Erreichen der Förder-Altersgrenze (z. B. als Existenzgründungsbeitrag) ausgezahlt.

**) Wenn wir nach zusätzlichen Mitteln der Finanzierung eines freien Kulturlebens suchen, dann brauchen wir uns nicht mit einem Verweis auf den Rüstungsetat beschränken. Die Behebung und Vermeidung von Konjunkturkrisen macht ungeheuer viele Mittel frei. Es würden die Kosten der Krisen (Kapitalvernichtung durch Konkurse, Ausfälle bei Steuern und Sozialversicherungen und die Arbeitslosenunterstützung) gespart, und das Arbeitseinkommen kann zu Lasten des Kapitaleinkommens wesentlich erhöht werden.

ooooo

Das diese Thesen auf dem Bildungskongreß 1984 Zustimmung fanden und dann ganz aus „Versehen“ im Tagungsprotoll nicht aufgenommen wurden, kann nur jemanden wundern, der Parteien noch nicht konkret erlebt hat. Nun fällt mir auf, daß ich das Thema Bildungspolitik doch noch nicht abschließen kann. Der Kindergarten steht ja noch auf meiner Liste.

Nicht nur auf Seite 102 des grünen Programms steht etwas über Kindergärten, sondern auch schon auf Seite 21:

Wer grün wählt, wählt Gerechtigkeit. In einer gerechten Gesellschaft hat Kinderarmut keinen Platz und alle erhalten die Chance, ihr Leben auf einer gesicherten finanziellen Basis selbst zu gestalten, unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern. Der Zugang zu Bildung vom Kindergarten bis zur Uni ist dafür eine wichtige Voraussetzung. Wir brauchen eine durchlässige Gesellschaft, die durch umfassende Teilhabe Integration schafft. Wir brauchen eine Steuerreform, die starke Schultern stärker belastet und Erbschaften und große Vermögen zur Finanzierung des Gemeinwohls stärker heranzieht.

In den wenigen Sätzen steckt schon ein ganzes (verlogenes) Gesellschaftsprogramm. Das Verlogene ist dabei keine bewußte Lüge, sondern die Konsequenz aus einem ideologischen Tunnelblick. Da die Ungerechtigkeit, die sich im Zins und in der Bodenrente offenbart von den lieben (bald nicht mehr) Parteifreunden geleugnet oder ignoriert wird, kann im Aussagezusammenhang Gerechtigkeit nur verstanden werden, als ein Zugriff auf die Arbeitseinkommen, denn die Kapitaleinkommen sind auch für sozialistische Politiker tabu oder nicht greifbar. Nun mag es sein, daß es bei den staatlichen Angestellten und Beamten Einkommen gibt, die nicht der Leistung der Bezugsempfänger entspricht. Ich kenne aber keine Methode, die überbezahlten Mitschwimmer in den Tarifverträgen der Öffentlichen Hand herausgefischt und abgemolken werden können. Die Personen, die in privatwirtschaftlichen Betrieben mehr verdienen, müssen i.d.R. auch mehr leisten und warum glaubt man nun, daß es gerecht wäre, daß diese mehr zur Kita- und Hortfinanzierung beitragen sollen, besonders dann, wenn sie dort keine eigenen Kinder unterbringen? Soweit es sich um höher verdienende Frauen handelt, müssen diese ihren höheren Verdienst häufig mit Kinderlosigkeit oder eingeschränkter Kinderzahl erkaufen. Ist das ein Tatbestand, der durch höhere Steuern bestraft werden muß? Die freiwirtschaftlichen Grünen haben von Anfang an gesagt, daß die Leistung, Kinder zu gebären und aufzuziehen, den Müttern (oder den Stellvertretern entgolten werden muß. Dieses Geld soll aber nicht den allgemeinen Steuertopf entnommen werden, sondern aus dem Topf, in dem die Bodenrente nach einer Boden(rechts)reform fließt. Nicht nur, daß den meisten Grünen die Bodenreform ein Fremdwort ist (Ich komme darauf zurück.), sondern wir wurden auch noch verhöhnt, weil uns unterstellt wurde, daß wir die Frauen nur noch als Gebärmaschinen sehen würden.

Wenn die Grünen die Ergebnisse von Kindererziehung und -bildung unabhängig von Herkunft und Geldbeutel der Eltern machen wollen, dann müssen sie alle Eltern in ein *Pro-*

krustesbett stecken; aber nicht nur in Bezug auf Einkommen, Gewohnheiten, Geschmäcker und Werte, sondern auch aufgrund von Vorstellungen, wie Kinder sein und werden sollen. (<http://de.wikipedia.org/wiki/Prokrustes>)

Eine durchlässige Gesellschaft, deren Nichtvorhandensein mir in jungen Jahren zu schaffen gemacht hat und die Ralf Dahrendorf schon in den 70er Jahren beklagte, kann man weder durch Wunschdenken noch durch ein rigides Normenkorset schaffen, sondern nur durch eine Vielfalt gesellschaftlicher Erscheinungsformen, wo jeder nach Möglichkeit das findet, wonach sein Herz sich sehnt oder was seinem Charakter entspricht. Noch ein Wort zur Integration: Natürlich dürfen wir erwarten, daß ein Fremder, der ein Einheimischer werden will, sich die Dinge aneignet, die zur Integration notwendig sind. Die Integrationsleistung verursacht aber auch Kosten. Und die Kosten müssen auch hier denjenigen zugerechnet werden, die den Nutzen davon haben. Also ist es wichtig, daß die Eltern von zugezogenen Kindern die Möglichkeit erhalten, eine ertragreichen Erwerbsarbeit nachzugehen, damit sie die Kosten tragen können. Nebenbei: Das Integrationsverlangen darf die Identität der Zugezogenen nicht zerstören. Bei Franz Oppenheimer habe ich gelesen, daß die Juden die Ghettos gebildet hätten, um ihre Kultur zu bewahren (Und das ist das Gegenteil von Ausschluß durch die Stammbevölkerung und auch von Zwangseingliederung.).

Der Übergang von der Kindertagesstätte in die
Schule muss verbessert werden und fließend gestaltet werden.
Hierzu bedarf es einer engen Kooperation beider Institutionen.
Krippen und Kitas sollen sich zu Eltern-Kind-Zentren weiterentwickeln,
in denen alle für Kinder und ihre Eltern notwendigen
Unterstützungsangebote unter einen Dach verfügbar sind. (S.102)

Wenn Eltern, Kitas, Krippen und Schulen sich individuell nach Ort und gewähltem Typ der Institution gegenseitig abstimmen, ist das sehr vernünftig, aber als staatliche Forderung klingt der obige Passus nach einem SED-Programm. Fühlen die Grünen sich schon so sehr als Staat, daß sie sich in der Kunst des Manipulierens beweisen müssen. Aber der Freiheitsfunke ist ja nicht nur bei den Grünen erloschen, sondern bei allen Parteien im Bundestag, die uns (formal als Demokraten) beherrschen. Bei den vielen Diskussionen um die Kinderkrippen habe ich nicht einmal vernommen, daß eine Partei empfohlen hätte, aus den Kindergärten und Kinderkrippen selbständige, autonome kulturelle Unternehmen zu machen. Es wäre eine Chance für ein bißchen Dezentralität, für das Vertrauen in die eigenen pädagogischen und ökonomischen Fähigkeiten einer nicht kleinen Gruppe von Menschen

gewesen. Ich halte die Erzieherinnen, Erzieher und Eltern für klug genug, einen Kindergarten als Genossenschaft oder Stiftung zu führen. Ich habe schon in den 70er Jahren empfohlen, den Eltern für eine revolvingierende Finanzierung der Gebäude und des Inventars durch Bausparverträge (heute auch Risterverträge) zu ermöglichen. Aber es scheint, daß auch hier die Eltern und Erzieherinnen für zu dumm und unmündig eingestuft werden und daß bei solch einem Verfahren die Bürokratie mit ihrer Kontrollmanie, die Mitsprache der Unkundigen in den Parlamenten (auch der kommunalen) und die Zwangsbeglückung durch den Staat zu kurz gekommen wäre.

Aus der Grüne neue Gesellschaftsvertrag

Bundestagswahlprogramm 2009
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

1. Anders Wirtschaften – Ein Green New Deal für neue Arbeit und Innovation

Der menschengemachte Klimawandel zeugt davon, wie unvernünftig wir wirtschaften. Die globale Finanz- und Wirtschaftskrise hat uns endgültig vor Augen geführt, dass die Art und Weise, wie unsere Wirtschaft verfasst ist, zu katastrophalen Ergebnissen führt. Die Krise erfasst immer mehr Bereiche. Immer mehr Menschen spüren ihre Folgen ganz unmittelbar: Viele haben bereits ihren Arbeitsplatz verloren oder Angst, ihn zu verlieren. Andere haben einen Teil ihrer Alterssicherung eingebüßt, die meisten nicht etwa deshalb, weil sie überzogene Rendite realisieren wollten, sondern weil sie schlecht beraten wurden oder sich im Finanzdschungel nicht zurechtfinden konnten. Die globale Krise treibt Unternehmen in die Pleite und erfordert staatliche Eingriffe, die bislang unvorstellbar schienen. Wo gerade noch 24-Stunden-Schichten gefahren wurden, herrscht nun Kurzarbeit. Banken werden nun mit Milliarden an Steuergeldern vor dem Zusammenbruch bewahrt, während selbst im Konjunkturoch der letzten Jahre in der großen Koalition um jeden Euro mehr für Langzeitarbeitslose oder für Bildungseinrichtungen gefeilscht wurde.

In dieser schwierigen Situation geht es darum, die Krise entschieden zu bekämpfen und ihre Folgen für die Menschen abzumildern. Es geht darum, Arbeitsplätze zu sichern und schnell wieder auf einen Pfad zu gelangen, auf dem die Wirtschaft neu Fuß fasst und die Menschen neues Vertrauen gewinnen. Was schon vor der Krise galt, muss jetzt in der Krise erst recht gelten: Unsere Wirtschaft braucht ein neues Fundament.

Dabei dürfen wir uns keine Denkverbote auferlegen.
Wenn wir das nicht vergessen, dann liegt in dieser Krise auch

eine Chance. Die Chance, den dringend notwendigen ökologischen und sozialen Wandel zu beschleunigen. Wann, wenn nicht jetzt?

Ein grüner Neuer Gesellschaftsvertrag bedeutet für uns, dass Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden dürfen. Wir wollen eine soziale und ökologische Wirtschaftsordnung. Denn das ist inzwischen auch klar: Nur wer ökologisch produziert, produziert auch ökonomisch vernünftig. Nicht nur deshalb, weil die Folgen von Klimawandel und Umweltverschmutzung die Volkswirtschaften und damit die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler viel Geld kosten. Auch aus einem zweiten Grund: Der Bedarf der Welt an Energie und Rohstoffen wächst täglich, während die Vorräte rapide abnehmen. Schon jetzt gibt es ernst zu nehmende Studien, die darauf hinweisen, dass das Fördermaximum bei Öl bereits überschritten ist. Die Preise für Energie und Rohstoffe werden mittel- und langfristig wieder dramatisch steigen. Deswegen kommt es entscheidend darauf an, energie- und ressourceneffizienter zu produzieren. Wer energieeffiziente und verbrauchsarme Produkte herstellt, hat im globalen Wettbewerb die Nase vorn – egal ob es sich um Automobile, Kühlschränke oder Unterhaltungselektronik handelt. Wir stehen an einem Wendepunkt der Industriegeschichte: Konnte Wirtschaftswachstum sich früher durch die Förderung von immer mehr Öl, Gas, Kohle, Uran und anderen Rohstoffen steigern lassen, so kann in Zukunft wirtschaftlicher Erfolg nur noch durch Effizienzsteigerung, mit Erneuerbaren Energien und nachwachsenden Rohstoffen erreicht werden.

Die Weichen jetzt stellen: Ein Green New Deal

Gegen die Krise setzen wir einen Aufbruch in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik – den Green New Deal. Die Staaten operieren mit Milliardenbeträgen – Summen, die jedwede Vorstellung übersteigen. Es ist falsch, mit soviel Geld lediglich die Risse im alten Fundament unserer Wirtschaft notdürftig kitten zu wollen. Wir müssen entschlossen ein neues Fundament bauen. Nur dann hinterlassen wir unseren Kindern und Enkeln nicht bloß einen gigantischen Schuldenberg, sondern auch etwas, auf das sie aufbauen können. Wir müssen investieren in die Infrastrukturen der Zukunft, in eine ökologische Wirtschaft, in mehr Bildung, in einen erneuerten sozialen Ausgleich. Dieser Green New Deal schafft neue Arbeitsplätze und bringt wirtschaftlichen Erfolg heute und morgen. In den politischen Kommentaren wird die gegenwärtige Finanz- und Wirtschaftskrise oft mit der Weltwirtschaftskrise in den 1920er und 1930er Jahren des vergangenen Jahrhunderts verglichen. Auch damals gab es ausgehend von einem

Finanzcrash einen tiefen Einbruch der Realwirtschaft und die Arbeitslosenraten schnellten in die Höhe – zunächst in den USA, dann in der ganzen Welt. Dem amerikanischen Präsidenten Franklin D. Roosevelt gelang es durch ein großes Investitionsprogramm, mithilfe von Finanz-, Wirtschafts- und Sozialreformen in den USA einen Wendepunkt einzuleiten. Durch den sogenannten »New Deal« sollten die »Karten neu verteilt werden«, die krisengeschüttelten Menschen eine neue Chance bekommen und die Wirtschaft ein neues Fundament.
... (S. 24. f)

Unser Leitbild: Grüne Marktwirtschaft

Leitbild für den Green New Deal ist eine Grüne Marktwirtschaft mit starken sozialen und ökologischen Leitplanken. Wir brauchen nicht neoliberale Deregulierung, sondern klare Regeln, um das Funktionieren der Märkte sicherzustellen. Regeln, die ökologisches und soziales Handeln der Marktteilnehmer belohnen. Grün heißt: ökologisch verträglich, wirtschaftlich vernünftig, sozial und geschlechtergerecht. Wirtschaftskrise, Klimakrise, Nahrungsmittelkrise, steigende Rohstoffpreise, Energiekrise und eine wachsende soziale Spaltung haben ihre gemeinsamen Ursachen in einer Entfesselung der Märkte, an denen auf der Jagd nach kurzfristiger Rendite die Zukunft verzockt wird und soziale Verantwortung gering zählt. Deshalb muss Nachhaltigkeit zum Kompass der Wirtschaftspolitik werden. Das bedeutet auch, dass die Preise endlich die ökologische Wahrheit sagen müssen. Schluss damit, dass derjenige, der die Umwelt belastet, belohnt wird.
Gute Wirtschaftspolitik ist nicht Interessenpolitik für Wirtschaftsverbände, Lobbygruppen und Wohlhabende, sondern Interessenpolitik für die Zukunft.
(S. 32 f.)

Das hört sich alles gut an. Nur bei einem genauen Hinsehen sind die Aussagen auch schwach. Da heißt es z. B.

Was schon vor der Krise galt, muss jetzt in der Krise erst recht gelten:
Unsere Wirtschaft braucht ein neues Fundament.
Dabei dürfen wir uns keine Denkverbote auferlegen.

Die heutigen Grünen sind das Ergebnis von Denkverboten. Seit der Gründung wurden immer wieder Denkweisen herausgebissen oder kaltgestellt. Die Grünen operieren heute mit seichten Denkgeboten. Wie wollen sie so ein neues Fundament der Wirtschaft konstruieren und bauen?

Die Chance, den dringend notwendigen ökologischen und sozialen Wandel zu beschleunigen. Wann, wenn nicht jetzt?

Warum wurde der nicht schon vor 30 Jahren eingeleitet?

Ein grüner Neuer Gesellschaftsvertrag bedeutet für uns, dass Ökonomie, Ökologie und soziale Gerechtigkeit nicht mehr gegeneinander ausgespielt werden dürfen.

Auch das hört sich gut an. Die Marktwirtschaft - nach den Prinzipien der Natürlichen Wirtschaftsordnung ausgebaut - erfüllt diese Forderung. Die tonangebenden Grünen, einschließlich des Spitzenkandidaten, Jürgen Trittin, haben dieses Modell – also ihre eigene Zielsetzung - jahrelang bekämpft.

Wir müssen
investieren in die Infrastrukturen der Zukunft, in eine ökologische Wirtschaft, in mehr Bildung, in einen erneuerten sozialen Ausgleich.

Da die Zukunft immer ungewiß ist, ist es besser, sich um die Gegenwart zu kümmern. Ich bin in einer Gegend groß geworden, die wurde erst durch den Kanalbau besiedelbar. Der Bau der Kanäle wurde schnell durch den Bau der Schienen abgelöst. Und die Schiene wurden durch die Straßen entwertet. Fast alles in einem Zeitraum von einer Generation. Wie viele Bauten und Institutionen finden schon nach einer Generation keinen Zuspruch mehr. Wir sollten uns darauf konzentrieren, die Dinge für uns und jetzt vernünftig und ansehnlich zu gestalten. Daß wir dabei über unseren Tod hinaus denken, sollte zur allgemeinen Gewohnheit werden. Wenn die heutige Politik von Investitionen in die Bildung spricht, dann meint sie, in den Bildungskommunismus und das ist gegen den Gründungsgeist der Grünen und eine Verbiegung des Grundrechtekatalogs.

Die Sozialpolitik mag weiterhin zuständig sein für die Menschen, die nicht leisten können, sollte aber das, was wir unter Nächstenliebe verstehen nicht unmöglich machen. Für diejenigen, die das erarbeiten, wovon Sozialpolitik sich nährt, muß der soziale Ausgleich durch die Überwindung von struktureller Ausbeutung geschaffen werden. Hier wird eine Umverteilungspolitik zwar die Bürokratie fördern, aber nie ihr Ziel erreichen.

Leitbild für den Green New Deal ist eine Grüne Marktwirtschaft mit starken sozialen und ökologischen Leitplanken. Wir

brauchen nicht neoliberale Deregulierung, sondern klare Regeln,
um das Funktionieren der Märkte sicherzustellen.

Wenn ein heutiger Wirtschaftspolitiker – egal von welcher Partei – von Leitplanken spricht, dann kommen am Ende sehr schnell Leidplanken heraus. Die ganze Marktwirtschaft ist heute ein Zerrbild von Marktwirtschaft. Wenn man „grüne Marktwirtschaft“ im Zusammenhang mit der Alltagspolitik und den grünen programmatischen Aussagen liest, dann ist der Begriff nur eine Falsch-Etikettierung für eine unsystematische staatliche Entreicherungs- und Bereicherungspolitik. Das Grüne daran ist in diesem Fall, daß dem Programm andere Gegenstände und Personen hinterlegt werden. Wir freiwirtschaftlichen Grünen haben von der Gründung der Partei an beschrieben, welche institutionellen Veränderungen vorgenommen werden müssen, damit die Märkte funktionieren können. Die Ernte war Hohngelächter.

Der Begriff Geldreform kommt in dem grünen Programm nicht vor. Ein wesentlicher Bestandteil der Geldreform ist eine neue Form der Umlaufsicherung des Geldes, die die destruktiven Formen der schleichenden Inflation und des Zinses ablösen und eine Deflation vermeiden soll. Die Grünen wie auch die anderen Parteien, die Parlamente wie auch die Ministerien, haben sich bisher geweigert, mehr als Vorurteil zu tradieren und sich ernsthaft damit zu befassen. Versuche über das Petitionsrecht, das Thema in den Bundestag zu transportieren, wurden jedes Mal abgeblockt. Daß hier überhaupt ein Problem liegt, wurde als Spinnerei abgetan. Die heutige Krise beweist, daß das ein Irrtum war.

Dabei liegen die Dinge ganz einfach, Vollbeschäftigung kann es nur geben, wenn das Einkommen, das in der Produktion entsteht, zur Nachfrage wird (saysche Theorem), damit die Märkte geräumt werden. Bei Nichträumung muß die Produktion gedrosselt werden mit der Folge der Unterbeschäftigung (Arbeitslosigkeit). Da das Einkommen und die Nachfrage sich in Geld ausdrücken, kann das Einkommen nur zur Nachfrage werden, wenn der Geldkreislauf nicht zum Teil oder ganz unterbrochen wird. Die Störungen, die hier auftauchen, sind jenen, die von Gesell und Keynes lokalisiert wurden. Die Analyseergebnisse sind ähnlich, die Therapien unterschiedlich. Daß hier tatsächlich Störungen vorliegen, zeigen folgende zwei Meldungen:

Die Hannoversche Allgemeine Zeitung meldet am 20. Juli 2009 „Auch heute noch sind insgesamt 13,7 Milliarden D-Mark in Münzen und Scheinen im Umlauf.“ Wobei der Begriff *Umlauf* nicht richtig gewählt ist, weil es eben nicht umläuft, sondern sich in Horten befindet oder sich nur in irregulären Kreisläufen befindet. (Horten ist aber \neq Sparen ; Sparen ist

eine befristete Übertragung von legitimen Ansprüchen an den Markt auf andere (Schuldner.) Die Zweite Nachricht:

Frankfurt: Bei rund 60 Prozent des in Deutschland umlaufenden Bargelds hat die Bundesbank keine Erkenntnisse, für was die Scheine und Münzen verwendet werden. "Sie können unter dem Kopfkissen liegen oder im Sparstrumpf stecken. Vermutlich aber dient auch ein hoher Anteil zur Bezahlung von Schwarzarbeit, möglicherweise fließt auch viel in die Kriminalität", sagte Bundesbank-Vorstandsmitglied Thilo Sarrazin gestern in Frankfurt.

<http://www.suedwest-aktiv.de/landundwelt/wirtschaft/4457358/artikel.php>

Was nützt es also, wenn immer neues Geld in den Kreislauf gepumpt wird, ohne daß es Nachfrage wird, aber die Gewißheit in sich birgt, später inflationär zu wirken.

oooooooo

Im Heft 6 vom 15. März 1980 der ZEITSCHRIFT für das gesamte KREDITWESEN war zu lesen:

IN MEMORIAM

Silvio Gesell

Professor Dr. Oswald Hahn, Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg schreibt uns: Am 11. März sind fünfzig Jahre seit dem Todestag von Silvio Gesell vergangen: Er starb fast genau 201 Jahre später als John Law. Beide Namen haben einst ihre Zeitgenossen in Aufregung versetzt, wissenschaftliche Schulen auseinandergebracht und andere zusammengeführt sowie Generationen von Studenten beschäftigt. Beide Namen sagen dem heutigen Studenten überhaupt nichts - etwas, was man nicht einer Geschichtslosigkeit der Jugend anlasten darf, sondern allein ihren akademischen Lehrern: ...

... Bei Irvin Fisher hat Silvio Gesell noch die meiste wissenschaftliche Anerkennung gefunden: Bei dem Mann, dessen Geldmengentheorie jahrzehntelang Wissenschaft wie Praxis suspekt waren, bis - über Milton Friedman und das Federal Reserve System - keine Renaissance, sondern eine totale Dogmatisierung in den Studierstuben und Notenbankdirektorien eintrat. Es ist nicht auszuschließen, daß über eine us-amerikanische verfassersbedingte Innovation die Theorie des Schwundgeldes dort eine Auferstehung erfährt und von dort aus begeisterte Aufnahme in Europa findet. Eine Rückbesinnung auf Gesell in bundesdeutschen Lehrbüchern wie in den Stäben der Zentralbankleitung wäre dann allerdings nur über die US-Karriere eines amerikanischen DAAD- oder Fullbright-Stipendiaten möglich.

Und ähnliches passiert jetzt, weil die deutsche Wirtschaftswissenschaft geschlafen hat. (Die Aussage ist natürlich nicht wörtlich zu nehmen.)

Kürzlich äußerten sich Marvin Goodfried von der FED bzw. Willem Buiter von der London School of Economics optimistisch, die Ideen Gesells und Keynes könnten sich heute als hilfreich erweisen.

http://www.tristan-abromeit.de/pdf/63.0%20Dokumentation_Fehlschlag.pdf

Ein weitere Wissenschaftler, der sich mit dem Thema beschäftigt, ist Harvard-Professor Greg Mankiw. Prof. Dr. Ulrich van Suntum ist vermutlich der erste deutsche Ökonom, der mit dem Begriff Negativzins arbeitet. Dabei tauchen in der Diskussionen noch Irritationen auf. Zwischen den negativen Zinsen, die die Zentralbank ermöglichen soll und den negativen Zinsen, die bei bestimmten Marktlagen durch eine Umlaufsicherung des Geldes ermöglicht werden sollen (wie sie die Freiwirtschaftsschule lehrt), bestehen große Unterschiede.

ooooo

Das nächste Stichwort: Bodenreform kein Treffer im grünen Programm. Das ist dumm, beschämend und eine Disqualifikation im Rennen um Mandate. Daß das Thema bei den anderen Parteien auch so stiefmütterlich behandelt wird, ist kein Grund zur Entschuldigung. Die FDP drückt sich seit eh vor dem Thema, die SPD hat es aus Machterhaltungsgründen in die programmatische Rumpelkammer gestellt und eine große Mehrheit kennt das Zitat von Konrad Adenauer nicht:

Wir leiden nach meiner tiefsten Überzeugung in der Hauptsache in unserem Volke an der falschen Bodenpolitik der vergangenen Jahrzehnte. ... die bodenreformerischen Fragen sind nach meiner Überzeugung Fragen der höchsten Sittlichkeit. Es nützt Ihnen alles nichts, was Sie sonst machen, im Schulwesen, mit Kultur – mit dem Wort wird ja solch furchtbarer Mißbrauch getrieben – die ganze Volkskunst, Volksbildung, alles das nutzt Ihnen nichts, wenn Sie nicht das Übel an der Wurzel fassen!

(Hier zitiert aus „Adolf Damaschke / Die Bodenreform / zwanzigste Auflage, 1923)

Ein Winston Churchill wußte noch:

Das Bodenmonopol ist nicht nur ein Monopol, sondern das weitaus größte aller Monopole. Es ist ein ewiges Monopol, und es ist Mutter aller anderen Arten von Monopolen ...

Churchill schildert dann, daß die öffentliche Hand keine Investition tätigen kann, die ohne Zutun der Eigentümer sich nicht in eine Wertsteigerung des Bodens im Wirkungsbereich der öffentlichen Maßnahme ausdrückt. Nutzer des Bodens – egal ob privat oder gewerblich – müssen dafür, daß

sie über die allgemeinen Steuern für die öffentlichen Investitionen zur Kasse gebeten werden für die Bodennutzung nach Durchführung der Maßnahme einen höheren Preis an die Eigentümer zahlen. Churchill weist aber darauf hin, daß es nicht ein personales Problem ist, sondern ein institutionelles. Nicht der Eigentümer ist zu schelten, sondern der Gesetzgeber.

Nachzulesen ist das in „Vergessener Faktor Boden / Marktgerrechte Bodenbewertung und Raumordnung“ von Martin Pfannschmidt, 1990, Fachverlag für Sozialökonomie Lütjenburg.

(Hier übernommen aus einem anderen Text von mir.)

Bei den Bodenrechtsproblemen ist es so wie bei den Geldproblemen, sie sind so selbstverständlich geworden, daß man sie nicht mehr im Alltag wahrnimmt. Ich empfehle zur Verdeutlichung, sich klassische Western anzuschauen, da geht es um Weide-, Wege-, Wasser- und Schürfrechte. Heute kommen dazu Fischrechte in den Weltmeeren, Überflug- und Landrechte und vor allem Emmissionsrechte als Unterthemen des Bodenrechts. Daß die Rechtswissenschaft und die Sozialwissenschaften einschließlich der Ökonomie das Thema nur noch unter „ferner liefen“ abhandeln, ist eine Schande der Professoren, die zur Aberkennung ihres Titels führen sollte.

Die Behandlung des Bodenrechts im Vereinigungsprozeß läßt an die Mafia denken. Eine sich als ökologisch verstehende Partei, die ohne Aussagen zum Bodenrecht die Gesellschaft gestalten will, ist mit einem Autofahrer zu vergleichen, der mit leerem Tank glaubt, eine Kontinentrundfahrt machen zu können.

Eine Marktwirtschaft ohne Privateigentum ist wegen der damit verbundenen Verfügungs- und Haftungsrechte nicht möglich. Aber das Bodenrecht provoziert geradezu die Frage: Welche Güter den Charakter von privaten Eigentumsrechten haben können. Die Logik des Leistungsgedanken und auch die christliche Soziallehre sagt: Eigentum kann nur erworben werden durch eigenes Tun. Die Erde mit allen Bestandteilen ist eine Bedingung (nicht nur) des menschlichen Lebens und kann deshalb kein Eigentum sein. Aber nun kommt etwas Wichtiges: Zu erklären, daß die Erde ein kollektives Eigentum der Menschen ist, genügt nicht. Und es ist auch kein Fortschritt ein schlechtes Gesetz durch Rechtsbruch aus der Welt zu schaffen. Es muß der chancengleiche Zugang zur Bodennutzung sichergestellt werden und das ist letztlich nur möglich über einen Preiswettbewerb für Nutzungsrechte. Den Preis für die Bodennutzung nennt man Boden- oder Grundrente oder -zins. Um hier nun das Ele-

ment der Gerechtigkeit und auch der Zustimmung durch die betroffenen Menschen zu erreichen, ist es wichtig, daß die Bodenrente pro Kopf oder per Definition einer berechtigten Gruppe (z.B. Mütter) zurück verteilt wird. Man würde dadurch auch die Chancengleichheit in der Ausgangsbasis des ökonomischen Handels verbessern.¹⁹ Bei dem Förderzins für Erze, Öl usw. gäbe es hier die Möglichkeit der internationalen Ausgleichszahlungen. Es müßte nicht mehr um Bodenschätze und Fischgründe kalt oder heiß gekämpft werden. (Diese Lösungen durch Einsicht und Überzeugung voranzutreiben, wäre eine echte Sicherheitspolitik und zudem eine Strategie zur Bekämpfung von Terrorismus.) Es liegen auch schon Modelle vor, wie die Emmissionen dort eingebunden werden könnten. Hier konnte es nur darum gehen zu verdeutlichen, worum es beim Bodenrecht geht. Ich bringe zum Abschluß dieses Themas einen Hinweis auf einen Artikel und nenne ein paar Stichworte, wo sich überall unser heutiges Bodenrecht als Problem erweist:

Bauernland in Junkerhand

Zwanzig Kilometer vor den Toren Berlins liegt der Wandlitzsee. Früher war der idyllische See ein beliebtes Ziel, an dem jedermann kostenlos segeln, baden, rudern, angeln oder tauchen konnte. Mit der Wiedervereinigung ging der Wandlitzsee in das Vermögen des Bundes über und wurde zunächst von der Treuhand, und später dann von deren Nachfolgerin BVVG verwaltet. Ziel der BVVG ist es, ehemaliges Volkseigentum zu privatisieren. Im Juli 2003 kam auch der Wandlitzsee unter den Hammer. Zunächst wurde der Gemeinde Wandlitz ein Vorkaufsrecht eingeräumt, mit dem sie den See für 420.000 Euro dem Bund hätte abkaufen können. Warum aber sollte eine Gemeinde einen See kaufen, der schon immer im Besitz der Bürger war? Ist dies nicht letztendlich nur eine Umverteilung von Ost nach West?

<http://www.heise.de/tp/r4/artikel/30/30912/1.html>

19 An dieser Stelle könnte auch eine Verknüpfung mit den Themen Grundsicherung (Seite 85) und dem außerhalb der Parteien intensiv diskutierten Bedingungslosen Grundeinkommen (BGE) erfolgen, das würde meinen Diskussionsrahmen aber sprengen, zumal hier auch die Gefahr der Sabotage der marktwirtschaftlichen Ordnung erörtert werden müßte.
Siehe zum Thema Grundsicherung auch: ARBEITSLOSIGKEIT - URSACHEN - WIRKUNGEN - LÖSUNGEN- // Und ein Vorschlag zur Neugestaltung der Arbeitslosenversicherung // Ein ordnungspolitischer Beitrag von TRISTAN ABROMEIT // Ende 1977. Es ist der erste Text auf meiner Internetseite.
Zum BGE siehe:
a) Henning Frost, Über bedingungsloses Grundeinkommen und Geldsystem
-- Unser Geldsystem macht ein BGE unsozial / -- Das Geldsystem muss geändert werden
http://www.alternativen.biz/alternativen/download/alternativen66_67.pdf
b) Helmut Creutz, Bedingungsloses Grundeinkommen oder Reduzierung der Kapitaleinkünfte
Was ist sozialer, notwendiger und wirkungsvoller?
Humane Wirtschaft, Heft 3/2009, S. 35 f.(www.humane.wirtschaft.de)

Man denke beim Bodenrecht auch an die aktuellen Waldbrände in Griechenland, davor in Kalifornien, die gelegt wurden, um an Bauland zu kommen. Man denke beim Bodenrecht an Gorleben und die Flughafenerweiterung in Frankfurt, man vergesse dabei nicht Landlosenbewegungen, die Urwaldrodungen in Südamerika und den Streit um Fischfangquoten. Auch die Baulücken in der Nachbarschaft sind zu benennen, ebenso die Bodenwertsteigerungen aufgrund von Baulandausweisungen der Kommunen. Wenn man genau hinschaut, findet man fast jeden Tag einen Artikel in der Zeitung, in dem das Bodenrecht eine Rolle spielt. Es ist wie beim Thema Zins, obwohl alle darüber reden, nehmen nur wenige die Probleme wahr und die Grünen die zur Aufklärung gegründet verkleistern den Bürgern noch zusätzlich die Sicht.

oooooo

Das Patentrecht: Ein Treffer auf Seite 46 des grünen Programms.

Neue Kultur der Selbstständigkeit

Wir GRÜNE wollen dafür sorgen, dass ExistenzgründerInnen, TüftlerInnen und der Mittelstand exzellente Bedingungen vorfinden, indem wir Gründungshemmnisse abbauen und das gesellschaftliche Innovationsklima fördern. Ob Kinderbackschule

oder Übersetzungsservice von Amtsdeutsch in Umgangssprache, ob Online-Müslimixer, Software-Schmiede oder Windanlagenbauer:

Wir brauchen mehr Daniel Düsentricks, die mit guten Ideen den Schritt in die Selbstständigkeit wagen. Eine Gründerin mit einer verrückt anmutenden Geschäftsidee, von der sie aber überzeugt ist, soll ebenso Unterstützung finden wie ein gescheiterter Unternehmer, der eine zweite Chance braucht. Wir wollen das Patentrecht so weiterentwickeln, dass es die Kultur der Selbstständigkeit fördert und nicht hemmt. Patente müssen auf wirklich neue Produkte und Ideen beschränkt werden. Sie dürfen nicht als Waffe gegen Neugründer missbraucht werden. Deshalb wollen wir auch auf europäischer Ebene eine Reform des Europäischen Patentwesens und seine Kontrolle durch das Europäische Parlament. Wir wollen eine Gesellschaft, in der Selbstständigkeit eine selbstverständliche Option im Berufsleben ist. Dazu bedarf es eines besseren Zugangs zu Wagniskapital und eine bessere Versorgung mit Mikrokrediten. Existenzgründungen sind für uns kein bürokratischer Akt, sondern kreativer Aufbruch, der Innovationen und Arbeitsplätze ermöglicht und persönliche Freiheit verwirklicht.

Wir brauchen deshalb mehr und bessere Beratungsangebote für Gründerinnen und Gründer – gerade für Erwerbslose, Migrantinnen

und Migranten und Menschen mit Behinderungen
– und mehr Unterstützung und finanzielle Ausstattung für
Gründungen, vor allem für solche, die aus der Arbeitslosigkeit
heraus erfolgen. Wir rücken mittelständische und kleine
Unternehmen und das Handwerk in den Fokus unserer Wirtschaftspolitik.
Gerade diese Unternehmen erreichen ihre Wertschöpfung
häufig nachhaltig. Das wollen wir weiter fördern.
Mittelständische Unternehmen sind gerade auch für die Ausbildung
junger Menschen von hoher Bedeutung und damit für
die Zukunft unserer Volkswirtschaft. Entbürokratisierung und
Lotsendienste sind das beste Programm, um kleinen und
mittelständischen Betrieben zu helfen. Dafür setzen wir uns ein.
Bei den Kammern besteht hoher Reformbedarf. Darum gehört
hierzu auch die Überprüfung der Zwangsmitgliedschaft in den
Kammern und die stärkere Öffnung ihrer Gremien für Menschen
mit Migrationshintergrund.

Dieser Abschnitt ist einigermaßen gelungen. Die Einschränkung mache ich, weil das Patentrecht und die Existenzgründung hätte nicht vermengt werden sollen. Das Patentrecht ist generell ein Problem a) in Bezug auf die Leistung des Erfinders, b) in Bezug auf das Verhältnis von Erfinder zum Patentinhaber, c) in Bezug auf den Wettbewerb, d) in Bezug auf Nichtanwendung des Patentes und e) in Bezug auf Monopolgewinne. Hier kann ich das Heft 253 / Januar – März 2000 der *Fragen der Freiheit* mit dem Haupttitel „Patentrecht in der Kritik“ empfehlen. Ob in dem harten Abgeordnetenalltag das Thema aber wirklich zur Sprache kommt, bezweifle ich. Ich habe schon aus verschiedenen Quellen gehört, daß Abgeordnete sich beklagen, daß sie nicht zum Nachdenken kommen. Entsprechend sind die Ergebnisse der Politik.

Ein anderes Thema ist die Gründung selbständiger Existenzen. Den Ausschluß dieses Themas im Bereich Kindergärten / Kinderhorte habe ich ja schon beklagt. Die große Bremse für die Gründung selbständiger Existenzen ist die Tatsache, daß mehr oder weniger der Mensch bei uns von Beginn an bis zum Erwachsenenalter und darüber hinaus in großer Mehrzahl zum Arbeitnehmer erzogen wird und auch nicht die Orte, wo er lernt, als autonome Unternehmen erlebt, sondern als obrigkeitstaatlich geführte Anstalten. Dann hat sich negativ ausgewirkt, daß die Unternehmer für die Existenz des Kapitalismus verantwortlich gemacht wurden. Und ein junger Mensch mit noch restlichen Idealen will sich doch nicht einen Ausbeuter schimpfen lassen. Die jungen Leute, die noch die Eltern als Unternehmer erlebt haben, sind häufig abgeschreckt, weil in den heutigen Zeiten und die, die hinter uns liegen, Selbständigkeit häufig mit Drangsal erfahren wurde.

Und dann kommen die Schwierigkeiten, die die Wirtschaftspolitik zu verantworten hat. Das Fehlen einer beständigen Konjunktur auf hohem Niveau als Planungs- und Umsatzsicherheit. Die Fälligkeit von Kosten in Form von Steuern, Versicherungen und Sozialabgaben bevor überhaupt ein müder Euro verdient wurde. Dann das komplizierte Steuer- und Haftungsrecht, was abhängig macht von externer Beratung. Auch die systemwidrige Zwangsmitgliedschaft ist ein Hemmnis. Ich kenne jedenfalls junge Leute mit dem Meisterbrief in der Tasche, die nicht ohne Grund sagen: „Nein, Danke!“

Die Entbürokratisierung macht sich im Wahlprogramm und Sonntagsreden gut. Im Schnellbrüter für Gesetze wird sie real aber vermehrt werden.

Zum Thema „Unternehmensgründungen durch Erwerbslose“ könnte ich ein langes Lied singen. Meine Erfahrungen mit dem Bundestag und den Arbeitsämtern mit diesem Thema Mitte der 80er Jahre waren depremierend. Durch meinen Entwurf „Vom Modell *Arbeiten und Lernen* zum Modell *Trainieren und Starten*“ (9/84) haben sich bestimmt andere anregen lassen. Mir hat keiner die Auslagen und die Zeit bezahlt und die grüne Partei war taub in Bezug auf das Thema. Ich will aber nicht den einen Leiter einer Arbeitsamtsfiliale vergessen, der sich für meine Arbeit bedankt hat.

Bevor ich im nächsten Kapitel meinen Austritt aus der Partei formuliere, will ich noch auf die Frage eingehen, ob es von den Grünen klug ist, für ihr Vorhaben die Bezeichnung *Green New Deal* zu wählen. Erst einmal Ausschnitte zum Stichwort New Deal aus Wikipedia, der freien Enzyklopädie:

Der **New Deal** (engl. Neues Bündnis) war ein Bündel von Wirtschafts- und Sozialreformen in den USA, das mit massiven staatlichen [Investitionen](#) die [Binnenkonjunktur](#) ankurbeln und, zusammen mit der Einführung eines [Sozialversicherungssystems](#), [progressiver Besteuerung](#) und massiver Arbeitszeitverkürzung, die durch die [Weltwirtschaftskrise](#) verursachte Massenarbeitslosigkeit und -armut lindern sollte. Er begann mit dem Amtsantritt des Präsidenten [Franklin Delano Roosevelt](#) 1933 und endete bald nach dem Eintritt der USA in den [Zweiten Weltkrieg \(1941\)](#), der durch den Aufschwung in den kriegswichtigen Industrien auch das Ende der [Great Depression](#) herbeiführte. Im Jahre [1943](#) wurde ein Teil der

Maßnahmen wieder abgeschafft.

Der Begriff *New Deal* ist ein Idiom der englischen Sprache und bedeutet in etwa so viel wie "Neuverteilung der Karten" - die verarmten Massen sollten also wieder zu Wohlstand kommen.

Geschichte:

Beginnend mit dem Börsencrash von 1929 (schwarzer Donnerstag - in Europa schwarzer Freitag) entwickelte sich eine Weltwirtschaftskrise, die ihren Höhepunkt in den Jahren 1932/33 erreichte. Seit dieser Zeit stehen sich in den USA zwei wirtschaftspolitische Lager gegenüber: Wirtschaftsliberale ("Conservatives") und Anhänger staatlicher Interventionen ("Liberals"). Zuden letzteren zählt Franklin D. Roosevelt. Er versprach am 2. Juli 1932, dem Tag seiner Nominierung zum demokratischen Präsidentschaftskandidaten, einen "new deal for the American people", ein Begriff, der sich danach zur Bezeichnung der von ihm durchgeführten Reformen durchsetzte.

Schauen wir einmal in „John Maynard Keynes – Revolutionär des Kapitalismus von Robert Lekachman, 1966 /70:

Robert Lekachman
JOHN MAYNARD KEYNES
REVOLUTIONÄR DES KAPITALISMUS
Aus: KAPITEL 5
Die Politik des »New Deal«

Landläufige Meinungen gehen sehr oft an der Wirklichkeit vorbei. So ist es auch beim Ruf, den die beiden ersten Amtszeiten Präsident Roosevelts in der Öffentlichkeit genießen. Im Laufe der Jahre haben sich Vorurteile fest sedimentiert, die Erinnerung an damalige Ereignisse ist verblaßt. Aus diesem Grunde pflegt die Wirtschaftspolitik des New Deal fast schon mechanisch mit den währungs- und steuerpolitischen Empfehlungen der General Theory in Verbindung gebracht zu werden. Viele konservative Bürger haben Roosevelts Anfangsjahre als eine Zeit massiver Staatsverschuldung im Gedächtnis. Jedoch ziehen sie aus ihren lückenhaften Erinnerungen den falschen Schluß, daß das Unvermögen, der Arbeitslosigkeit in ausreichendem Maße mit dem Mittel des >deficit spending< entgegenzutreten, nichts weiter darstellt als den gescheiterten Versuch, Keynesianische Finanzpolitik in der Praxis anzuwenden. Nicht wenige Gegner Keynesianischer Wirtschaftspolitik haben sicherlich aus George Humphreys Erklärung Trost geschöpft, die er während seiner Amtszeit als Finanzminister unter Eisenhower abgegeben hat: Durch Geldausgeben können wir nicht reich werden. Die Lehre aus den 30er Jahren lautet jedoch völlig anders. Aller Wahrscheinlichkeit nach dürfte die Mehrheit unter den Wirtschaftswissenschaftlern mit folgenden vier Thesen übereinstimmen:

Erstens: Erst seit 1938 haben sich Roosevelts Hauptberater stark von Keynes beeinflussen lassen. Weitere Anzeichen dafür, daß Roosevelt selbst jemals Einsicht in die Zweckmäßigkeit einer Politik des unausgeglichenen Haushalts, des >deficit spending< oder der Staatsverschuldung größeren Ausmaßes gehabt oder sie auch nur voll verstanden hätte, gibt es nicht. In seinen Augen konnte eine

- 129 -

>optimale Ausgabenpolitik< nur von echten Nachfahren sparsamer kalvinistischer Ahnen aus den Niederlanden betrieben werden.

Zweitens: Vom Keynes'schen Standpunkt aus lassen sich die Entscheidungen der 30er Jahre wie folgt zusammenfassen: Eine Finanzpolitik, die zu zaghaft und zu unschlüssig vorgeht, die zu oft im Widerspruch zu anderen Maßnahmen mit gegensätzlichen Zielrichtungen steht, wird nicht in der Lage sein, den Beschäftigungsgrad und das Volkseinkommen in dem Umfang zu steigern, wie es zur Wiederherstellung der Prosperität erforderlich ist. Zwischen Reform und Restauration hin- und herschwankend, hat die Politik des New Deal beide Ziele nicht im gewünschten Umfang realisieren können.

Drittens: Das Modellbeispiel für die Wirksamkeit Keynes'scher Gegenmittel wurde nicht in den 30er Jahren geliefert, sondern durch das gewaltige Anschwellen der Staatsausgaben während des Krieges sowie durch den darauffolgenden Boom der Konsumgüter in der Zeit kurz nach dem Krieg. Beide Ereignisse beweisen, daß eine Regierung Arbeitslosigkeit ausschalten kann, wenn sie hinreichende Ausgaben bei hinreichender Verschuldung des Staates tätigt.

Wie Keynes selbst bereits in seiner General Theory bemerkt hat, sind Militärausgaben eines der wenigen konkreten Mittel, mit denen der Staat die Gesamtnachfrage ausdehnen kann.

Viertens: Gegen Ende der Ära Roosevelt hat die Keynes'sche Lehre ohne Zweifel eine deutliche Auswirkung auf die Politik der öffentlichen Hand gehabt, jedoch hat sich der Zeitpunkt, zu dem diese Wirkung zum Tragen kam, bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges verzögert. In den 30er Jahren war der Keynes'sche Einfluß weit mehr unter Wirtschaftswissenschaftlern und verhältnismäßig jungen Beamten als bei Politikern und den Leitern bedeutender staatlicher Stellen verspürbar.

Woraus aber bestand nun die Wirtschaftspolitik der beiden ersten Amtsperioden Roosevelts? Es fällt schwer, bei Betrachtung der ersten Jahre von Roosevelts Präsidentschaft ein Gefühl der Ironie zu unterdrücken. Wie bereits im 4. Kapitel ausgeführt, prangerten Roosevelts Parteiprogramm und, in noch stärkerem Ausmaße, seine Wahlkampfreden die Defizitpolitik Hoovers sowie dessen Verschwendung staatlicher Mittel an, die das Defizit verursacht hatte.

In der Tat, wenn sich überhaupt eine Grundlinie aus Roosevelts Wahlkampfäußerungen herauslesen läßt, dann spiegeln sie jene Vorliebe britischer Finanzminister für staatliche Sparmaßnahmen während Depressionen wider, über die gerade Keynes einige seiner scharfsinnigsten Schmähchriften verfaßt hat. ... (129 ff.)

Aus: Kapitel 6

Der Krieg als Bewährungsprobe

...

Der Krieg hat einen Grundsatz Keynes'scher Theorie unterstrichen: Zur Bereitstellung von Arbeitsplätzen haben sich alle Kriege (vor dem Atomzeitalter) als ideal erwiesen. Da die gesamte Kriegsproduktion, ökonomisch gesehen, reine Verschwendung darstellt, gelangt man nie in die Gefahrenzone der Überproduktion. Selbst eine Nation mit hohem Entwicklungsstand könnte so viele Schulen, Straßen, Wohnhäuser, Erholungsgebiete und Krankenhäuser bauen, daß damit der gesamte Bedarf abgedeckt wird. Was geschieht, wenn sich die Nachfrage nach vollkommen nutzlosen Dingen bis ins Uferlose potenziert? Was geschieht, wenn diese Nachfrage tatsächlich durch die Ausgabe von neuem (Papier-Geld) finanziert wird? Die Periode von 1941—1945 war durch Vollbeschäftigung, geschäftige Fabriken und einen Produktionsanstieg bei nützlichen und nutzlosen Dingen gekennzeichnet. Im wirklichen Leben resultierten diese Ereignisse aus ökonomischer Verschwendung, genau wie Keynes es vorausgesagt hatte. Im Zweiten Weltkrieg waren Panzer, Bomber und Flugzeugträger das Gegenstück zu den Pyramiden Ägyptens, den Kathedralen des Mittelalters und vergrabenen Flaschen, gefüllt mit Geld. ... (S. 177)

Was können wir daraus lernen?

1. Die Politik unter Präsident Roosevelts war konfus.
2. Die Wirtschaftspolitik wurde zielgerichteter mit dem wachsenden Einfluß der Keynesianer.
3. Der Zweite Weltkrieg war zusammen mit der keynesschen Defizitpolitik ein willkommenes und erfolgreiches Konjunkturprogramm.
4. Wenn die Grünen diese Politik nacheifern wollen, dann müssen sie a) ihren restlichen Pazifismus über Bord werfen und b) da sie keinen Zugriff auf die Notenpresse haben, müssen sie den Staat weiter verschulden, vermutlich in doppelter Höhe oder mehr, als der Schuldenstand von heute ist. Was daran so toll und zukunftsweisend sein soll, mag der Teufel wissen. Vielleicht hat es ihnen ein Mephisto eingeflüstert.

Auf eine Stelle in dem Buch möchte ich noch eingehen. Es geht um eine Wertschätzung

von Keynes.

Die neue Wirtschaftslehre der sechziger Jahre verkörpert den Triumph einer Idee. Und diese Idee selbst ist größtenteils dem schöpferischen Genius eines einzigen Mannes zu verdanken: John Maynard Keynes, wie er von Hause aus hieß - des späteren Lord Keynes, Baron of Tilton. Das vorliegende Buch will die Geschichte jenes Mannes erzählen, dessen Kopf die Idee entstammt.

Es ist ein natürliches Bedürfnis, Menschen, die Hervorragendes geschaffen haben, zu verehren. Gesell hat diese Verehrung auch erfahren, sehen wir uns das mal aus der Sicht von Keynes an:

Trotz des prophetischen Schmuckes, mit dem ihn seine Verehrer ausgestattet haben, ist Gesells Hauptwerk in kühler, wissenschaftlicher Sprache geschrieben, obschon es durchweg von einer leidenschaftlicheren, einer erregteren Hingebung für gesellschaftliche Gerechtigkeit durchströmt ist, als manche für einen Gelehrten schicklich finden. Der Anteil Henry Georges¹, obschon ohne Zweifel eine wichtige Quelle der Stärke der Bewegung, ist von ganz untergeordnetem Interesse. Der Zweck des Buches als Ganzes kann als die Aufstellung eines anti-marxistischen Sozialismus beschrieben werden, eine Reaktion gegen das laissez-faire, auf theoretischen Grundlagen aufgebaut, die von jenen von Marx grundverschieden sind, indem sie sich auf eine Verwerfung, statt auf eine Annahme der klassischen Hypothesen stützen, und auf eine Entfesselung des Wettbewerbes, statt auf seine Abschaffung. Ich glaube, daß die Zukunft mehr vom Geiste Gesells als von jenem von Marx lernen wird. Das Vorwort zu *Die natürliche Wirtschaftsordnung durch Freiland und Freigeld* wird dem Leser, wenn er es nachschlägt, die moralische Höhe Gesells zeigen. Die Antwort auf den Marxismus ist nach meiner Ansicht auf den Linien dieses Vorwortes zu finden.

1 Gesell wich von George darin ab, daß er die Bezahlung einer Entschädigung empfahl, wenn das Land nationalisiert wird.

(Aus JOHN MAYNARD KEYNES, Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes. S.300)

Von den Nachgeborenen, die immer noch vor einem Berg ökonomischer Probleme stehen, muß wenigstens eine Kerngruppe die Bewunderung von Karl Marx, John M. Keynes, Irving Fisher, Milton Friedman und weiteren bedeutenden Forschern – die Klassiker nicht zu vergessen - anderen Zeitgenossen überlassen und sich selber zwar respektvoll aber nüchtern fragen, welche Denkergebnisse dieser Köpfe uns heute noch weiterhelfen.

Nochmals Keynes:

Ich stimme somit mit Gesell überein, daß das Ergebnis der Lückenausfüllung in der klassischen Theorie nicht darin besteht, das „Man-

chester System“ aufzugeben, sondern die Natur der Umwelt zu bestimmen, die das freie Spiel der wirtschaftlichen Kräfte erfordert, wenn es die vollen Möglichkeiten der Erzeugung verwirklichen soll. Die zentralen Leitungen, die für die Sicherung von Vollbeschäftigung erforderlich sind, bringen natürlich eine große Ausdehnung der überlieferten Aufgaben der Regierung mit sich.

Die Ausdehnung der Aufgaben des Staates hängt mit dem Lösungsansatz von Keynes zusammen. Fiskalisten und Etatisten aller Länder lieben daher Keynes und nehmen es Keynes übel, daß er Gesell so viel Raum in seiner Generaltheorie gibt. Gesells Lösungsansatz läßt nämlich die staatliche Tätigkeit zusammenschrumpfen und war wohl deshalb Gegenstand der Abneigung von Marxisten und Sozialdemokraten. In den Auseinandersetzungen in der theoretischen und praktischen Ökonomie haben die Liberalen mit ihrem Tunnelblick das acratistische Potential von Gesell und seiner Schule nicht gesehen und dafür werden sie – wenn die Umfragen stimmen – bei der Wahl auch noch belohnt – „verkehrte Welt“.

Konsequenz: Das Ende meiner Mitgliedschaft und Nichtwahl

Das Wichtigste vorweg:

Ich trete mit sofortiger Wirkung aus der Partei Bündnis 90 / DIE GRÜNEN aus und nehme nicht an der nächsten Wahl zum Deutschen Bundestag teil.

Die Begründung zum Austritt.

Die auf den vorangehenden Seiten gemachte Einschätzung der Politik der Grünen läßt es mir als konsequent erscheinen, die Mitgliedschaft nieder zu legen. Die Hoffnung, mit den Grünen gesellschaftlich etwas zu bewegen, ist bei mir ziemlich früh gestorben. Das Parteiausschlußverfahren mit einer diskriminierenden Haltung gegen mich als Person und gegen die Inhalte, die ich vertrat, haben bewirkt, daß ich mich nach und nach von der überörtlichen Parteiarbeit zurück gezogen habe. Hinzu kam, daß ich keine Möglichkeit sah für sachliche ideologiefreie Gespräche zur Ökonomie. Gehalten haben mich dann noch eine irrationale Hoffnung auf einen Wandel der Partei und ein Trotz, der verhindern wollte, daß die scheingrünen Akteure, daß „Gründungskapital“, das auch ich mitgeschaffen habe, für ihre verfehlte Politik ohne Widerstand einsetzen konnten. Der Trotz gehört aber zu der Gefühlswelt, die auch in den Parteien ihren Raum beanspruchen. Mein Verbleib war auch deshalb angesagt, weil die Mitgliederzahl auf Ortsebene sehr schwach ist und ich mich hier auch angenommen fühlte. (Wieder ist die Gefühlsebene angesprochen.) Ich habe dann Parteiarbeit fast nur noch medienvermittelt beobachtet und geleistet. Wenn man bedenkt, wie viel

Hickhack und Kraft es den Grünen gekostet hat, bis sie sich auf eine eher rückwärts gewandte Position des Sozialdemokratismus eingerichtet haben, sehe ich keine rationale Chance, den Kurs der Partei im Sinne der Gründungsimpulse zu ändern.

Hinzu kommt eine Unlust, die sich als Alters- und Tagungsmüdigkeit äußert, die der Partei nicht angelastet werden kann, wobei aber zu bedenken ist, daß die Verliererrolle mehr Kraft kostet als die der Gewinner. Die vorangehenden Seiten wurden nicht von einem „Blick zurück im Zorn“ diktiert, dann schon eher von einem „Blick zurück in Traurigkeit“.

Ich habe versucht, so etwas wie eine Bilanz zu ziehen. Meine Kritik der Parteiendemokratie richtet sich ja nicht nur gegen die Grünen. Die Auseinandersetzungen über das Gute und das Böse in der Politik sind ja Prozesse, bei denen man die Ergebnisse erst später zu sehen bekommt. Ich denke, daß die durchschnittlichen Mitglieder von Bündnis 90 / Die Grünen keine schlechtere Figur machen, als die Mitglieder der konkurrierenden Parteien.

Bin ich nun ein Renegat? ²⁰ Nein das bin ich nicht. Wenn man die ersten Schriften auf meiner Internetseite liest, dann kann man feststellen, daß meine Haltung und die Inhalte von damals die gleichen von heute sind. Mein Problem war, daß ich mich dem sich wandelnden Trend nicht anpassen wollte und konnte. Emotional wünsche ich den grünen Wahlkämpfern einen guten Erfolg. Strategisch gedacht, muß ich hoffen, daß die Grünen ordentlich einen auf die Mütze bekommen. Eine Wahlbeteiligung von unter 50% könnten die Parteien veranlassen, alte Verteidigungsstellen aufzugeben.

Wer sich nun nach gut 30 Jahren endlich mal informieren will, was die freiwirtschaftlichen Gründer denn eigentlich wollten, sollte meine Schrift „Der Dritte Weg – Die natürliche Wirtschaftsordnung“ lesen, die ich zum Programmkongress der GRÜNEN im März 1980 in Saarbrücken erstellt habe. Text 2.0 unter www.tristan-abromeit.de

Dr. Ernst Winkler, Gründungs- und ehemaliges Vorstandsmitglied der Aktionsgemeinschaft Soziale Marktwirtschaft schrieb dazu am 11. April 1980:

... „Zu diesem Entwurf darf ich Ihnen meinen Glückwunsch und meine Hochachtung aussprechen. Sie habe nicht nur die Freiwirtschaftslehre in korrekter und gut verständlicher Weise dargestellt, sondern darüber hinaus ganz im Geist der Freiwirtschaft eine Erweiterung zu einem, für heute erforderlichen Programm geschaffen. Auch mit dem überwiegenden Teil der Erweiterung bin ich grundsätzlich einverstanden, wenn man auch

²⁰ „Der **Renegat** (von [lateinisch](#) "re" - wieder und "negare" - leugnen, verneinen) ist ursprünglich ein Abtrünniger einer [Religion](#), heutzutage auch verallgemeinert ein Abtrünniger eines Glaubens- oder Wertesystems (Kunst, Religion, [Weltanschauung](#)).“ (Wikipedia)

über diese oder jene Frage noch diskutieren könnte und obgleich viele der von Ihnen aufgegriffenen aktuellen fragen sich nach Verwirklichung der NWO von selbst erledigen würden. Aber für den von Ihnen angestrebten Zweck war dies wohl so richtig.“ ...

Also, wer über die eine Wurzel der ursprünglichen Idee von der Sozialen Marktwirtschaft etwas erfahren will, kann sich hier kundig machen.

Die Begründung der Nichtwahl

In „mehr demokratie! Zeitschrift für direkte Demokratie“ (www.mehr-demokratie.de) und in einer der ältesten bundesrepublikanischen Nonprofitzeitschriften „Das Gespräch aus der Ferne“, Heft 388, (www.gadf.de) las ich Hinweise auf das Buch „Die Machtfrage – Ansichten eines Nichtwählers“ von Gabor Steingart, Mitarbeiter des Nachrichtenmagazins DER SPIEGEL. Infolge der Buchveröffentlichung hat sich eine Initiative gebildet, die unter www.demokratie-erneuern.de erreichbar ist. Es werden auch schon Überlegungen angestellt, wie eine aktive Nichtwahl besser sichtbar gemacht werden kann. Ich selber habe mich zu diesem Thema schon im September 1998 geäußert. Meine Argumente finden man dort. Ich füge den Text „Ich habe meinen Wahlzettel verbrannt!“ mit der Text-Nr. 75.1 als Ergänzung bei. Beim Übertragen stellte ich fest, daß dort noch mein Text „Die Zukunft der Ökonomie“ von 1984 folgt. Ich habe den Text stehen lassen, weil er einer von vielen Nachweisen dafür ist, daß schon lange und an vielen Stellen um die Fragen der Zeit gerungen wurde.

Die Partei Bündnis 90 / DIE GRÜNEN nimmt allen Anschein nach lieber die nächste gesellschaftliche Katastrophe in Kauf, als über ihren ideologischen Schatten zu springen und Problemlösungsvorschläge, die Anlaß für die Gründung der Partei waren, sachlich zu prüfen. Nun wäre ja noch das Nein zur Atomenergie ein Grund den Grünen die Stimme zu geben, aber wer sagt denn, daß den Hauptakteuren ein Ministeramt nicht wichtiger ist als das Abschalten der Atomkraftwerke?

Tristan Abromeit

Unter www.nwo.de und www.geldreform.de findet man aktuelle Link-Listen die zu Gruppen, Organisationen, Einzelwirker, Archive, Bücher und Schriften führen die sich mit der Natürlichen Wirtschaftsordnung / Freiwirtschaft / Fairkonomy / Humanwirtschaft / Equilibrismus befassen.